

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2016

THEMA IM FOKUS

(Miss)Verständnis Europa

4 | Bricht die Europäische Union auseinander?

Die Entwicklung der EU zwischen Zentrifugal- und Zentripetalkräften

von Jürgen Kalb

12 | Die Integrationskraft Europas stärken

Vorschläge für Reformen zur Weiterentwicklung der Europäischen Union

von Elmar Brok und Benjamin Feyen

21 | Is Europe really lost?

Jugend- und bildungspolitische Erwägungen zur notwendigen Erneuerung Europas

von Manfred von Hebel und Hans-Georg Wicke

31 | Democratic Citizenship Education als europäische Aufgabe

Politische Bildung und europäische Wirkung

von Georg Pirker

37 | „Friede, Freiheit, Vorurteil?“

Erfahrungen, Herausforderungen und Perspektiven europäischer politischer Bildung in europäischen Krisenzeiten

von Matthias Busch

Außerschulische Bildung
Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2016

Zu diesem Heft

Pieter Steinz war einer der wichtigsten Literaturkritiker der Niederlande. In seinen letzten Lebensjahren – er starb im August 2016 mit 52 Jahren an ALS – widmete er seine Leidenschaft dem Thema Europa. Während in diesen Tagen meist die Krise Europas und der Europäischen Union beschworen wird, nicht aber die Potenziale benannt, die Erfolgsgeschichte der letzten 60 Jahre erzählt oder Europa als großes Friedensprojekt in den Fokus gerückt wird, näherte sich Steinz Europa auf ganz andere Weise. In seinem Buch „Typisch Europa. Ein Kulturverführer in 100 Stationen“ versammelt er Ikonen und Kulturphänomene, die die Menschen auf dem Kontinent miteinander verbinden. Das Buch, in den Niederlanden ein preisgekrönter Bestseller, ist nun auch auf Deutsch erschienen. Ein Rezensent empfiehlt es allen, „die sich vergewissern müssen oder wollen, dass Europa jenseits von allen politischen Verwerfungen und Rängeleien unglaublich viel zu bieten hat.“

Es ist wahr: Die Zustimmung zur Europäischen Union, der Friedensnobelpreisträgerin von 2012, sinkt mit jeder Umfrage und nicht selten wird dem „Projekt Europa“ jede Zukunft abgesprochen. Das Flüchtlingsproblem, die Wirtschaftskrise, der sich ausbreitende Populismus, auch die Schwerfälligkeit des aufgeblähten bürokratischen Apparats und die zunehmende Divergenz und Ungleichheit in und zwischen den Ländern sind nur einige der Schlagworte, die den allgegenwärtigen Skeptizismus ausmachen.

Das Ergebnis der Abstimmung in Großbritannien zum Brexit hat einen Schock ausgelöst. Die Umfragedaten lassen allerdings erkennen, dass die jungen, an Bildung interessierten Menschen überwiegend für den Verbleib Großbritanniens in der EU gestimmt haben. Hat die jüngere Generation mehr Vertrauen in die europäische Idee? Erkennt sie besser, was Europa uns zu bieten hat?

Trotz aller Krisen, die natürlich auch in dieser Ausgabe benannt werden, zeigen die Beiträge Wege auf, wie eine Erneuerung Europas erfolgen kann, welche Rolle die politische Bildung, der Jugendaustausch und die internationalen Fachkräfteprogramme dabei spielen und wie es gelingen kann, sich auf Europas Potenziale zu konzentrieren und sie zu stärken.

Die Botschaft ist: Ja, Europa hat unglaublich viel zu bieten!

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



Friedrun Erben

Friedrun Erben

Thema des nächsten Heftes:

Neue Kriege – neue Wege zum Frieden?

Die Ausgaben der Außerschulischen Bildung, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, können auf der AdB-Homepage über folgenden Link kostenlos abgerufen werden: www.adb.de/zeitschrift_ab

Thema im Fokus:

(Miss)Verständnis Europa

- 4 **Bricht die Europäische Union auseinander?** von Jürgen Kalb
- 12 **Die Integrationskraft Europas stärken**
von Elmar Brok und Benjamin Feyen
- 21 **Is Europe really lost?**
von Manfred von Hebel und Hans-Georg Wicke
- 31 **Democratic Citizenship Education als europäische Aufgabe**
von Georg Pirker
- 37 **„Friede, Freiheit, Vorurteil?“** von Matthias Busch
- 44 **Ausgewählte Literatur zum Schwerpunktthema**

Forum

- 45 **Wohin steuert Ungarn?** von Gerhard Seewann

Politische Bildung praktisch

- 48 **Europa und die EU im Jahr 2030** von Magdalena Neurauter

Jahresthema im AdB

- 53 **Die Facetten der Ungleichheit**
von Rebecca Demars und Christian Testorf

Rezensionen

- 57 **Rezensionen**

AdB aktuell

- 68 **AdB aktuell**

Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 78 **Personalien**
- 79 **Aus Profession und Politik**
- 90 **Ausschreibungen und Wettbewerbe**
- 91 **Veranstaltungen**
- 92 **Zeitschriftenschau**
- 94 **pb-digital**
- 96 **Impressum**

Bricht die Europäische Union auseinander?

Die Entwicklung der EU zwischen Zentrifugal- und Zentripetalkräften

Brexit und Flüchtlingsströme, europaweiter Aufstieg der Rechtspopulisten und horrende Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Mitgliedstaaten der EU, Wirtschafts-, Staatsschulden und Bankenkrise: Noch nie in ihrer Geschichte war die EU solchen Zentrifugalkräften ausgesetzt. Kaum jemand glaubt noch an das bisherige „Weiter so!“. Kann sich die krisengeschüttelte EU in den nächsten Jahren neu aufstellen oder gar neu erfinden? Reicht das derzeitige „Europäische Mehrebenensystem“ zur Problemlösung aus? Zweifel sind derzeit vor allem in den Medien en vogue, auch wenn die Geschichte der EU von Anfang an immer auch eine Krisengeschichte war. von Jürgen Kalb

Die Attraktivität der EU

Noch 2012 erhielt die EU den Friedensnobelpreis. Bei der Preisverleihung begründete das norwegische *Nobelkomitee* seine Entscheidung mit der „stabilisierenden Rolle der EU bei der Umwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem Kontinent des Friedens“. Die größte Errungenschaft der EU sei „ihr erfolgreicher Kampf für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte.“

Seit den Römischen Verträgen hatte sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG, 1957 unterzeichnet) von ursprünglich sechs auf zunächst neun Mitgliedstaaten (Norderweiterung 1973) vergrößert. Eine gezielte wirtschaftliche Verflechtung, zunächst im Bereich Kohle und Stahl (Vorläufer der EWG: EGKS, Montanunion, 1951), sollte militärische Konflikte für die Zukunft verhindern und durch den größeren Markt das Wirtschaftswachstum beschleunigen und damit den Wohlstand der EU-Bürger/-innen steigern. Ziel der EWG war die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, in dem sich Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte frei bewegen konnten. Durch die *Euratom* sollte eine gemeinsame Entwicklung zur friedlichen Nutzung der Atomenergie stattfinden. EGKS, EWG und *Euratom* hatten zunächst jeweils eine eigene Kom-

mission und einen eigenen Rat. Mit dem sogenannten Fusionsvertrag wurden diese Institutionen 1967 jedoch zusammengelegt und nun als Organe der Europäischen Gemeinschaften (EG) bezeichnet.

In den 1980er Jahren folgten Griechenland (1981), Portugal und Spanien (beide 1986) als Neumitglieder. Diese Staaten hatten teils schon seit langem eine Annäherung an die Europäischen Gemeinschaften gesucht, waren jedoch wegen ihrer autoritären Regierungen nicht zugelassen worden. Erst nach erfolgreichen Demokratisierungsprozessen konnten sie beitreten.

Das Ende der Ost-West-Konfrontation und die damit im Zusammenhang stehende Wiedervereinigung Deutschlands führten zu weiteren Integrationsschritten: Am 7. Februar 1992 wurde der Vertrag von Maastricht zur Gründung der Europäischen Union (EU) unterschrieben. In dem Vertrag wurde zum einen die Gründung einer Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen, die später zur Einführung des Euro führte; zum anderen beschlossen die Mitgliedstaaten eine engere Koordinierung in der Außen- und Sicherheitspolitik und im Bereich Inneres und Justiz. Zugleich wurde die EWG in Europäische Gemeinschaft (EG) umbenannt, da sie nun auch Zuständigkeiten in anderen

Politikbereichen als der Wirtschaft erhielt (etwa in der Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik).

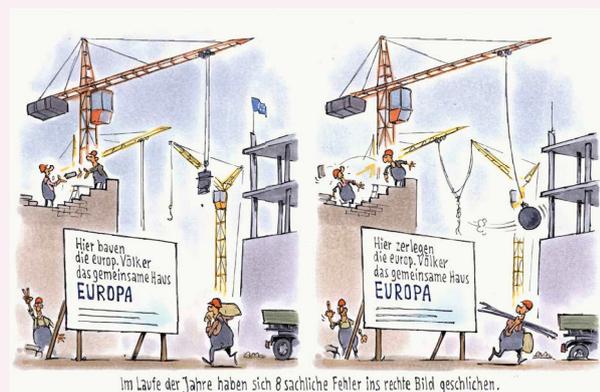
Durch das Ende des Ost-West-Konflikts geriet auch die Überwindung der politischen Spaltung Europas in den Blickpunkt der EU. Nun sollten auch die mittel- und ost-europäischen Länder Teil der Union werden. Hierfür legten die EU-Mitgliedstaaten 1993 die sogenannten „Kopenhagener Beitrittskriterien“ fest, mit denen Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und die bürgerlichen Grundfreiheiten als Grundwerte der Union definiert wurden. 2004 und 2007 kam es schließlich zu den beiden Osterweiterungen, bei denen zwölf neue Mitglieder in die EU aufgenommen wurden. 2013 trat schließlich Kroatien bei.

Durch die Erweiterungsrunden drohte allerdings die politische Handlungsfähigkeit der EU zunehmend eingeschränkt zu werden: Erste Anpassungsreformen gab es zunächst im Agrarsektor, bei der regionalen Strukturförderung und bei der Modifizierung des Britenrabatts. Im Hinblick auf das Institutionengefüge waren sie jedoch nur teilweise erfolgreich: Die bisherigen Veto-Möglichkeiten für einzelne Mitgliedstaaten hätten eine Vielzahl von Entscheidungen blockieren können. Mit der Einführung des Verfahrens der verstärkten Zusammenarbeit durch die Verträge von Amsterdam und Nizza wurde deshalb eine Möglichkeit entwickelt, um einer solchen Blockade europäischer Entscheidungsprozesse entgegenzuwirken. Integrationswillige Mitgliedstaaten konnten nun in einzelnen Bereichen tiefergehende Einigungsschritte vollziehen, auch wenn sich die übrigen EU-Staaten nicht beteiligten: Als Vorbild dienten hierfür das Schengener Abkommen und die Währungsunion. Allerdings stieß dieses Konzept eines „Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten“ auch auf Kritik, da es die EU zu spalten drohte.

2001 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU die Einberufung eines Europäischen Konvents, der einen neuen Grundvertrag ausarbeiten sollte, mit dem die Entscheidungsverfahren der EU effizienter und zugleich demokratischer werden sollten. Im Oktober 2004 wurde dieser Verfassungsvertrag in Rom unterzeichnet. Er sah unter anderem eine Auflösung der EG und die Übertragung ihrer Rechtspersönlichkeit an die EU, eine Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen, eine Verkleinerung der Kommission sowie eine bessere Koordinierung der gemeinsamen Außenpolitik vor. Die Ratifikation des Verfassungsvertrags scheiterte jedoch, da ihn Franzosen und Niederländer in einem Referendum ablehnten. Stattdessen erarbeitete eine Regierungskonferenz im Jahr 2007 den Vertrag von

Lissabon, der die wesentlichen Inhalte des Verfassungsvertrags übernahm. Am 1. Dezember 2009 trat dieser Vertrag in Kraft. Wesentliches Ziel des Vertrags war eine Reform des politischen Systems der EU. Dabei sollten einerseits die internen Koordinationsmechanismen ausgebaut und die Vetomöglichkeiten einzelner Mitgliedstaaten reduziert werden, um die EU nach der Osterweiterung 2004 handlungsfähig zu halten; andererseits sollten die Rechte des Europäischen Parlaments (EP) gestärkt werden, um die demokratische Legitimation der EU zu erhöhen. Er sollte zudem die EU fit für die Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten machen.

Nach Art. 49 EU-Vertrag kann jeder europäische Staat, der die Werte der EU achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, die EU-Mitgliedschaft beantragen. Nach gängigem Verständnis ist die Bezeichnung „europäisch“ dabei im weiten Sinn zu verstehen und schließt etwa auch die geographisch in Asien liegenden Mitglieder des Europarats ein. Der Beitritt kann jedoch nur dann vollzogen werden, wenn die sogenannten Kopenhagener Kriterien erfüllt sind. Um diese Bedingungen zu erfüllen, gewährt die EU den Beitrittskandidaten sowohl beratende als auch finanzielle Hilfen. Im Rahmen von Beitrittspartnerschaften wird so auf die Angleichung an EU-Standards hingearbeitet. Den Abschluss eines Beitrittsverfahrens bildet ein Beitrittsvertrag, der von allen EU-Mitgliedstaaten, dem Beitrittskandidaten



und dem EP ratifiziert werden muss. Aktuell gibt es fünf Beitrittskandidaten: Türkei, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Serbien. Ein weiteres potenzielles Bewerberland auf dem westlichen Balkan ist Bosnien und Herzegowina. Eine Sonderrolle nimmt der Kosovo ein, dessen Unabhängigkeit nur von 23 der 28 EU-Mitgliedstaaten anerkannt wird. Befürworter der Aufnahme betonen insbesondere für die Balkanstaaten die friedensstiftende und -sichernde Funktion einer solchen Integration. →

Allerdings scheinen derzeit die Chancen der Beitrittskandidaten, zeitnah in die EU aufgenommen zu werden, sehr gering. Nach der Volksabstimmung in Großbritannien vom 23. Juni 2016 droht für einige Beobachter sogar eher eine Austrittswelle, nicht nur, weil in vielen Mitgliedstaaten starke rechtspopulistische Strömungen diesbezügliche Volksabstimmungen anstreben. Einzelne Regierungen fordern jetzt bereits explizit den Rückbau der EU, rechtspopulistische Parteien gar auf das Integrationsniveau einer Freihandelszone.

Welche Zentrifugalkräfte bedrohen aktuell den Zusammenhalt der EU?

Der „Brexit“

Das politische Bewusstsein einer globalen Großmacht, die im 20. Jahrhundert zweimal siegreich war, aber weltpolitisch im Abstieg begriffen ist, war stets ein anderes als das des europäischen Kontinents. Das spiegelte sich schon im Blick *Churchills* wider, der 1946 in seiner Züricher Europa-Rede, als er das britische Empire in der Rolle des wohlwollenden Paten eines Vereinigten Westeuropas gesehen hatte – aber eben nicht als dessen Teil. Aber auch die politischen Eliten von *Thatcher* über *Blair* bis *Cameron* dachten gar nicht daran, sich von einem distanzierteren Blick auf das Festland zu verabschieden. Stets wurde „Brüssel“ als Ursache für ökonomische Misere und Überbürokratisierung geißelt. Angebliche nationale Interessen standen stets im Widerspruch zur Politik der EU. Legendär wurde etwa *Margarete Thatchers* Satz „I want my money back“, mit dem sie den sogenannten Britenrabatt in der EU durchsetzte. Gegenüber der Union wurden auch im *Remain*-Lager regelrechte Angstkampagnen (Habermas 2016) geschürt. Dabei verfochten die Briten auch unter dem *Labour-Premier Tony Blair* stets eine entschiedene marktliberale Vorstellung von der EU, die zwar eine Erweiterung befürwortete, aber keinesfalls an eine Vertiefung hin zu einer politischen Union dachte: Kein Beitritt zum Schengen-Abkommen, kein Beitritt zum Euro und der damit verbundenen Wirtschafts- und Währungsunion. Im *Brexit*-Lager machte sich zudem Fremdenfeindlichkeit breit sowie die Weigerung zur Aufnahme von Flüchtlingen, insbesondere jener, die über die Balkanroute immigrieren. Außerdem tauchten Forderungen nach Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit im europäischen Binnenmarkt auf. Europafeindliche Strömungen paarten sich so mit fremdenfeindlichen Kampagnen, was insbesondere die rund 800.000 polnischen Migrantinnen und Migranten in Großbritannien zu spüren bekamen, die seit der Osterwei-

terung im Jahre 2004 im Rahmen der „vier Freiheiten des Binnenmarktes“ nach Großbritannien emigriert waren.

Trotz der entgegengesetzten Position der ansonsten mächtigen multikulturellen Londoner City, dem führenden Finanzplatz Europas, verfinden die Argumente des rechtspopulistischen Lagers insbesondere bei jenen Gruppen der Bevölkerung, die sich vom Globalisierungsprozess „abgehängt“ fühlen, sodass gerade die ärmeren, sozial benachteiligten und schlechter ausgebildeten Schichten für den Exit gestimmt haben. Nicht nur das gegensätzliche Wahlverhalten auf dem Land und in den Städten, auch die geografische Verteilung der Exit-Stimmen, also die Häufung dieser Stimmen in den Midlands und in Teilen von Wales, sprechen für die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen des *Brexits* (vgl. ebd.). Die Wahrnehmung der drastisch gewachsenen sozialen Ungleichheit und das Gefühl der Ohnmacht, dass die eigenen Interessen auf der politischen Ebene nicht mehr repräsentiert werden, schaffen den Motivationshintergrund für die Mobilisierung gegen Fremde, die Abkehr von Europa sowie den Hass auf Brüssel. Für eine verunsicherte Alltagswelt bildet der „nationale und kulturelle Eigensinn“ (ebd.) stabilisierende Pfeiler.

Zunahme der Flüchtlingsströme in die EU seit 2015 und der Aufstieg des Rechtspopulismus

Antieuropäische und rechtspopulistische Stimmungen zeigten sich aber keineswegs nur auf den britischen Inseln. 2015 versuchten insgesamt mehr als eine Million Personen die Einwanderung über das Mittelmeer in die EU. Rund 900.000 kamen in Griechenland an, 150.000 Flüchtlinge landeten nach Schätzungen des UNHCR in Italien. *Heribert Prantl* sprach in der *Süddeutschen Zeitung* bereits im August 2015 von einem „Jahrhundert-Problem“ (Prantl 2015). Dabei erwiesen sich die europäischen Staaten und die EU bei der Begrenzung und Koordinierung der Flüchtlingsbewegung nach Europa tatsächlich als hilflos und überfordert. *Angela Merkels* Entscheidung vom 4. September 2015, den an der österreichisch-ungarischen Grenze und in Budapest festsitzenden Flüchtlingen vor allem aus Syrien und Afghanistan die Einreise nach Deutschland ohne Registrierung durch Ungarn und damit entgegen dem *Dublin-Abkommen* zu gestatten, fand nicht nur großes Echo in den Medien und der Öffentlichkeit innerhalb Deutschlands. Es ging sehr schnell nicht nur darum, Menschen zu retten und würdig zu behandeln, die Schutz vor Krieg und Verfolgung in den Nachbarländern Syriens oder eben in der EU suchten, kurz die europäische Wertgemeinschaft solidarisch umzusetzen. Es ging auch sehr schnell darum, eine



politische Gemeinschaft zu retten, die ihren Gemeinsinn so gut wie verloren zu haben scheint. Die Bilder applaudierender Menschen am Münchner Hauptbahnhof im Zeichen einer „Willkommenskultur“ und jene von Stacheldrahtzäunen – zuerst an der ungarisch-serbischen Grenze – passen emotional nicht zusammen. Aussagen aus Osteuropa, wenn überhaupt, dann nur Christen, nicht aber Muslimen Schutz gewähren zu wollen, erzeugten im liberal geprägten Westen des Kontinents, vor allem in Deutschland, Fassungslosigkeit. Zunehmend zeichnete sich ab, dass Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei eine Allianz bilden, die trotz parteipolitischer Unterschiede funktioniert. Die sogenannten *Visegrád-Staaten* bilden dabei den Kern unter den ehemaligen Ostblockstaaten. Die „Migrationskrise“ hat sie erst richtig zusammengeschweißt.

Wenn Politiker aus den *Visegrád-Staaten* von „Sicherheit“ reden, dann meinen sie vor allem „Schutz vor Migranten“. Die gesellschaftliche Abschottung der Sowjetzeit wirkt bei Polen, Ungarn oder Tschechen im Streit über Pflichtquoten stärker nach als gedacht. Zur Angst vor Überfremdung gesellt sich dort die Furcht vor neuer Fremdbestimmung – diesmal nicht aus Moskau, sondern aus Brüssel (vgl. Ziedler 2015).

Dabei ist der Aufstieg nationalkonservativer, rechtspopulistischer sowie rechtsradikaler Bewegungen keineswegs nur ein osteuropäisches Phänomen. Längst haben sie Gründungsmitglieder der EWG wie Frankreich und Deutschland erfasst, wenn ihre parlamentarischen Vertre-

tungen bislang auch noch nicht in den nationalen Regierungen sitzen. Ihr Einfluss zeigt sich überdeutlich bei Regionalwahlen sowie dem Wandel der programmatischen Thesen der etablierten Parteien in den genannten Ländern. Auf die sozialstrukturellen Hintergründe wurde bereits beim *Brexit* Bezug genommen.

Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 ff.

Die Globalisierung und der Freihandel machen zwar viele reich, aber noch mehr Menschen haben die gewohnte soziale Sicherheit verloren. Zudem gibt es in allen europäischen Staaten eine Ablösung von „Government“ durch „Governance“ (vgl. Münkler 2016). Es ist nicht mehr nur eine Regierung, die Politik macht, sondern ein riesiges und für viele undurchschaubares Netzwerk von Akteuren: Unternehmen, Lobbyisten, Parteien und Nichtregierungsorganisationen. Als Bürger/-in braucht man viel mehr Kompetenzen als früher, um mitzumachen: habituell, intellektuell und sprachlich. Und wer nicht mitkommt, der ist raus aus dem politischen Prozess. Und diese Verlierer erinnern sich jetzt, wie „wunderbar das war“, als scheinbar politische Partizipation noch mit dem Wahlkreuz ging, als Alternativen noch einfach schienen. Volksabstimmungen wie das *Brexit*-Referendum suggerieren ihnen: „Du bist wieder dabei!“ Sogar bisherige Nichtwähler werden von rechtspopulistischen Strömungen europaweit wieder an die Wahlurne gelockt (vgl. ebd.). →

Dazu kam die globale Finanzkrise, die mit der Immobilienkrise in den USA begann und sehr schnell deutlich machte, wie eng global agierende Groß- und Schattenbanken eine in den 90er Jahren begonnene Deregulierung der internationalen Bankenaufsicht ausgenutzt hatten. Anders als normale Banken waren Schattenbanken nicht gezwungen, Zahlen zu veröffentlichen, die Rückschlüsse auf ihre Risikopositionen zuließen. Diese wurden nicht von der Bankaufsicht überwacht, für sie gab es keine Einlagensicherung und die Zentralbank fühlte sich für diese



Nicht-Banken zunächst nicht zuständig. In den Folgejahren wuchs sich diese Finanz- und Bankenkrise global zur Weltwirtschaftskrise aus, die sich historisch nur mit der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 ff. vergleichen lässt.

Auch und gerade in der EU reagierten die Mitgliedstaaten mit Bankenrettungsaktionen in Milliardenhöhe sowie keynesianisch motivierten Konjunkturstützungsprogrammen. Eine horrende Staatsverschuldung war die unmittelbare Folge, die insbesondere in den struktur- und export-schwachen südlichen Mitgliedstaaten enorme Defizite bei der Refinanzierung sowie bereits bei der Steuererhebung offenbarten. Vor allem in Griechenland weitete sich dies zu einer massiven politischen Krise aus, die insbesondere in den deutschen Medien als sogenannte „Eurokrise“ diskutiert wurde. Die zahlungsfähigen Eliten hatten Griechenland und andere Krisenstaaten längst verlassen, zumal einzelne Mitgliedstaaten der EU wie Großbritannien, Irland und die Niederlande sich nicht davor scheuten, ihre flat-tax-Strategien sowie Steuerschlupflöcher öffentlich anzupreisen.

Zur Rettung der PIGS-Staaten (Portugal, Italien, Griechenland und Spanien) empfahl die EU auf deutschen und nordeuropäischen Druck schließlich eine Austeritäts- und Sparpolitik mit wachsender Aufsicht der nationalen Haushalte im Rahmen des „Europäischen Semesters“, was zwar

zur Kooperation mit dem IMF führte, aber auch zur deutlichen Delegitimierung der Kreditkonditionen und zu nationalen politischen Krisen.

Links- und rechtspopulistische Parteien gewannen enorm an Zulauf, die zwar, wenn sie an die Regierung kamen – wie in Griechenland – versprachen, die Kreditkonditionen zu erfüllen, die aber nach wie vor die Ursachen für die sozialen Notstände vor allem bei den wohlhabenden Mitgliedstaaten festzumachen versuchen. Zu vermuten ist, dass sich nach dem *Brexit*-Votum die Gegensätze zwischen den auf „solides Haushalten“ ausgerichteten nördlichen Mitgliedstaaten und den südlichen Mitgliedstaaten, die eine Abkehr von der Austeritätspolitik fordern, noch deutlich verschärft werden. Schon ist in den Medien von einem „Club Med“ der südlichen Mitgliedstaaten der EU unter Einschluss von Frankreich die Rede.

Dabei offenbarte diese Entwicklung nunmehr überdeutlich, dass sich der durch die Globalisierung seit langem im Gang befindliche Prozess der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch innerhalb der Gesellschaften drastisch verschärft hatte. Insbesondere die auf EU- und Banken-Kredite angewiesenen Mitgliedstaaten setzten die geforderten Sparmaßnahmen in ihren öffentlichen Haushalten durch dramatische Kürzungen im Sozial- und Bildungsetat um, der im europäischen Mehrebenensystem nach wie vor Gegenstand der nationalen oder wie in Deutschland der regionalen Haushalte geblieben ist. Gleichzeitig unterboten sich viele Mitgliedstaaten in einer Strategie der „flat-tax“ für international agierende Industrie- und Handelsunternehmen, was die Haushaltslage weiter verschärfte. Zudem setzte der boomende asiatische Exportmarkt, „Werkbank der Globalisierung“, insbesondere den PIGS-Staaten und deren Industrien zu.

Neben enormen Leistungsbilanzdefiziten zeigte und zeigt sich die ganze Dramatik der Situation in einer horrend gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Mitgliedstaaten, die zum Teil weit über 50% eines Jahrgangs betrifft. Schon ist die Rede von einer „Lost Generation“, die sich naturgemäß zu einer gesellschaftlichen und politischen Krise auszuwachsen droht. Nicht nur in Griechenland, Spanien und Italien sind die traditionellen Volksparteien erodiert und durch neue links- oder rechtspopulistische Bewegungen ersetzt worden. Mit am besorgniserregenden ist dabei der Aufstieg des rechtsradikalen „Front National“ im EWG-Gründungsstaat Frankreich. Die Zukunft der EU hängt aber wesentlich von seiner Jugend ab.

Delegitimierung des Institutionengefüges der EU

Der gescheiterte Verfassungsvertrag der EU (2004) versuchte ebenso wie der bis heute gültige Lissaboner Vertrag (2009) der EU die Gemeinschaft auf die Aufnahme weiterer Mitglieder, damals vor allem aus dem ehemaligen „Ostblock“, vorzubereiten und die EU handlungsfähig zu gestalten. Der zu Beginn dieses Beitrags dargestellte Prozess der europäischen Einigung hatte ja bereits gezeigt, wie kompliziert es war und ist, aus einem Staatenbund (Charles de Gaulle: „Europa der Vaterländer“) eine wachsende Vergemeinschaftung, aber nach Ansicht vieler Mitgliedstaaten noch lange keinen „Bundesstaat“ herzustellen. Diesbezügliche Szenarien scheinen derzeit wenige Chancen auf Umsetzung zu haben (vgl. Guérot 2016). Europäische Föderalisten stellen aktuell in den öffentlichen Debatten deutlich Minderheiten dar. Bemühungen der EU um die Herausbildung einer europäischen Identität (vgl. Kalb 2016) scheinen bis heute eher von bescheidenem Erfolg geprägt, wenn es auch laut Eurobarometerumfragen bei rund der Hälfte der Unionsbürger/-innen immerhin zur

Die Globalisierung und der Freihandel machen zwar viele reich, aber noch mehr Menschen haben die gewohnte soziale Sicherheit verloren.

Herausbildung einer multiplen Identität („sowohl nationale als auch europäische Identität“, Fuchs 2013) gekommen ist.

Für grundlegende Veränderungen und die Aufnahme neuer Mitglieder ist nach wie vor das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat nötig. Andererseits wurden die Rechte des EP seit 2009 deutlich gestärkt, sodass nahezu keine Entscheidung in der EU mehr ohne dessen Zutun getätigt werden kann. Kritisch anzumerken ist allerdings, dass eine Wahlbeteiligung bei Europawahlen von zuletzt 43 % (2014) einen Schatten auf die Legitimation dieser zudem von den Medien in Europa wenig beachteten Institution wirft.

Wenn von „Brüssel“ die Rede ist, denken viele in erster Linie an die Europäische Kommission und ihre (noch) 28 Kommissare. Nach wie vor stellt jedes EU-Mitglied – trotz gegenteiliger Reformversprechungen – einen eigenen Vertreter mit eigenem „nationalem“ Profilierungsbestreben.

Überregulierung durch Brüssel ist demgemäß der mantraartig wiederholte Vorwurf. Gravierender scheint dazu noch der durchaus berechtigte Hinweis auf die höchstens indirekte demokratische Legitimierung der Europäischen Kommission. Ihre Wahl und Kontrolle durch das EP ist nur eine mittelbare. Auch wenn im Europawahlkampf 2014 für das Parlament versprochen und letztlich auch umgesetzt wurde, dass der Kommissionspräsident der Spitzenkandidat einer der beiden großen europäischen Parteien sein soll, wird das Amt doch durch den Europäischen Rat vorgeschlagen und die einzelnen Kommissare gemäß den nationalen parteipolitischen Machtverhältnissen ernannt. Faktisch gibt es deshalb seit Jahrzehnten eine Große Koalition aus Europäischer Volkspartei sowie die Sozialdemokraten bzw. Sozialisten in der Europäischen Kommission. Die Opposition im EP findet deshalb bislang wenig Beachtung bzw. wird für viele Medien von den auch im EP vertretenen EU-Fundamental-Kritikern und Rechtspopulisten repräsentiert. Für eine sachliche und kritische europäische Meinungs- und Willensbildung ist dies wenig förderlich.

Dazu kommt, dass die Kommissare nach wie vor das alleinige Gesetzesinitiativrecht besitzen und zudem auch noch die Vertragstreue der Mitgliedstaaten überwachen sollen. *Thomas König* (2016) spricht hier von einer „Doppelfunktion (...) als Agendasetzer und Überwacher europäischer Regeln“, was notwendigerweise zu „erheblichen Verwerfungen“ führen müsse, gerade im Bewusstsein der EU-Bürger/-innen. Deren unmittelbare Mitwirkungsrechte wurden zwar durch die Europäische Bürgerinitiative gestärkt, d. h. hierfür müssen in zwölf Monaten insgesamt eine Million gültige Unterstützungsbekundungen in einem Viertel aller EU-Mitgliedstaaten gesammelt werden. Allerdings können die Unionsbürger/-innen damit auch nur bewirken, dass sich die Europäische Kommission mit einem bestimmten Thema befasst. Politische Partizipation auf europäischer Ebene wird dadurch noch wirkungsloser sowie intransparenter als dies auf nationaler Ebene ohnehin bereits der Fall ist.

Wenig Beachtung findet in der Öffentlichkeit zudem der zweite Gesetzgeber auf europäischer Ebene, der Rat der EU, also der jeweilige Rat der (noch) 28 nationalen Fachminister, der ebenso wie das EP alle Verordnungen und Richtlinien ratifizieren muss, bevor sie dann durch die nationalen Parlamente in nationales Gesetz umgesetzt werden können.

Eine Reform dieses Institutionengeflechts (König 2016: „Wider den Kuhhandel“) oder gar eine Demokratisierung →

scheinen dringend erforderlich, wengleich auch aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage der Mitgliedstaaten eher unwahrscheinlich. Die Einschränkung des Mehrheitsprinzips muss wohl noch sehr lange in Kauf genommen werden.

Wer sind nun aber die Zentripetalkräfte, die die Europäische Union zusammenhalten können?

Traditionell waren die EU und ihre Vorgänger ein klassisches Elitenprojekt. Volksbefragungen direkt nach dem Zweiten Weltkrieg hätten sicher nicht zur EGKS, zur „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, geführt. Wollten die Vertreter Westdeutschlands, der Bundesrepublik Deutschland, möglichst rasch in die westliche Staatengemeinschaft integriert werden, so ging es den restlichen fünf Gründerstaaten eher um die Kontrolle der potenziell kriegswichtigen westdeutschen Kohle- und Stahlproduktion. Dazu kam der Wunsch nach einer Solidargemeinschaft gegen die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten im sogenannten „Ostblock“.

Mit dem ökonomischen Wiedererstarken Westeuropas und der Bundesrepublik wuchs der Wunsch der ökonomischen Eliten nach einem gemeinsamen Markt, der schließlich im Europäischen Binnenmarkt mit seinen vier Grundfreiheiten und schließlich in der Wirtschafts- und Währungsunion, der Gründung der Eurozone, seinen vorläufigen Abschluss fand. Geprägt waren diese Prozesse durch eine Vielzahl von Gipfeltreffen der jeweiligen Staats- und Regierungschefs, aber auch von dem von der Öffentlichkeit wenig beachteten beständigen Lobbyismus transnational agierender „Global Player“, die sich z. B. im ERT, dem „European Round Table of Industrialists“, einer Lobbyorganisation von rund 50 Wirtschaftsführern großer europäischer multinationaler Unternehmen, zusammengeschlossen haben. Ziel des Forums war und ist das Entwickeln langfristiger wirtschaftsfreundlicher europäischer Integrationsstrategien sowie die Organisation von Treffen mit Mitgliedern der Europäischen Kommission, einzelnen Kommissaren und dem Kommissionspräsidenten (vgl. z. B. ERT 2016).

Aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen wie z. B. die Gewerkschaften und die NGO aus den Bereichen Umwelt- und Verbraucherschutz setzen sich seit Jahrzehnten nachhaltig für die europäische Einigung und die Demokratisierung der EU ein. Ihnen erscheint ebenso wie den ökonomischen Eliten plausibel, dass im globalen Wettbewerb und bei der Sicherung der natürlichen Ressourcen nur ein geeintes, den Nationalstaat überwindendes Europa den Herausforderungen Nordamerikas und Asiens Paroli bie-

ten kann. Vor allem von rechtspopulistischen Bewegungen sieht sich die EU allerdings zunehmend mit einer Ideologie konfrontiert, die suggeriert, man könne Globalisierungsprozesse zurückdrehen und im Rahmen der Nationen wirkungsvollere Lösungen für die grundlegenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Sicherungssystem hinbekommen. Diese Ideologie hat nun zudem die EU zu ihrer Hauptgegnerin erklärt.

Entscheidend wird deshalb in den nächsten Jahren die Frage sein, ob es der EU gelingt, die drängenden sozialen und ökonomischen Probleme substanziell anzugehen, um insbesondere für die Jugend in Südeuropa („Lost Generation“) das alte Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen in einem geeinten Europa einzulösen. Wenn nur Arbeitnehmer/-innen sowie kleine und mittelständische Unternehmer Steuern zahlen, während transnationale Unternehmen und Spekulanten Milliardenbeträge in Steueroasen parken können, entsteht eine eklatante Gerechtigkeitslücke. Diese wird noch stärker empfunden, wenn Banken mit Milliardenbeträgen gerettet werden, während gleichzeitig an anderer Stelle Geld für Investitionen fehlt. Hierdurch ist die Legitimation der EU aktuell extrem gefährdet.



Das Grundproblem Europas besteht heute in der zu großen wirtschaftlichen und sozialen Divergenz. Auch innerhalb der Staaten herrscht große Ungleichheit, besonders auf Kosten von Jungen, Arbeitslosen und prekär Beschäftigten. Diese Anzeichen der Polarisierung gefährden nicht nur den Zusammenhalt der Gesellschaften, sie schwächen auch die Wachstumspotenziale der Wirtschaft. Die zentrale Herausforderung ist es, dieser zunehmenden Divergenz und Ungleichheit mit einem dynamisch wachsenden und sozialeren Europa zu begegnen.

Die Legitimation der EU wird nur zurückerlangt, wenn es ihr gelänge, europaweite Instrumente zu entwickeln,

die die bisherigen Strategien der Konfliktlösung und Autorität überwinden. Steuervermeidungsstrategien der „Global Player“ sollten gezielt bekämpft, dafür aber ein zukunftsträchtiges Investitionsprogramm aufgelegt werden, bei dem nicht zuletzt die „Lost Generation“ wieder Zukunftsperspektiven entwickeln kann. Mit der sogenannten vierten industriellen Revolution, d. h. der Digitalisierung der Berufs- und Arbeitswelt, bieten sich dazu aktuell enorme Chancen. Eine gut ausgebildete Jugend mit beruflichen Aufstiegschancen könnte sogar der entscheidende Vorteil Europas im globalen Wettbewerb sein. Notwendig wären hierfür aber wohl auch die Einsicht und Unterstützung der aufgeklärten ökonomischen Eliten sowie deren Mut, staatliche Bildungsinitiativen zu unterstützen und selbst Investitionen zu tätigen. Die aktuell angekündigten milliardenschweren Investitionsprogramme auf europäischer Ebene sind sicher ein Schritt in die richtige Richtung.

Europaweit machen sich inzwischen national und protektionistisch denkende Bewegungen breit, deren Fremdenfeindlichkeit gerade zum Kernbestand dieser Ideologie wurde, die zunehmend auch eine Abwehrhaltung gegenüber jeglicher grenzüberschreitender Arbeitnehmerfreizügigkeit einschließen.

Europäische Sonntagsreden und Hochglanzbroschüren werden den Herausforderungen schon lange nicht mehr gerecht. Enttäuschte Hoffnungen schlagen rasch in Fremden- und Europafeindlichkeit um. Dies stellt eine besondere Herausforderung für die außerschulische politische Bildung dar und da insbesondere für die grenzüberschreitende europapolitische Bildungsarbeit, denn wer den anderen kennt und ihm schon mehrmals begegnet ist, wandelt auch mit der Zeit sein Bewusstsein. Auch die Herausbildung einer europaweiten Öffentlichkeit wäre langfristig die Voraussetzung dafür, dass mittelfristig ein europäisches Volk, ein europäischer Demos, heranwüchse. Im Moment scheint die EU von diesem Weg noch weit entfernt.

Damit könnte dann auch die Zeit reif werden, um die EU demokratischer zu gestalten. Demokratisierungsprozesse, die mit der Spitzenkandidatenwahl 2014 zum Kommissionspräsidenten begonnen wurden, reichen längst nicht aus. Kurzfristig sollte wenigstens die Europäische Kommission zu einer wahren europäischen Regierung umgebaut werden, zu einer Regierung, die parlamentarisch durch das EP und eine 2. Kammer der Mitgliedsstaaten kontrolliert wird. So bekämen die Menschen wenigstens eine Struktur, die ihnen aus den nationalen Parlamenten bekannt ist. Der Weg zu einem europäischen Bundesstaat scheint im Moment aber noch weit und wird sicher auch nicht kürzer,

wenn einzelne Mitgliedstaaten Zäune und Mauern gegen Flüchtlinge errichten, ihre Medienlandschaft staatlich kontrollieren und Verfassungsgerichte in ihren Rechten beschränken. Die viel beschworene Wertegemeinschaft der EU zeigt sich auch darin, ob es gelingt, rasch und konsequent zu handeln oder eben doch zunächst ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ anzustreben. Verloren gegangenes Vertrauen lässt sich nicht so schnell wieder zurückgewinnen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2016

Zum Autor



Jürgen Kalb ist Fachreferent bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und Chefredakteur der Fachzeitschrift *Deutschland&Europa* (www.deutschlandundeuropa.de)

juergen.kalb@lpb.bwl.de

Die in diesem Beitrag abgedruckten Karikaturen stammen von **Gerhard Mester**, der seit 1985 freiberuflich als Karikaturist tätig ist und politische Karikaturen für verschiedene Tageszeitungen und Zeitschriften zeichnet. Er lebt in Wiesbaden.

Literatur

ERT (Hrsg.) (2016): Warum wir Europa brauchen, www.ert.eu/sites/ert/files/why_europe_matters_-_de.pdf; (Zugriff: 16.09.2016)

Fuchs, Dieter (2013): Probleme bei der Herausbildung einer europäischen Identität. In: *Deutschland&Europa*, Ausgabe 66: Erweiterungs- und Austrittsdiskussionen in der EU, S. 8–17

Guérot, Ulrike (2016): Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie. Bonn: bpb

Habermas, Jürgen (2016): Die Spieler treten ab. Kerneuropa als Rettung. Gespräch mit Jürgen Habermas. In: *Die Zeit* vom 09.07.2016

Kalb, Jürgen (2016): Identität, europäische. In: Bergmann, Jan (Hrsg.): *Handlexikon der Europäischen Union*. Baden-Baden: Nomos, S. 534 ff. (6. Auflage)

König, Thomas (2016): Wider den Kuhhandel. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 11.07.2016, S. 2

Münkler, Herfried (2016): Aufstand einer deprimierten Mittelschicht. Interview mit Herfried Münkler in der *Stuttgarter Zeitung* vom 09.07.2016, S. 47

Prantl, Heribert (2015): Das Jahrhundert-Problem. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 17.08.2015, S. 4

Ziedler, Christopher (2015): Europa der Einzelgänger. *Stuttgarter Zeitung* vom 21.9.2015, S. 1

Die Integrationskraft Europas stärken

Vorschläge für Reformen zur Weiterentwicklung der Europäischen Union

Europa und die Europäische Union stehen derzeit an einem bedeutsamen Wendepunkt des europäischen Integrationsprozesses, an dem die Richtung für die kommenden Jahrzehnte festgelegt und damit die Zukunft Europas entscheidend beeinflusst wird. Was verbindet die Europäer? Gibt es die Integrationskraft Europa (noch)? Der Beitrag beschäftigt sich mit der Zukunft der EU und der Frage, was jetzt getan werden muss, wenn Europa bestehen und eine aktive Gestaltungskraft entfalten soll. Es werden konkrete Vorschläge gemacht, um die EU effizienter, demokratischer und bürgernäher zu machen. von Elmar Brok und Benjamin Feyen

Viel wird in diesen Tagen von Europas Krisen gesprochen. Die Flüchtlingsdebatte und der darauf aufbauende neue Nationalpopulismus in vielen Ländern, die sich bereits jetzt abzeichnenden Folgen des britischen Brexit-Referendums oder auch zahlreiche außen- und sicherheitspolitische Bedrohungen – im Jahr 2016 steht die Europäische Union wahrlich vor enormen Problemen. Dass unsere EU-Strukturen nicht mehr zeitgemäß und damit anfällig sind und einer dringenden Reform bedürfen, erleichtert unseren Umgang mit den aktuellen Herausforderungen auch nicht unbedingt. Wohl nie zuvor befand sich der europäische Integrationsprozess dermaßen im Stocken; nie seit ihrer Gründung war die Existenz unserer Europäischen Union so sehr in Gefahr.

In dieser Situation liegt es auf der Hand, einige grundsätzliche Fragen zu stellen: Was ist Europa eigentlich? Was verbindet Europa? Gibt es die Integrationskraft Europa (noch)? Hier hilft zunächst ein Blick auf die Ideen hinter der europäischen Integration, die im folgenden Abschnitt kurz gestreift werden sollen. Wir werden sehen, dass uns Europäer weitaus mehr verbindet als uns trennt. Die EU hat sich schon längst als unglaubliche Erfolgsgeschichte erwiesen, von der im Jahr 1945 kaum jemand auch nur zu

träumen gewagt hätte. Einige Visionäre haben dies trotzdem getan und das Fundament gelegt für das, was wir heute als Europäische Union kennen – und leider viel zu wenig schätzen.

Dieser Beitrag soll sich aber vor allem auch mit der Zukunft der EU beschäftigen: Was muss jetzt getan werden? Wenn wir in einer veränderten Welt bestehen wollen und die neue globale Ordnung aktiv mitgestalten und von ihr profitieren möchten, dann müssen die Mitgliedstaaten zu grundlegenden Reformen der EU bereit sein. Es liegt ganz an uns selbst, ob wir im nationalstaatlichen Klein-Klein untergehen oder aber eine starke Rolle auf dem globalen Parkett spielen werden. In diesem Artikel sollen daher konkrete Vorschläge gemacht werden, deren Umsetzung die EU deutlich effizienter, demokratischer und bürgernäher machen würde. Viele dieser Vorschläge werden aktuell in den politischen Arenen der EU diskutiert, einige davon mit guten Chancen auf baldige Umsetzung.

„(Miss)Verständnis Europa“ lautet das treffend gewählte Thema dieser Ausgabe der *Außerschulischen Bildung*, das unser – und damit dürfen sich Politik, Medien und Bevölkerung gleichermaßen angesprochen fühlen – Kernproblem mit der EU auf den Punkt bringt: Viel zu wenig wird

dieses (zugegebenermaßen nicht ganz unkomplizierte) europäische Konstrukt verstanden und oft auch völlig falsch verstanden; viel zu sehr werden Erwartungen geschürt, welche „die EU“ aufgrund der Vielschichtigkeit ihrer Konstruktion schlicht nicht erfüllen kann; viel zu oft wird aus diesem Grund in Unkenntnis der politischen Realität – oder gar absichtlich und bewusst irreführend – Brüssel verantwortlich gemacht, wenn doch eigentlich Berlin, Bratislava und Budapest zuständig sind.

Die EU und ihre Entscheidungsprozesse transparenter zu machen, ihre Vorteile besser zu erklären und Europa den Menschen näherzubringen – dies ist eine der schwierigsten Aufgaben der kommenden Zeit. Wir müssen dringend eine öffentlich geführte seriöse und ernsthafte Debatte darüber starten, wie unser Europa des 21. Jahrhunderts aussehen kann und aussehen soll. Klar ist: Nur wenn es auch in der Bevölkerung eine große Unterstützung für die Europäische Union gibt, wird diese weiterhin ein Erfolg bleiben können und wieder die notwendige Anziehungskraft entwickeln.

Blick in den Rückspiegel

Ein Blick in den Rückspiegel ist meist hilfreich, wenn man sicher vorankommen will; dies gilt erst recht für historische Entwicklungen. Die Geschichte zu studieren heißt für die Zukunft zu lernen. Rufen wir uns also zunächst einmal kurz in Erinnerung, was wir der Europäischen Union eigentlich zu verdanken haben. Erinnern wir uns, dass uns die europäische Einigung die wohl glücklichste Zeit unserer Geschichte gebracht hat. Eine bessere Alternative als die EU gibt es nicht. Wir haben ein Maß an Frieden, Freiheit und Wohlstand wie keine Generation vor uns. Nie zuvor gab es eine längere Friedensperiode in Europa, nie lebten unsere Bürger in solch einer freien Gesellschaft, und wirtschaftlich und sozial ging es uns – den zahlreichen Krisen zum Trotz – niemals besser als jetzt.

Die Vordenker der europäischen Integration hatten vor allem eines im Sinn: Nationalismus und die Beschränkung auf Nationalstaatlichkeit zu überwinden. *Victor Hugo* mit seiner Idee der *Vereinigten Staaten von Europa*, *Graf Coudenhove-Kalergi* und seine *Panuropa-Union*, die *Union der Europäischen Föderalisten* mit ihren Gründern um *Altiero Spinelli* und auch die Väter der Europäischen Union wie *Jean Monnet*, *Robert Schuman* und *Konrad Adenauer* – sie alle hatten ein föderal geprägtes Europa vor Augen, das über eine rein intergouvernementale Zusammenarbeit von Staaten hinausgehen sollte. Und mehr noch: „Wir ei-

nigen keine Staaten; wir verbinden Menschen“¹, hat *Jean Monnet* gesagt und damit bereits in der Gründungsphase der EU hervorgehoben, dass – so kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs – ein friedvolles Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger unseres Kontinents ein zentraler Aspekt des Integrationsprojektes war und bis heute ist. Die EU wurde als Projekt des Friedens und des Wohlstandes ins Leben gerufen.

Von der ursprünglichen *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* bis hin zur heutigen Europäischen Union sind die EU-Mitgliedstaaten über Jahrzehnte Schritt für Schritt immer enger zusammengewachsen. Das beste Beispiel hierfür ist wohl die Evolution des Binnenmarktes, anhand derer sich die Tendenz zur Vergemeinschaftung bestimmter Politikbereiche besonders deutlich nachverfolgen lässt. Und diese Entwicklung ist bekanntlich längst nicht abgeschlossen, wenn man beispielsweise den digitalen Sektor betrachtet, in dem die EU derzeit noch ganz am Anfang ihres politischen Handelns steht. *Konrad Adenauer* hat einmal treffenderweise gesagt: „Europa, das ist eher wie ein Baum, der wächst, der eine Schicht nach der anderen ansetzt, der aber nicht konstruiert werden kann.“²

Die Geschichte der europäischen Integration hat wiederholt gezeigt, dass die EU gerade aus Krisenzeiten gestärkt hervorgegangen ist. Nehmen wir als Beispiel die sogenannte „Eurosklерose“ der 1970er und frühen 1980er Jahre; auf diese folgte unter der Kommission *Jacques Delors* die *Einheitliche Europäische Akte*, die ganz entscheidend zur Wiederbelebung des Integrationsprozesses beitrug und letztlich den Weg zum Maastrichter Vertrag ebnete. Auch jetzt ist es angesichts der aktuellen Herausforderungen wieder an der Zeit, einen großen Integrations-schritt nach vorne zu machen. Dabei sollten wir nicht nur unsere gemeinsamen Werte und unsere engsten historischen und kulturellen Verknüpfungen bedenken, sondern ganz konkret auch unsere gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Interessen im globalen Kontext vor Augen haben. →

1 „Nous ne coalisons pas des États, nous unissons des hommes.“ – Dieses Motto stellt Monnet seinen Memoiren („Mémoires“, 1976) voran. Erstmals öffentlich verwendet hat er es wohl bei einer Rede vor dem National Press Club in Washington am 30. April 1952.

2 Interview mit Jean Botrot am 24.11.1960. In: Morsey, Rudolf / Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.) (1988): Adenauer Teegespräche 1959–1961 (Rhöndorfer Ausgabe). Bearb. von Hanns Jürgen Küsters. Berlin: Siedler, S. 387–391

Der institutionelle Zustand der EU und Vorschläge zur Stärkung der Strukturen

Flüchtlingskrise, außenpolitische Konflikte in unmittelbarer Nachbarschaft, Kampf gegen den Terrorismus, Globalisierung, Klimawandel, Schwächen der Wirtschafts- und Währungsunion vor dem Hintergrund der Finanz- und Schuldenkrise, fehlende Wettbewerbsfähigkeit und die damit verbundenen sozialen Folgen in mehreren Mitgliedstaaten sowie die notwendige Stärkung des Binnenmarkts der EU (beispielsweise im Dienstleistungsbereich und im digitalen Sektor) – auf all diese Herausforderungen haben wir bislang nur unzureichend reagiert. Es kann jedoch nicht die Lösung sein, sich auf den Nationalstaat zurückzuziehen und sich auf ihn zu verlassen. Was nutzt denn das Gerede von nationalen Interessen und von Souveränität, wenn diese sich nicht mehr allein durchsetzen lassen? Ist es nicht vielmehr im nationalen Interesse, einen europäischen Kompromiss zu finden, um Einfluss auf der globalen Ebene zu haben? Können wir nicht nur gemeinsam Souveränität zurückgewinnen?

Gleich welcher Nationalität oder Staatsangehörigkeit: Wir sind alle Europäer. Wir sind Bürgerinnen und Bürger sowohl unserer Nation als auch Europas, und nicht Entweder-oder. Dies sollten wir uns in Erinnerung rufen, denn längst gibt es mehr gemeinsame europäische Interessen als spezifisch nationale. Dementsprechend muss gehandelt werden.

Werfen wir einen Blick auf den institutionellen Zustand der Europäischen Union. Schnell kommt man zu der Erkenntnis: Wir müssen die EU reformieren und vertiefen. In vielen Bereichen sind wir heute noch nicht handlungsfähig genug. Einzelne Mitgliedstaaten haben in der Vergangenheit wichtige Instrumente blockiert; diese Instrumente müssen wir nun schaffen. Die Menschen beklagen, dass die EU bestimmte Probleme nicht behebt. Hier muss es Fortschritte geben. Wir müssen die EU, so wie sie heute besteht, stärken – unter Wahrung des Solidaritäts- und des Subsidiaritätsprinzips. Wir brauchen genau dort mehr Europa, wo die EU die Aufgaben besser erfüllen kann. Das bedeutet, dass wir etwa in den Bereichen Wirtschafts- und Währungsunion, Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie in der Außen- und Sicherheitspolitik weiter gehen müssen als bisher.

Der Vertrag von Lissabon bietet zahlreiche, bislang längst nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten für viele der dringend notwendigen Reformen, mit denen die Funktions- und Handlungsfähigkeit der EU verbessert und effektiver gemacht werden kann. Wenngleich zwar eine grundsätz-

liche Überarbeitung der Verträge sinnvoll und notwendig wäre, ist hiermit in der derzeitigen Lage der EU – auch angesichts der öffentlichen Stimmung – kaum zu rechnen. Eine vollumfängliche Ausschöpfung des bereits bestehenden Vertragswerks – ohne Änderung des Primärrechts – ist somit der einzuschlagende Weg, um mit den Herausforderungen unserer Zeit fertig zu werden. Der Vertrag von Lissabon war und ist dabei ein großer Schritt vorwärts, insbesondere durch die Verbesserung demokratischer Prinzipien und deren Anwendung. Es liegt nun im Wesentlichen an den Mitgliedstaaten, den hierfür nötigen politischen Willen zu beweisen und zum Wohl aller Europäer von den bestehenden Reformmöglichkeiten Gebrauch zu machen.

Einer der zentralen Aspekte einer Reform der Europäischen Union ist eine verstärkte Anwendung der sogenannten Gemeinschaftsmethode; sie ist der erfolgreiche Weg. Überall dort, wo die EU funktioniert wie beim Binnenmarkt, wird diese Methode angewandt. Sie ist aber nicht nur die Methode der höheren Effizienz, sondern auch der Legitimation. Durch das direkt gewählte Europäische Parlament

Die Vordenker der europäischen Integration hatten vor allem eines im Sinn: Nationalismus und die Beschränkung auf Nationalstaatlichkeit zu überwinden.

und den durch die nationalen Parlamente legitimierten Rat hat die EU auch ihr demokratisches Defizit überwunden. Parlament und Rat schaffen unmittelbar wirksames Recht, das durch den Europäischen Gerichtshof verbindlich geprüft wird. Die EU ist kein Staat; die Mitgliedstaaten bleiben Herren der Verträge. Aber dort, wo die EU Kompetenzen hat, arbeitet sie nach den demokratischen und rechtsstaatlichen Methoden eines Bundesstaates. Im Rahmen des Vertrages gibt es viele Möglichkeiten, dass eine Gruppe von Staaten bei politischen Projekten vorangeht und andere dazukommen können, wie dies beim Euro funktioniert. Auch kann unter bestimmten Bedingungen der intergouvernementale Ansatz als Übergangsweg genutzt werden, wie es beim Schengen-System gelungen ist.

Das von den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar gewählte Europäische Parlament sorgt ganz wesentlich für die Legitimation der EU. Es wählt den Kommissionspräsi-

denen, bestätigt die Kommission oder kann diese auch abwählen; es ist gleichberechtigter Gesetzgeber, bestimmt das Budget mit und muss alle internationalen Abkommen ratifizieren. Das Konzept der „Spitzenkandidaten“ – erstmals umgesetzt bei der Europawahl 2014 – ist in diesem Zusammenhang ein Erfolg. Geregelt ist das entsprechende Prozedere in Artikel 17 (7) des EU-Vertrags: „Der Europäische Rat schlägt dem Europäischen Parlament nach entsprechenden Konsultationen mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor; dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament. Das Europäische Parlament wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder.“³ Die Wahl des EVP-Kandidaten *Jean-Claude Juncker* zum Kommissionspräsidenten im Jahr 2014 stellte damit eine neue Dimension dar; und auch für die Europawahl 2019 müssen die europäischen politischen Parteien wieder Spitzenkandidaten ernennen, um unseren Bürgerinnen und Bürgern die Wahl zu geben, wen sie als Kommissionspräsidenten haben möchten.

Auch für die Aufstellung der Kandidaten für das Europäische Parlament müssen bestimmte demokratische Mindeststandards eingehalten werden. Bei der Wahl selbst sollte das Logo der europäischen politischen Partei, der ein Kandidat angehört, gut sichtbar angezeigt werden, damit die politische Agenda und Diskussion einen europäischen Charakter bekommt. Weiterhin wäre eine verbindliche EU-weite niedrige Sperrklausel für die Erlangung eines Sitzes im Europäischen Parlament wünschenswert. Das Europäische Parlament hat erste Schritte zur Verbesserung des Wahlverfahrens für die Europawahl bereits unternommen und konkrete Vorschläge hierfür erarbeitet. Das Parlament muss zugleich aber auch bereit sein, seine Arbeitsweise zu reformieren, um die anstehenden Herausforderungen bewältigen zu können. So sollte es – zusätzlich zu seiner legislativen Funktion – seine Kontrollbefugnisse hinsichtlich der Kommission dazu nutzen, über die Umsetzung und Anwendung des EU-Rechts in den Mitgliedstaaten zu wachen.

Es gibt weitere Vorschläge zur Reformierung des institutionellen Gefüges, um die EU noch demokratischer zu machen: So sollte der Ministerrat durch Änderungen der Ratsstatuten zu einer Kammer bei Gesetzgebungsfragen zusammengeschlossen werden und grundsätzlich öffentlich tagen. Dadurch würde das aus Rat und Parlament fak-

tisch bestehende legislative Zweikammersystem für die Bürgerinnen und Bürger auch erkennbar sein. Die derzeitigen ressortabhängigen Zusammensetzungen des Rates könnten dem legislativen Rat nach dem Muster der Parlamentsausschüsse als Vorbereitungsgremien dienen. Darüber hinaus sollte der Rat entsprechend des Vertrages zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit übergehen. Zu oft verweigert der Rat die „Pflicht“ zur vertraglich vorgesehenen Mehrheitsentscheidung. Er geht den billigen Weg, durch Verweigerung der Übernahme von Verantwortung die Entscheidung in solchen Fällen dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs zu überlassen, der nur einstimmig entscheiden kann. Dies ist eines der größten Hindernisse für eine notwendige Entscheidungsfähigkeit des Ministerrates und eigentlich ein Vertragsbruch. Der Europäische Rat hingegen sollte sich auf seine eigentlichen Aufgaben nach dem Vertrag, zu denen ausdrücklich nicht die Gesetzgebung gehört, konzentrieren.

Weiterhin muss die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vertieft und schließlich vollendet werden. Inmitten der Krise hat die EU die ihr zur Verfügung stehenden Regeln, Instrumente und politischen Verfahren bereits wesentlich reformiert, um den ordnungspolitischen Rahmen der WWU zu stärken und zu verbessern. Dieser Prozess muss nun fortgeführt werden, da die wirtschaftliche und



Europäisches Parlament in Straßburg Foto: European Union 2015 – European Parliament (CC BY-NC-ND)

soziale Lage der Eurozone nach wie vor äußerst schwierig ist. Es bleibt keine Zeit, sich auf dem Erreichten auszuruhen oder Reformen aufzuschieben. Das bestehende Steuerungssystem ist noch nicht so leistungsfähig, wie es sein sollte; weder kann es sicherstellen, dass alle potenziellen künftigen Krisen und Erschütterungen bewältigt werden können, noch vermag es, für mehr Wettbewerbsfähigkeit, →

³ Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union; <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=OJ:C:2010:083:TOC>

die strukturelle Angleichung der Mitgliedstaaten, nachhaltiges Wachstum und sozialen Zusammenhalt zu sorgen. Für eine Vertiefung der WWU muss auf allen Ebenen, auf denen Beschlüsse gefasst und umgesetzt werden, für eine ausreichende demokratische Legitimation und Rechenschaftspflicht gesorgt sein.

Die Vertiefung der WWU sollte mit der Vollendung des Binnenmarktes einhergehen, vor allem in Bezug auf die Energieunion, den digitalen Binnenmarkt und den Dienstleistungsmarkt. Dafür müssen alle internen Hindernisse im Binnenmarkt endlich beseitigt werden. Hierbei gilt es vor allem auch die soziale Dimension angemessen zu berücksichtigen: Die Rechte von Arbeitnehmern, die ihr Recht auf Mobilität wahrnehmen, sollten ebenso gewährleistet sein wie ihre sozialen Rechte, damit die WWU auf einer stabilen sozialen Grundlage steht. Darüber hinaus könnte die Einführung von Mindestlöhnen nach dem Ermessen der einzelnen Mitgliedstaaten unterstützt werden. Im Rahmen der geltenden Verträge sollte zudem eine Richtlinie zur Arbeitnehmermobilität verabschiedet werden, mit der bestehende Hindernisse für Arbeitnehmer abgebaut werden. Ein neuer Sozialpakt könnte geschlossen werden, mit dem die soziale Marktwirtschaft in Europa bewahrt und das Recht auf Tarifverhandlungen aufrechterhalten wird und in dessen Rahmen die Mitgliedstaaten ihre Sozialpolitik besser koordinieren könnten.

In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist ebenfalls eine noch intensivere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sinnvoll und dringend geboten. In unserer direkten Nachbarschaft befinden sich gesellschaftlich und politisch höchst instabile Regionen, deren Probleme direkte und schwerwiegende Auswirkungen auf die Sicherheitslage Europas haben. Für die europäischen Bürgerinnen und Bürger macht sich dieser Zustand etwa in Form von Terroranschlägen und massiven Flüchtlingsströmen unmittelbar bemerkbar. Wohl nie zuvor gab es eine solch starke gegenseitige Beeinflussung von innerer und äußerer Sicherheit. Derweil verletzt ein aggressives, revisionistisches Russland weiterhin die Souveränität seiner Nachbarstaaten und fordert damit offensiv die seit Jahrzehnten bewährte europäische Sicherheitsordnung heraus. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich dringend auf diese veränderte Situation einstellen und akzeptieren, dass kein Staat die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen mehr alleine lösen kann, mit denen wir uns heute auch in Europa konfrontiert sehen. Neben den bereits genannten Bereichen gehören hierzu etwa auch Cybersicherheit, Energiesicherheit, hybride Bedrohungen oder die Sicher-

heit unserer Infrastrukturen. Eine Weiterentwicklung unserer *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP) ist daher unbedingt erforderlich; nur so können wir unsere freie Gesellschaft und unsere Werte bewahren sowie unsere Bürgerinnen und Bürger schützen.



Foto: Rudolf Ortner / pixelio.de

Konkrete Pläne liegen längst auf dem Tisch. Zuletzt hat die EU-Außenbeauftragte *Federica Mogherini* im Juni 2016 ihre *Globale Strategie* ⁴ für die EU-Außenpolitik präsentiert; auch im Europäischen Parlament wird derzeit an einem umfassenden Konzept gearbeitet. Ein Dreiklang aus Diplomatie, Entwicklung und Verteidigung soll die Basis unserer künftigen Außen- und Sicherheitspolitik bilden. Wir werden unser volles Potenzial nur dann nutzen können, wenn wir unsere konkurrenzlose *Soft Power* mit einer (uns bislang weitgehend fehlenden) *Hard Power* kombinieren; unsere Fähigkeiten in der Verteidigungs- und Abschreckungspolitik sind entscheidend für unseren Einfluss und unsere Glaubwürdigkeit in diplomatischen Gesprächen. In Zeiten allgemeiner Sparzwänge ist eine verstärkte militärische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ohnehin der beste Weg zur Nutzung von Synergieeffekten. Ganz entscheidend wird es auch hier sein, die im Vertrag von Lissabon bereits vorgesehenen Möglichkeiten endlich voll auszuschöpfen. Insbesondere ist die *Ständige Strukturierte Zusammenarbeit* zu nennen, welche ambitioniertere Mitgliedstaaten in die Lage versetzen würde, in Verteidigungsfragen enger zusammenzuarbeiten und sich der Einrichtungen, Instrumente und Haushaltsmittel der EU zu bedienen. Weiterhin könnte durch den Aufbau eines ständigen zivil-militärischen Hauptquartiers die Krisenreaktionsfähigkeit der EU deutlich verbessert werden.

⁴ <https://europa.eu/globalstrategy>

Über eine gemeinsame Verteidigungspolitik hinaus benötigt die EU einen umfassenden Ansatz für die Entwicklung, Unterstützung und Stärkung politisch instabiler Regionen in unserer Nachbarschaft. Ob auf unserem europäischen Kontinent, im Nahen Osten oder in Afrika: Wir müssen uns dafür einsetzen, die Wurzeln der Instabilität zu beseitigen. Armut, mangelnde wirtschaftliche Möglichkeiten, bewaffnete Konflikte, schlechte Regierungsführung, Klimawandel und verfehlte Handelspolitik gehören zu den Ursachen der meisten Probleme dieser Gegenden und verstärken sich gegenseitig. Ein besonderes Augenmerk sollte die EU dabei auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den betroffenen Regionen legen und dazu alle verfügbaren politischen Instrumente nutzen – einschließlich Handel, Entwicklungshilfe und Diplomatie sowie Fähigkeiten zur Krisenbewältigung. Wir haben doch im vergangenen Jahr gemerkt, wie sehr das politisch stabile Europa und sein wirtschaftlicher Wohlstand wie ein Magnet wirkt auf Menschen aus Regionen, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden und es ums

Eine Abkehr von der EU und Rückbesinnung auf den Nationalstaat ist keine Lösung; ganz im Gegenteil müssen wir uns daran erinnern, welche Kraft und Stärke ein vereintes Europa haben und entwickeln kann.

nackte Überleben geht. Und das Thema Migration wird uns in den kommenden Jahrzehnten noch verstärkt beschäftigen – Aspekte wie der Klimawandel oder die Trinkwasserversorgung werden eine zunehmende Bedeutung erlangen. Die im Wesentlichen durch politische Instabilität und Terrorismus verursachte aktuelle Migrationsproblematik ist also nur ein Vorbote dessen, was uns in Zukunft erwarten wird.

Hierzu muss die EU auch ihre diplomatischen Fähigkeiten einsetzen. Wir besitzen diesbezüglich ein enormes Potenzial, das auf einer breiten Palette an uns zur Verfügung stehenden Instrumenten sowie auf unserer normativen Kraft als Verfechter von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten beruht. Gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte und des europäischen Integrationsprozesses ist

die EU besonders glaubwürdig; dieses Image gilt es für diplomatische Zwecke zu nutzen. Bereiche wie Kultur und Wissenschaft müssen in diesem Zusammenhang gestärkt werden, um europäische Stärken und Werte über unsere Grenzen hinauszutragen. Auch die Macht der Wirtschaftsdiplomatie kann noch stärker genutzt werden, um etwa durch Sanktionen bestimmte Ziele der EU durchzusetzen. Um unsere Ziele in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erreichen, ist jedoch ein Mentalitätswechsel der EU-Mitgliedstaaten vonnöten. Nur wenn diese endlich ihre engstirnige nationale Perspektive verlassen und einen ausreichenden politischen Willen sowie das nötige gegenseitige Vertrauen zeigen, dann wird die EU einen der wichtigsten Ansprüche ihrer Bürgerinnen und Bürger erfüllen und die Menschen in Europa besser schützen können. Dies wird der EU neue Legitimation bringen und kann darüber hinaus neue Integrationskraft für das europäische Projekt freisetzen.

Die Integrationskraft Europas stärken

Bei allen Reformen auf politischer Ebene dürfen wir jedoch vor allem eines nicht vergessen: Wir müssen unsere Bürgerinnen und Bürger mitnehmen und wieder Begeisterung für das europäische Projekt entfachen. Es gilt, ihnen deutlich zu machen, dass dieses Europa keineswegs gescheitert ist. Wir müssen ihnen aufzeigen, wie sehr sie persönlich von der europäischen Einigung profitieren. Leider hat die Skepsis gegenüber der EU in den vergangenen Jahren jedoch stark zugenommen und parallel dazu haben sich in vielen Ländern breite nationalistische Strömungen in der Gesellschaft entwickelt.

Verunsicherung der Menschen ist der Nährboden, auf dem Nationalismus und Euroskeptizismus wachsen und gedeihen können. Populistische Parteien nutzen dies schamlos aus und riskieren mit ihrem Weg die Zerstörung der EU und die Spaltung unserer Bevölkerung. Dabei wählt eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in diesen unübersichtlichen Zeiten doch nur deshalb populistische Parteien, weil sie glauben und hoffen, dass diese für Ordnung, Sicherheit und Stabilität sorgen können. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Gerade die Europäische Union – und nur die Europäische Union – ist es, die uns wirklich Ordnung, Sicherheit und Stabilität gewährleisten kann. Eine Abkehr von der EU und Rückbesinnung auf den Nationalstaat ist keine Lösung; ganz im Gegenteil müssen wir uns daran erinnern, welche Kraft und Stärke ein vereintes Europa haben und entwickeln kann. Einzelne Länder sind in unserer globalisierten Welt längst nicht →

mehr in der Lage, die ganz großen Herausforderungen alleine zu bewältigen.

Das für die meisten Akteure und Beobachter sicherlich überraschende Votum der britischen Bevölkerung für den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs zeigt, was passiert, wenn Wählerinnen und Wähler populistischen Rattenfängern blind hinterherlaufen. Der voraussichtlich im Jahr 2019 zu vollziehende „Brexit“ wird somit die folgenschwere Konsequenz einer unverantwortlichen Kampagne sein, die – wie von vielen erst im Nachhinein erkannt wurde – seitens der Befürworter des britischen EU-Austritts auf Lügen und faktenfreier Angstmacherei basierte. Uninformiertheit und Emotionalität sind jedoch kein guter Ratgeber für politische Entscheidungen, und das erst recht nicht, wenn diese von einer solch historischen Tragweite sind. Die Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über die Modalitäten des Austritts und über unser zukünftiges Verhältnis haben noch nicht begonnen, aber eines ist klar: Zwar wollen wir auch weiterhin enge politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche

Derzeit stehen wir an einem bedeutsamen Wendepunkt des europäischen Integrationsprozesses, an dem wir die wesentliche Richtung für die kommenden Jahrzehnte festlegen und damit die Zukunft Europas und der Europäischen Union entscheidend beeinflussen werden.

Beziehungen haben; es darf aber nicht sein, dass die Briten nach dem Austritt ihres Landes ausschließlich von den Vorteilen unserer EU profitieren, ohne eine Gegenleistung zu bringen. Hier durchaus hart zu verhandeln ist in unserem eigenen Interesse und wäre zudem ein ganz eindeutiges Signal an die EU-Gegner in anderen Mitgliedsstaaten.

Derzeit stehen wir an einem bedeutsamen Wendepunkt des europäischen Integrationsprozesses, an dem wir die wesentliche Richtung für die kommenden Jahrzehnte festlegen und damit die Zukunft Europas und der Europäischen Union entscheidend beeinflussen werden. Dieser historischen Verantwortung müssen wir alle uns bewusst

sein. Ob es die Integrationskraft Europas tatsächlich noch gibt, lässt sich in diesen Tagen durchaus infrage stellen. Viel wichtiger ist aber die Erkenntnis: Sie *muss* es geben. Denn nur dann – gemeinsam im Rahmen der Europäischen Union – können die Staaten Europas die globalen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft bestehen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2016

Zu den Autoren



Elmar Brok ist Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments sowie Mitglied des Ausschusses für konstitutionelle Fragen. Er gehört seit 1980 dem Europäischen Parlament an und ist damit dessen dienstältestes Mitglied.

elmar.brok@europarl.europa.eu



Benjamin Feyen ist Wissenschaftlicher Referent von Elmar Brok im Europäischen Parlament. Der studierte Historiker beschäftigt sich zudem als Doktorand der Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf mit euroskeptischen Parteien.

benjamin.feyen@europarl.europa.eu

The European idea – an outsider’s perspective

Citizenship Education: The only way forward

The current situation at the European Union (EU) invites us to reflect on the principles of democracy. The EU zone is going through drastic political, economic and social transformation. With the Brexit vote, markets reacting to the unstable political landscape, a rumored “Frexit” and the refugee crisis are all factors that affect democracy. There are many challenges that would require political savviness, cross-border cooperation, and democratic morals in order to achieve a unified Europe. Although often neglected in discussions, and hard to assess in the short-run, there is a powerful tool at the disposal of the EU: Citizenship Education.

A recent article in *Eurydice*, authors asked: “Are competencies such as active citizenship, communication, co-operation and entrepreneurship not sufficiently developed because they are too difficult to test?” (Jakobsen/Crosier 2016) This is one of the shortfalls of evidence-based policymaking since citizenship education is hard to measure in the short term its relevance is often ignored. Benjamin Barber explained in a panel at the NECE conference that “In the long-term democracy has a problem because people tend to think of the short term and that’s when citizenship education is so important. What citizenship education does is teach us that citizens [i.e. citizenship education] are not just about our own private interest but about our shared public interest, and public interest is always about the long-term” (Barber 2016). There needs to be a more powerful union, not only at the political elite level, not only through financial commitments but also at the individual level. The only way to achieve this is to pay more attention to citizenship education and develop long-term investment in its programs.

November 1, 1993 marked the start of the EU as we know it today. The whole world watched as the idea of the European Economic Community (EEC) became stronger by unifying the region. Nonetheless, the 2008 economic depression and the refugee crisis was enough to change the foundation of the EU. This is relevant because this proves the point of the long

term effect that I discussed earlier. The economic and political commitments were not enough to influence the British voters into valuing the strength of the union over xenophobic views and fear of extremism. This proves the fact that economic interests are weak links and in order to create a sense of solidarity and citizenship there needs to be a thoughtful citizenship education agenda.

What type of citizenship education do we need? Petra Grüne explained that “There are no problems that are not cross-border problems and I [She] think it makes sense to discuss them on an international level discourse and not having our national borders as a reference point for citizenship education. I think citizenship education in the national sense has to be affiliated with a European Citizenship, a cosmopolitan citizenship” (Grüne 2016). This is the type of citizenship education that we need, the one that upholds national values and at the same time contributes to the EU civil society’s sense of citizenship.

The refugee crisis is a good example of the incredible need to create a sense of an EU citizenship. The Guardian reports that “It is a matter of shame that an EU member state (Hungary) is putting up fences to prevent people from Syria and elsewhere seeking legal protection” (Finch 2015). On the other hand, Germany offers an open doors policy and enforces a thoughtful Asylum policy through the Asylum Procedure Act. This brings to question how in theory the EU has a unified Asylum policy but in practice, member states are acting independently.

Nonetheless, even the humanitarian way Germans approach the refugee crisis is not as enlightened as it seems. It boils down to saying to refugees: “You may enter if somehow you manage to get here”. Some even argue that the reason why they might be so generous in their intervention is because they don’t have to deal with the huge wave of refugees that the Mediterranean coast members have to handle. This is a great opportunity for citizenship education advocates in the EU to →

create and push for more international programming. It is clear now that this refugee crisis will change the European demographics completely and the only way to manage the repercussions of this crisis is through a sound cross-border citizenship education agenda.

Finally, I think that there is hope for the EU. Young people in the EU have demonstrated enlightened thinking and a great sense of democratic citizenship. Even in the contested Brexit vote 64 % of the registered 18–24 years old voters participated, of which 75 % voted to stay in the EU and did not wager their political capital on xenophobic campaigns. On that note, young people continue to prove that the EU is stronger together and that there is a chance for a cohesive sense of citizenship. The 2016 Rio Olympics is a good example, the EU won 235 medals, more than the US and China combined.

About the author



Brayan Lee Rosa Rodriguez is a Program Manager for the Tutoring and Learning Center at Columbia University. He owns a Master's degree in Public Non-Profit Management and Policy from the Robert F. Wagner School of Public Service at New York University. He is also an alumni of the Social Sector Leadership Diversity Fellowship for the New York University Leadership Initiative. Mr. Rosa is passionate about education and poverty alleviation policy, and the way these are implemented and evaluated.

brayanlrr20@gmail.com

References

Finch Tim (2015): Europe needs a radical new approach to migration. How about making it easier? The Guardian August 26, 2015; www.theguardian.com/commentisfree/2015/aug/26/europe-radical-approach-migration-easier-refugees (last accessed: 27.09.2016)

Jakobsen, Larse / Crosier, David (2016): Focus on: Does good evidence make good education policy. Eurydice June 23, 2016; https://webgate.ec.europa.eu/fpfis/mwikis/eurydice/index.php/Publications:Focus_on:_Does_good_evidence_make_good_education_policy (last accessed: 27.09.2016)

Busquets Guàrdia, Arnau (2016): How Brexit vote broke down. POLITICO June 24, 2016; www.politico.eu/article/graphics-how-the-uk-voted-eu-referendum-brexite-demographics-age-education-party-london-final-results (last accessed: 27.09.2016)

Barber, Benjamin / Grüne, Petra / NECE (2016): Video Testimonial – European Citizenship Education in the Making; www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/nece (last accessed: 27.09.2016)

Is Europe really lost?

Jugend- und bildungspolitische Erwägungen zur notwendigen Erneuerung Europas

Aktuelle Entwicklungen geben Anlass zu Sorge um die Zukunft Europas. Europa war und ist zwar einer ständigen Entwicklung unterworfen, aber der Brexit ist eine neue Wegmarke für ein wachsendes Misstrauen gegenüber einem offenen und solidarischen Europa. Inzwischen geht es um die Bewahrung von europäischen Grundlagen und Werten und die Vermeidung des Rückfalls in die Zeiten des Nationalismus. Es braucht die Erneuerung der europäischen Idee, eine neue europäische Erzählung auf der Grundlage des gelebten europäischen Alltags. Die Autoren schlagen aus jugendpolitischer Sicht eine Initiative zur Erneuerung Europas in 10 Punkten vor.

von Manfred von Hebel und Hans-Georg Wicke

Es hätte ein deutliches Signal gebraucht, ein überzeugendes Bekenntnis zueinander oder gar eine neue Vision von Europa. Monate nach dem *Brexit*-Schock, nachdem Zeit für Reflexion und Analyse war, hätten wir mehr Aufbruch für Europa oder zumindest ein leidenschaftlicheres Aufbegehren gegen die aktuellen Zerfallerscheinungen erwartet. Stattdessen blieben sowohl die Europäische Kommission als auch die europäischen Staats- und Regierungschefs in ihren Reaktionen hinter solchen Erwartungen zurück.

In seiner Rede zur Lage der Europäischen Union im September 2016 ermahnt Kommissionspräsident *Jean-Claude Juncker* zwar die Mitgliedstaaten, deutlich mehr und deutlich sichtbarer Verantwortung für die EU zu übernehmen: „Die alte Leier, dass Erfolg national und Misserfolg europäisch ist, muss ein Ende haben. Sonst wird unser gemeinsames Projekt nicht überleben.“ (Europäische Kommission 2016) In den als Konsequenz vorgeschlagenen Maßnahmen findet sich aber eher die Fortsetzung der vermeintlich bewährten Instrumente.

Da klingt der Text der *Bratislava-Erklärung* der europäischen Staats- und Regierungschefs wenige Tage später schon zwingender: „Obgleich ein Land seinen Austritt beschlossen hat, ist die EU nach wie vor für die übrigen

Mitgliedstaaten unerlässlich. In der Zeit nach den Kriegen und den tiefen Spaltungen auf unserem Kontinent war es die EU, die Frieden und Demokratie sicherstellte und unseren Ländern Wohlstand ermöglichte. (...) Die EU ist zwar nicht fehlerfrei, doch ist sie das beste Instrument, über das wir verfügen, um die neuen vor uns stehenden Herausforderungen zu bewältigen. Wir benötigen die EU, um nicht nur Frieden und Demokratie, sondern auch die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten.“ (Rat der Europäischen Union 2016) Leider hat die Verbindlichkeit, die der Text verspricht, nur wenige Stunden überlebt bevor einige Staatschefs den Text relativiert oder ihm gar widersprochen haben.

Nein, es ist in diesen Tagen nicht leicht ein europäisches Programm umzusetzen, das sich für ein weiteres Zusammenwachsen der Europäischen Union, mehr Begegnung von Bürgerinnen und Bürgern und mehr sozialen Zusammenhalt einsetzt. Selten haben wir unsere Arbeit als so widersprüchlich zwischen Anspruch und Realität erlebt.

Europa zwischen EU-Erweiterung und Brexit

Europa war und ist ein politisches Projekt und als solches einer permanenten Entwicklung unterworfen. Vor →

diesem Hintergrund sind aktuelle Ereignisse allenfalls als Teil eines fortlaufenden Prozesses der Europäisierung zu sehen, so wie auch die EU-Erweiterung in den letzten 30 Jahren: Nach dem Zusammenbruch diktatorischer Systeme im Süden und Osten Europas sowie nach dem Fall der Mauer ging es darum, durch die Übernahme des *Aquis Communautaire* der EU in der Mitte Europas eine gemeinsame demokratische und marktwirtschaftliche Entwicklungsperspektive zu sichern. Die enormen Herausforderungen und Veränderungen in rasanter Geschwindigkeit vor allem

Europa war und ist ein politisches Projekt und als solches einer permanenten Entwicklung unterworfen.

für die neuen Mitgliedstaaten und ihre Bürger/-innen drücken sich gegenwärtig in einer spürbaren West-Ost-Spannung innerhalb der EU aus. Zudem wird jetzt das Problem einer so umfassenden Erweiterung ohne gleichzeitige Weiterentwicklung des Kerns, der Verfahren und Strukturen innerhalb der EU offensichtlich. Eine Union, ausschließlich begründet auf der Basis eines Binnenmarkts und ohne eigene gemeinschaftliche Identität, kann nicht funktionieren. Es geht um die sehr grundsätzliche Frage, was die EU in ihrem Inneren zusammenhält.

In diese Situation fällt der *Brexit* als Wegmarke. Nach Jahrzehnten der Erweiterung tritt vermutlich erstmals ein Mitgliedstaat bewusst aus der Gemeinschaft aus.

Nun kann man nicht behaupten, dass das Vereinigte Königreich bis vor kurzem ein EU-Musterstaat war. Vielmehr beschreitet das Land in seinem Verhältnis zur EU seit 40 Jahren einen exklusiven Sonderweg der permanenten Abgrenzung. Dazu gehören auch die reflexhaften Schuldzuweisungen für nationales politisches Versagen an die EU – zwar kein allein britisches Phänomen, aber ein von Großbritannien durchaus kultiviertes. Solche über Jahre gewachsenen Verhältnisse und Mechanismen lassen sich nicht in einer kurzen *Remain*-Kampagne ins Gegenteil drehen, insbesondere nicht, wenn die Argumente wenig geeignet sind dem populistischen Propagandafeldzug der *Brexit*-Befürworter/-innen etwas Adäquates entgegenzusetzen – eine *Remain*-Kampagne, die vor allem auf die gesamtwirtschaftlichen Vorteile der EU als freier Binnenmarkt abhob und die kaum die Erfahrung eines gelebten Europas, den gesellschaftlichen Nutzen, die soziale Kohäsion, den

Frieden in Europa, kurz die europäischen Werte und den Wert Europas zum Gegenstand gehabt hat. Und so blieben *Remain*-Kampagne und EU-Befürworter vor dem Hintergrund eigener politischer Zweifel an der EU blass und unglaubwürdig.

Es wäre nötig gewesen, dem aufgeladenen Klima und der populistischen Propaganda ein positives EU-Bild entgegenzusetzen. Es wäre wichtig gewesen, weil es im Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU eben nicht nur um den reibungslosen Kapitaltransfer, sondern auch um ein emotionales Narrativ geht.

Ein Narrativ, das umgekehrt von den *Brexit* Befürworter/-innen gezielt negativ aufgeladen und ausgenutzt wurde. Ihnen ist es gelungen, die negativen Folgen neoliberaler Politik für die Menschen ausschließlich der EU zuzuschreiben. Rücksichtslose Populisten und Hasardeure haben die Stimmung, die der gegenwärtigen offensichtlichen sozialen Spaltung in den meisten Mitgliedstaaten erwächst, zum einen gegen die EU gelenkt und sie zum anderen ethnisiert. Die Folge war eine beispiellose Hass-Kampagne, die, basierend auf Lügen, Fehlinformationen und abenteuerlichen Versprechungen, gekoppelt mit gezielter Propaganda gegen Ausländer, Migranten und geflüchtete Menschen, das Land tief gespalten zurücklässt.

Bemerkenswert ist, dass die Abstimmung über den *Brexit* an den sozialen Spaltungen innerhalb der britischen Gesellschaft festzumachen ist: Stadt – Land, jung – alt, gebildet – ungebildet, Mittelklasse – Unterschicht. Keine neue Erkenntnis vermutlich, aber wichtig für jeden Versuch, diese Spaltung zu überwinden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Frieden in Europa zu erhalten und zu stärken.

Besorgniserregend ist, dass niemand im Vereinigten Königreich so recht gedacht zu haben scheint, dass es aufgrund eines aus parteitaktischen Motiven initiierten Referendums und einer von faktenfreiem Populismus dominierten Kampagne tatsächlich so weit kommen könnte. Und so bleibt ein über die europäische und soziale Frage ungeeintes Land, in dem vor allem die Rechten gewonnen haben und in dem sich Hass und Rassismus zunehmend offen und gewaltsam gegenüber Migranten, Ausländern und Andersdenkenden entlädt.

Die Umstände, die zur *Brexit*-Entscheidung geführt haben, sind keinesfalls ein ausschließlich britisches Phänomen, sondern stellen im Augenblick ein relativ typisches Bild in Europa dar. Die in erster Linie auf Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete neoliberale Politik der EU hat ohne eine Ausrichtung auf den sozia-

len Zusammenhalt zu tiefergehenden sozialen Spannungen innerhalb Europas und der Mitgliedstaaten geführt. Politische Entscheidungsprozesse der europäischen Institutionen sind nur unzureichend demokratisch legitimiert und werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten dominiert. Dieses sind die Ingredienzien für ein gewachsenes und inzwischen verfestigtes grundsätzliches Misstrauen gegenüber den vermeintlichen Eliten in der EU. Wo der Glaube an das gemeinschaftliche Wirken Europas fehlt, sucht man das Heil auf der Ebene der Nationalstaaten. Wahr ist aber auch, dass keine Brüsseler Entscheidung ohne die Zustimmung aller Mitgliedstaaten fällt. Insofern sind „Brüsseler Eliten“ immer gleichzeitig auch Projektionsfläche für das Misstrauen gegenüber den gesellschaftlichen Eliten im eigenen Land.

Bewahrung europäischer Grundlagen und Werte

Rücksichtsloser Populismus und stumpfe Propaganda haben gezeigt, dass sie dieses Misstrauen zu lenken in der Lage sind. So sind die Ereignisse im Vereinigten Königreich eine Anregung für andere extreme Kräfte, das vermeintlich bislang Undenkbare zu denken. Europa wird inzwischen zum politischen Kampfbegriff rechtspopulistischer Gefahrenbeschwörung. Zentrale Merkmale der Europäischen Union werden ausgehöhlt und negativ besetzt: Mobilität und Migration (Ausländerflut, Islamisierung, Verlust der eigenen Identität), Pluralität (zu viel Vielfalt, zu viel Rücksicht auf Minderheitenmeinungen), Demokratie (mangelnde Handlungsfähigkeit, zu wenig Durchgreifen), Solidarität (sozialer Abstieg, weitere Verarmung) etc.

Es geht in diesem Spiel auch um individuelle Macht. Oder welchem sonstigen Kalkül folgt eine Politik, die Menschen zunächst propagandistisch extrem aufhetzt, um sie anschließend über eine Frage, wie z. B. die ungarische Flüchtlingspolitik, abstimmen zu lassen, die sich in einem Land gar nicht stellt und bei der das Ergebnis juristisch keinerlei Wert hat?

„Und so strapaziert auch der ungehörige und kühl kalkulierte Nationalismus der Ungarn das Gefüge der EU erheblich“, wie *Thomas Schmid* (2016) schreibt. Und weiter, „die Antwort darauf liegt aber ausschließlich im Dialog, in der Diplomatie und in der Treue zu den Prinzipien und Werten der EU. Ein riesiger Vorteil der EU besteht darin, dass sie eine permanente Rede- und Verhandlungsgemeinschaft ist. Das Gespräch darf nie aufhören. Die europäische Einigung ist ein postnationales Vorhaben, sie muss und wird das auch bleiben. Europäische Union bedeutet, die Beziehung einer stattlichen Zahl von Staaten zueinan-

der nicht auf Macht, sondern auf Recht zu gründen. Das ist ein historisch einzigartiges Unterfangen, und ein erfolgreiches. Die EU überragt die Nation(en).“

Unklarheit gibt es aber offensichtlich über die weitere Entwicklungsrichtung der europäischen Idee. Dabei geht es im Augenblick gar nicht mehr nur um Weiter-, sondern um das Verhindern von Rückentwicklung. Die durch den *Brexit*-Schock angestoßene Debatte spaltet sich in viele Lager. Die einen wollen „mehr Europa“ und glauben weiterhin, der Zweck der EU sei die Überwindung des nationalstaatlichen Prinzips, die anderen wollen „weniger Europa“ und am liebsten ein Zurück zur Vorherrschaft der Nationalstaaten. Die Vertreter eines offenen, auf Vielfalt basierenden Europas sehen sich zunehmend populistischer und rechtsextremer Propaganda eines identitären, homogenen „weißen“ Europas gegenüber. Einerseits wird für eine Begrenzung der EU als Freihandelszone argumentiert, die sich auf ihre wirtschaftspolitischen, marktliberalen Kernaufgaben beschränkt, andererseits für ein vertieftes soziales Europa als dessen Gegenmodell, das die sozialen Spaltungen in den Gesellschaften Europas überwindet. Das Interesse des europäischen Südens an sozialer Gerechtigkeit innerhalb der EU stößt in Nord- und Osteuropa auf wenig Bereitschaft zur Vertiefung im Sinne weiterer Harmonisierung. Der partielle Wunsch kleinerer Mitglied-



Deutsch-tschechischer Fachkräfteaustausch des AdB

Foto: Tobias Kley

staaten an europäischen Lösungen prallt an der Vormacht der ökonomisch starken EU-Staaten ab. Die genuin europäischen Interessen des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission werden von den Interessen der Mitgliedstaaten auf EU-Ebene zurückgedrängt. Klar ist: Die realen Machtverhältnisse haben sich zuungunsten der EU und zugunsten nationalstaatlicher Akteure und national-→

staatlicher Lösungsansätze verschoben. Das Undenkbare – die Auflösung der EU und Vorrang nationalistischer Weltanschauungen – wird plötzlich denkbar, das Selbstverständliche – die Existenz der EU mit seinem Prinzip der europäischen Integration – ist nicht mehr „naturgegeben“.

Aber haben wir tatsächlich so wenig zu verlieren? Es ist naiv zu glauben, dass es in dieser Debatte vor allem um die Bewahrung von EU-Institutionen geht, vielmehr geht es um die Bewahrung von europäischen Grundlagen und Werten.

Die Zusammenarbeit in Europa war und ist die historische und gegenwärtig stärkste Antwort auf Krieg, Gewalt und Intoleranz in Europa und darüber hinaus. Wer glaubt denn, dass angesichts der Globalisierung nationalstaatliche Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik perspektivisch erfolgreicher sein und einzelne Länder im globalen Wettbewerb besser bestehen könnten? Dass Umweltpolitiken nachhaltig und zukunftsfähig gestaltet werden können ohne europäische Zusammenarbeit? Dass Friedens- und Sicherheitspolitik eher eine nationale Aufgabe ist? Dass die aus sozialen Gegensätzen innerhalb und außerhalb Europas entstehenden Konflikte auf Dauer ignoriert werden und sich einzelne Länder davon abschotten können, anstatt diese durch eine funktionierende transnationale Zusammenarbeit zu gestalten?

Die Folgen einer schwachen und in sich zerstrittenen EU sind jedoch schon jetzt zu spüren: Wie stark und wirksam ist die Stimme Europas heutzutage im zunehmend an die Zeiten des Kalten Krieges erinnernden Konflikt mit Russland? Welche Strategie verfolgt die EU um die gemäßigten islamischen Kräfte in der Türkei friedensichernd in der arabischen Welt zu stärken? Welche (Integrations) Perspektive haben derzeit Länder wie z. B. die Ukraine, Serbien, Mazedonien, die mit Hilfe der EU wichtige politische, soziale und wirtschaftliche Transformationsprozesse auf den Weg gebracht haben? Wie sehr fühlen sich die ehemaligen Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa angesichts einer schwachen EU noch an den *Aquis Communautaire* gebunden und wer zwingt sie dazu, diesen jetzt und in Zukunft einzuhalten? Bietet Europa derzeit noch den vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen in den Mitgliedstaaten, die sich für Vielfalt, Demokratie, Solidarität, Menschenrechte, Freiheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzen, die politische und gesellschaftliche Unterstützung, die gerade in kritischen Zeiten immer besonders wichtig und notwendig war? Wie sehr ist ein in sich zerstrittenes Europa in der Lage, seine Bürger/-innen und insbesondere seine jungen Menschen vor zerstörerischem

Nationalismus zu schützen und einen lebenswerten, freiheitlichen europäischen Lebensraum zu sichern?

Neu(be)gründung Europas

Das Versagen europäischer Politik zeigt seine Wirkungen und führt zu Unfähigkeit, wirkliche wirksame und notwendige Reformen in der EU einzuleiten. Das Desinteresse der Zivilgesellschaft an der Weiterentwicklung der EU droht sich zu rächen und als Konsequenz ihre Existenz- und Handlungsgrundlagen weiter zu schwächen. Die Gleich-



Foto: Tobias Kley

gültigkeit der Demokraten ist gefährlich. Aus Indifferenz muss wieder politisches Engagement für Europa werden. Der Rückfall in die Zeiten des Nationalismus muss verhindert, der Gefährdung der Offenheit und der Demokratie in Europa etwas entgegengesetzt werden. Es braucht die Erneuerung der europäischen Idee: ein offenes und soziales Europa, das ein menschenwürdiges Leben für alle ermöglicht, friedlich, solidarisch, demokratisch, freiheitlich, plural, tolerant, rechtsstaatlich, partizipativ, inklusiv, zukunftsgerichtet und zukunftsfähig, in dem Vielfalt als Bereicherung empfunden wird.

Ulrich Beck definiert die sich daraus ergebende Aufgabe so: „Finde eine Form des europäischen Zusammenschlusses, die mit ihrer gemeinschaftlichen Kraft jedes Individuum in jeder nationalen Gesellschaft rechtlich schützt und gleichzeitig jeden, indem er oder sie sich mit Individuen anderer Sprachen und politischer Kulturen zusammenschließt, bereichert und freier macht als zuvor.“ (2014, S. 12) Das ist bei weitem keine Utopie oder soziologische Trümmerei, sondern für Millionen Menschen in Europa gelebte Realität und Selbstverständlichkeit. Ein Umstand der in aktuellen nationalistisch geprägten Abgrenzungsdebatten ebenfalls kaum eine Rolle spielt. *Vincenzo Ciccheli* (2014)

liefert dazu folgenden Ansatz: Die junge Generation erfährt demnach die europäische Gesellschaft als „doppelte Souveränität“: als Summe nationaler und europäischer Entfaltungschancen. Die Jugendlichen beschreiben ihre Identität allerdings nicht als ausschließlich europäische.

Wie kann eine identitätsstiftende Auseinandersetzung mit Europa stattfinden und mit kritischer Reflexion und echter Beteiligung verbunden werden?

Niemand ist nur Europäer. Die jungen Europäer definieren sich zunächst über ihre Nationalität und dann als Europäer. Das Europa ohne Grenzen und mit einer gemeinsamen Währung bietet ihnen Chancen wie es sie nie zuvor gegeben hat in einem sozialen Raum mit einem enormen kulturellen Reichtum.

Es geht um die Neu(be)gründung Europas, um eine Rückbesinnung auf die Werte und die Identität Europas, einen neuen, veränderten Prozess der Europäisierung. Es benötigt einen neuen identitätsstiftenden Europäisierungsprozess, der aus den Verwaltungen und Konferenzräumen herauskommt und das tatsächliche Leben der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Es braucht eine gesamtgesellschaftliche Initiative für die Erneuerung Europas, die Europa gegen antieuropäische Tendenzen verteidigt, für die Stärkung europäischer Identität, europäischen Bewusstseins, europäischen Engagements. Dabei stehen vor allem junge Menschen im Mittelpunkt, für die Europa nicht nur ihre jetzige, sondern auch ihre zukünftige Lebensgrundlage darstellt.

Was gilt es also in politischer Bildung, Jugendarbeit, Jugendhilfe und Jugendpolitik zu tun? Wie kann Europa als Lebens-, Erfahrungs- und Entwicklungsraum für junge Menschen erfahrbar gemacht werden? Wie kann eine identitätsstiftende Auseinandersetzung mit Europa stattfinden und mit kritischer Reflexion und echter Beteiligung verbunden werden? Welche Rolle spielen Einrichtungen und Strukturen politischer Bildung, von Jugendarbeit und Jugendhilfe und die darin tätigen Akteure für eine Erneuerung Europas? Wie kann eine gesamtgesellschaftliche Initiative für die Stärkung europäischer Identität, europäischen Bewusstseins, europäischen Engagements auf den Weg gebracht werden?

Unser Vorschlag: Eine gemeinsame Initiative zur Erneuerung Europas mit 10 Kapiteln.

1. Europa tut spürbar etwas für die Lebenssituation junger Menschen.

Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise wurde wie selten zuvor deutlich, wie fundamental sich die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen junger Menschen in Europa unterscheiden, wie sehr die Lebensbedingungen junger Menschen von europäischen und globalen Entwicklungen abhängig sind und wie wenig nationalstaatliche Politiken allein tragfähige Lösungen bieten. Die Folgen, unter denen insbesondere junge Menschen zu leiden haben, sind immer noch zu spüren. Sie zeigen täglich auf, wie sehr es der Stärkung des sozialen Europas bedarf. Und sie verdeutlichen, wie sehr es notwendig ist, dass Europa gemeinsam Verantwortung für die Gestaltung von Lebenslagen und die Bedingungen für das gelingende Aufwachsen junger Menschen übernimmt.

Europa muss also spürbar etwas für junge Menschen tun. Eine solche umfassende Politik zugunsten junger Menschen gibt es in Europa bisher nicht. Es bedarf einer Zivilgesellschaft, die ihre nationalen Schranken überwindet und eine sozial orientierte europäische Politik einfordert, die junge Menschen in den Mittelpunkt stellt. Politische Bildung kann helfen, diese soziale Dimension Europas herauszuarbeiten.

2. Europa hat eine starke Jugendpolitik.

Jugendpolitik ist Querschnittspolitik und Ressortpolitik. Sie entwickelt Raum für Teilhabe und den Erwerb von Fähigkeiten, für Autonomie und Wohlbefinden und ein glückliches Leben junger Menschen. Sie dient der persönlichen und sozialen Entwicklung und dem gelingenden Aufwachsen junger Menschen, insbesondere von denen, die in Schwierigkeiten sind. Junge Menschen haben ein Recht auf eine umfassende und ganzheitliche Jugendpolitik in Europa. Die Eröffnung individueller Lebenschancen für junge Menschen ist eine gemeinschaftliche Gestaltungsaufgabe.

Eine Jugendpolitik im klassischen Sinne existiert in Europa zurzeit nicht. Die EU-Jugendstrategie ist ein relativ begrenzter Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa, deren Zukunft in den kommenden zwei Jahren diskutiert wird. Wer Jugendpolitik denkt und gestaltet, muss Europa mitdenken. Die Ansätze sind da, es liegt an den jugendpolitischen Akteuren, eine erweiterte jugendpolitische Zusammenarbeit nach 2018 mitzugestalten und →

gleichzeitig eine Jugendpolitik in Deutschland mit einer europäischen Dimension zu entwickeln. Politische Bildung kann darin unterstützen, europäisch bezogene Jugendpolitik mitzuentwickeln und deren Stellenwert zu vermitteln.

3. Europa benötigt mehr europäische Bildung.

Die Erneuerung Europas benötigt mehr europäisches Lernen, mehr Information und Wissen über Europa, mehr europäbezogene Bildung junger Menschen, mehr Bildung zur europäischen Bürgerschaft. Dies setzt aber die Entwicklung und Überprüfung der eigenen Werte im Dreieck von Wissen, Fähigkeiten und Einstellungen zu Europa im Rahmen von Bildungs- und Reflexionsprozessen voraus. Ergebnis dessen wäre eine reflektierte europäische Identität und ein differenziertes europäisches Bewusstsein.

Die Versuche in Schule, Universitäten und außerschulischer Bildung, sich dieser Herausforderung gemeinschaftlich zu stellen, sind gescheitert – obwohl sich die Lernziele nur wenig unterscheiden. Europäisierung braucht mehr europäisches Lernen und Bildung und einen gemeinsamen Aktionsplan für europäische bürgerschaftliche Bildung. Gleichzeitig muss insbesondere politische Bildung, die alltägliche Herausforderung der Gestaltung europäischen Lernens bewältigen.

4. Junge Menschen leben Europa.

Keine aktive europäische Bürgerschaft ohne Motivation zum freiwilligen Engagement. Die Praxis zeigt: Eigene europäische Erfahrungen z. B. im Rahmen von europäischer Jugendarbeit, sind die perfekte Voraussetzung, sich für Europa nachhaltig zu engagieren. Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität sind Teil gesellschaftlicher Teilhabe in Europa und in diesem Sinne ein Recht für alle jungen Menschen. Dabei geht es vor allem um die Stärkung von Eigenständigkeit junger Menschen in Europa, darum, europäische Handlungskompetenzen zu erwerben, um in Europa klarzukommen, Fremdsprachen zu sprechen, interkulturell kommunizieren zu können, Europa zu verstehen, darin zu leben und sich zu engagieren, zu lernen und zu arbeiten.

Wer Europa erneuern will, muss allen jungen Menschen Lernerfahrungen durch grenzüberschreitende Mobilität ermöglichen – als Normalität statt als Ausnahme. Darin spielt der Jugendbereich eine besondere Rolle, denn seit mehr als 60 Jahren gibt es hier überragende Erfahrungen. Grund genug, auch selbstbewusst gemeinsam die nächste Etappe zu beschreiten, wenn das Ziel erreicht werden soll: Verabredung von Aktionsplänen und verbindlichen Benchmarks

auf EU-Ebene, eine wirksame Mobilitätsinitiative des Bundes, Entwicklungspläne zur Förderung von Mobilität auf Ebene der Kommunen und Länder.

5. Junge Menschen engagieren sich in und für Europa.

Europa kann nicht ohne aktive europäische Bürgerschaft junger Menschen funktionieren. Eine aktive europäische Bürgerschaft bedeutet Verantwortungsübernahme, Beteiligung und Mitgestaltung von Politik und Gesellschaft. Der Europäische Freiwilligendienst, an dem jährlich 10.000 junge Menschen teilnehmen, ist weitestgehender Ausdruck eines europäischen Engagements. *Ulrich Beck* und *Daniel Cohn-Bendit* haben 2012 dazu aufgefordert, ein Freiwilliges Europäisches Jahr für alle zu schaffen: „Ein

Es bedarf einer Zivilgesellschaft, die ihre nationalen Schranken überwindet und eine sozial orientierte europäische Politik einfordert, die junge Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Europäisches Freiwilligenjahr für alle ist ein Selbstbegründungsakt der europäischen Bürgergesellschaft (...), mit dem sich Europa eine neue tätige Verfassung von unten gibt und damit seine politische Kreativität und Legitimität begründet.“ EU-Kommissionspräsident *Jean-Claude Juncker* schlägt nun vor, zusätzlich 100.000 jungen Menschen bis 2020 die Möglichkeit zu geben, in einem freiwilligen *European Solidarity Corps* ihrer Solidarität in Europa Ausdruck zu verleihen.

Engagement für und in Europa stand bisher keinesfalls im Mittelpunkt des Interesses in Jugendarbeit oder politischer Bildung. Es ist an der Zeit, dies zu ändern, es ist Zeit für eine starke und breit getragene Initiative zur Entwicklung einer aktiven europäischen Bürgerschaft junger Menschen. Und es ist der richtige Moment, den Europäischen Freiwilligendienst zu einem „Freiwilligendienst für alle jungen Menschen in Europa und für Europa“ auszubauen.

6. Die Internationale Jugendarbeit übernimmt Verantwortung für Europa.

Nach Völkerverständigung, Versöhnung, auswärtiger Kulturpolitik, interkulturellem Lernen und Diversität hat

sich in der Internationalen Jugendarbeit längst eine starke und lebendige europäische Realität entwickelt: Im gesamten Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe werden europäische Jugendprojekte durchgeführt. Neben der klassischen Jugendbegegnung ist eine Vielfalt von Formaten europäischer Zusammenarbeit entstanden. Erasmus+ JUGEND IN AKTION wird als EU-Programm für dezidiert europäische Jugendprojekte in 2020 ein Fördervolumen haben, das sämtliche Dimensionen des KJP für Internationale Jugendarbeit übertrifft.

Vor dem Hintergrund der Krise Europas muss die Auseinandersetzung mit Europa nun inhaltlich in den Mittelpunkt gestellt werden. Die klassischen Einrichtungen der Internationalen Jugendarbeit müssen sich ihrer Verantwortung für Europa stellen, Europa zum Gegenstand ihrer Praxis machen und die Kinder- und Jugendhilfe darin unterstützen, eine wirkungsvolle europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich zu gestalten. Die politische Bildung ist aufgefordert, dies mit entsprechenden pädagogischen Konzepten zu unterlegen.

7. Es gibt ein europäisches zivilgesellschaftliches Gemeinwesen.

Die Entwicklung eines europäischen Gemeinwesens, eines europäischen Alltags und einer lebensweltlichen Realität insbesondere in der Arbeit mit jungen Menschen steht im Zentrum eines europäischen Erneuerungsprozesses. Gleichzeitig geht es um die Entwicklung von Räumen der Teilhabe jenseits des Nationalstaates, den Aufbau einer europäischen Zivilgesellschaft. Die Zivilgesellschaft muss systematisch und strukturiert in einen zivilen Dialog zur Gestaltung europäischer Politik eingebunden sein.

Soll Europa sozial und lebensweltlich sein, muss sich die Kinder- und Jugendhilfe und die politische Bildung weit aus mehr als bisher Europa zu eigen machen: mehr europäische Projekte und Angebote für junge Menschen, die Europäisierung des fachlichen Dialogs und der fachlichen Arbeit, die Europäisierung von Einrichtungen und Strukturen, europäische Zusammenarbeit auf allen Ebenen, in öffentlichen und freien Einrichtungen. Das ist nicht einfach, aber die Zeit drängt.

8. Regionen und Kommunen übernehmen Verantwortung für Europa.

Kommunen und Europa sind traditionell besonders weit voneinander entfernt, nicht nur strukturell, sondern auch politisch und inhaltlich. Sie sehen sich eher als von Europa betroffene Objekte, denn als aktive europäische Subjekte.

Gleichzeitig tragen Bundesländer und Kommunen besondere Verantwortung für das Aufwachsen junger Menschen in Europa und damit auch dafür, den Wert Europas zu vermitteln und entsprechende Angebote zu machen. Zugleich kann die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hilfreich sein für die Gestaltung von Jugendpolitik vor Ort.

Soll sich Europa erneuern, bedarf es mehr Kommunen und Bundesländer, die sich in Europa engagieren. Governancemodelle, wie z. B. die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland, müssen bis auf die kommunale Ebene herunterreichen. Gleichzeitig ist es notwendig, eine stärkere europäische Ausrichtung des Gemeinwesens durch kommunale oder regionale Entwicklungsstrategien zu fördern. Gerade in letzterem könnte die politische Bildung eine wesentliche Rolle spielen.

9. Europa hat wirksame Förderprogramme für junge Menschen.

Erasmus+ JUGEND IN AKTION ist „das“ Programm für die Förderung europäischen Bewusstseins und Engagements, der aktiven Bürgerschaft junger Menschen, für eine europäische Jugendarbeit und die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa. Es fördert die Zusammenarbeit von jungen Menschen, Fachkräften, Organisationen und Strukturen. Die europäischen Werte stehen im Zentrum: Vielfalt und Pluralismus, Solidarität, offenes Europa, Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Im Mittelpunkt des Erneuerungsprozesses in Europa muss ein noch stärkeres Erasmus+ stehen, in dem JUGEND IN AKTION eine besondere Rolle für die Förderung aktiver europäischer Bürgerschaft junger Menschen spielt. Dies bedeutet, noch mehr Mittel zur Verfügung zu stellen – der tatsächliche Bedarf übersteigt schon jetzt bei weitem die vorgesehenen Mittelsteigerungen. Und es bedeutet auch, sich bereits jetzt aktiv in die Gestaltung der Zukunft des Programms ab 2021 einzubringen.

10. Europäische Geschichte(n) wird (werden) gemacht – ein neues Narrativ.

Auch wenn sie immer noch Gültigkeit besitzen, entfalten die alten identitätsstiftenden Erzählungen über und von Europa nur noch bedingt ihre Wirksamkeit. Andererseits gibt es eine gelebte europäische Realität und einen Alltag, der ohne die EU und ein offenes Europa nur schwer denkbar ist. Es gibt den millionenfachen Austausch von Menschen im Rahmen von Arbeit und Beruf, Schule, Hochschule, von freiwilligem Engagement oder in den jährlich tausenden europäischen Jugendprojekten. Und es gibt →

unzählige Menschen in NGOs, Wissenschaft, öffentlichen Einrichtungen und Behörden, Wirtschaft und Politik, die jeden Tag europäische Zusammenarbeit leben und organisieren. Es gibt alltäglich gepflegte Freundschaften, Teamarbeit und Vernetzung in ganz Europa. Es gibt „europäische“ Familien, in denen die Vielfalt von Sprachen und Kulturen selbstverständlich sind. All diese Geschichten bilden die wirkliche Erzählung über Europa, begründen ein Europa von unten.

Viele dieser Erzählungen werden jedoch kaum zur Kenntnis genommen. Deshalb braucht ein neues Europa eine andere Form der Öffentlichkeit, mehr Orte und Gelegenheiten, mehr Bereitschaft zuzuhören, mehr Dialog über Europa. Jugendarbeit, Jugendhilfe und politische Bildung haben die wichtige Aufgabe, diese Orte und Gelegenheiten für eine neue Erzählung von Europa zu schaffen.

Wir sind der Überzeugung, dass ein erneuertes Europa einer neuen europäischen Erzählung bedarf, die getragen wird von den wirklichen Lebenserfahrungen seiner Bürger/-innen und insbesondere der jungen Menschen und einhergehen muss mit der Veränderung Europas zu einem gemeinschaftlichen Lebensraum. Wir sind auch der Überzeugung, dass ein neues europäisches Narrativ nur von den jungen Menschen selbst und den Menschen in Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltungen und Wirtschaft gemeinsam gefordert, gestaltet und gelebt werden kann. Um es mit *Claus Leggewie* (2016) zu sagen: „Wir brauchen eine Erzählung, die mitreißt und in der Lebenswelt der Europäer anschlussfähig ist. Eine Erzählung davon, wie wir in den nächsten beiden Jahrzehnten ein nachhaltiges Europa schaffen, aber auch eines, das sozial gerechter ist, das öffentliche Räume erhält und schafft, das lebenspraktisch klarmacht, welche Vorzüge europäische Urbanität besitzt, wie eine Kultur des Pluralismus aussieht. Vieles von dem existiert ja längst. Aber wir müssen präziser beschreiben, was wir an Europa gut finden, es ausmalen, so dass das Bild zukunftsfest und für künftige Generationen anziehend ist. Da ist besonders die mittlere Generation gefragt, die im Beruf, im Alltag, im sozialen Engagement Europa sozusagen täglich lebt und baut, dies aber zu wenig nach außen deutlich macht.“

Es liegt an uns selbst Geschichte zu schreiben, packen wir es also an. **AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2016**

Zu den Autoren



Manfred von Hebel, Erziehungswissenschaftler, seit über zwanzig Jahren im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe auf nationaler und europäischer Ebene tätig; 2005–2009 Nationaler Experte in der Generaldirektion für Bildung und Kultur der Europäischen Kommission, seit 2009 bei JUGEND für Europa – Nationale Agentur für das Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION, Leiter Strategien und Projekte.

vonhebel@jfemail.de



Hans-Georg Wicke, Sozialwissenschaftler, seit mehr als 30 Jahre im Bereich von Jugendarbeit und Jugendpolitik, non-formalem Lernen und politischer Bildung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene tätig; seit 1995 Leiter von JUGEND für Europa – Nationale Agentur für das EU-Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION in Deutschland (Bonn); vorher Gründungsmitglied und Geschäftsführer des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks (IBB) in Dortmund.

wicke@jfemail.de

Literatur

Beck, Ulrich (2014): Europa braucht einen neuen Traum – Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2014, S. 9–15

Beck, Ulrich / Cohn-Bendit, Daniel (2012): Wir sind Europa! Manifest zur Neugründung Europas von unten; <http://evs4all.eu/de/manifest> (Zugriff: 04.10.2016)

Cicchelli, Vincenzo (2014): L'esprit cosmopolite – Voyages de formation des jeunes en Europe. Paris: Presses de SciencesPo

Europäische Kommission (2016): Rede zur Lage der Europäischen Union von Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission am 14.09.2016. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union

Leggewie, Claus (2016): „Wir Europäer sollten aufwachen“, Interview in der taz vom 05.10.2016

Rat der Europäischen Union (2016): Erklärung von Bratislava, 16.09.2016

Schmid, Thomas (2016): Falsche Freunde. In: DIE ZEIT Nr. 39, 15.09.2016

Stipendiatenprogramm „Europa gestalten – Politische Bildung in Aktion“ 2008–2016 – Wir haben Abschied genommen

Idee des Programms

Demokratie fällt nicht vom Himmel, sie ist manchmal sogar ein sehr mühsames Geschäft! Das wissen alle, die für die Demokratie in ihrem Land und in Europa arbeiten. Demokratie braucht deshalb das Wissen um Zusammenhänge und Strukturen und den festen Willen, sich für demokratische Verhältnisse zu engagieren.

Das Stipendiatenprogramm „Europa gestalten – Politische Bildung in Aktion“ stand von Beginn an im Zeichen dieses demokratischen Engagements. Als das Stipendiatenprogramm im Frühjahr 2008 von Hanne Wurzel, Fachbereichsleiterin in der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, und Dr. Carsten Lenk, damals Projektleiter im Programmbereich Völkerverständigung der Robert Bosch Stiftung, an den Start gebracht wurde, ging es zunächst darum, diejenigen zu unterstützen, die sich in den jungen Mitgliedsstaaten der EU für Demokratie und damit für mehr Demokratie in Europa allgemein einsetzen. Außerdem wollten wir einen Beitrag leisten zur Vernetzung der politischen Bildnerinnen und Bildner im demokratischen Europa. Das konnte nur gelingen, wenn engagierte Kolleginnen und Kollegen in erfahrenen Institutionen der politischen Bildung sich mit den Stipendiatinnen und Stipendiaten gemeinsam auf den Weg machen würden, um zu erkunden, was eigentlich politische Bildung ist, wie unterschiedlich Zugänge und Methoden sind, welche Herausforderungen sich stellen, wenn Projekte geplant und realisiert werden. Auf dieses Wagnis haben sich viele Kolleginnen und Kollegen eingelassen und so dazu beigetragen, dass ein gutes und erfolgreiches Stipendiatenprogramm durchgeführt werden konnte.

Ein paar Zahlen

Nach acht Jahren ist das Programm mit dem Jahrgang 2015/16 zu Ende gegangen. Fast genau 100 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus insgesamt 13 Ländern Südost- und Mittelosteuropas haben daran teilgenommen. Sie kamen aus Bulgarien, Estland, Griechenland, Kroa-

ten, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, der Türkei und Ungarn. In 43 verschiedenen Institutionen der politischen Bildung in Deutschland haben sie ihr Stipendium absolviert, das heißt, sie haben in den Institutionen den Arbeitsalltag kennengelernt und wurden entweder in ein Projekt der Institution eingebunden, bei dem sie einen Teil eigenverantwortlich mit vorbereiteten. Oder aber die Stipendiaten führten ein eigenes Projekt durch, das mit dem Betreuer oder der Betreuerin abgestimmt und von diesen begleitet wurde.

Die Projekte waren sehr vielfältig – Jugendbegegnungen, Ausstellungen, Seminare, Fachtagungen, Symposien wurden durchgeführt und in den letzten Jahren konnten sogar Short Study Visits in die Länder der Stipendiatinnen und Stipendiaten stattfinden.

Die Dauer der Stipendien war knapp bemessen: Drei Monate verbrachten die jungen Leute in den Institutionen, in dieser Zeit mussten die wichtigsten Dinge vorbereitet und am besten auch durchgeführt werden. Das ist oft nur durch ein sehr großes, auch persönliches Engagement der Betreuer/-innen in den Gastinstitutionen möglich geworden.

Das Programm war nie „fertig“, von Beginn an waren alle bereit, von den Stipendiatinnen und Stipendiaten und voneinander zu lernen. Die Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen in den Institutionen sowie die Rückmeldungen der Stipendiaten führten immer wieder zu Änderungen im Programm. Das reichte von der Aufenthaltsdauer der Stipendiatinnen und Stipendiaten in den deutschen Gastinstitutionen über die Gestaltung der Pflichtseminare bis zu Projektmodalitäten.

Lernerlebnisse

Gelernt wurde viel, auf allen Seiten. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten lernten das Themenspektrum der politischen Bildung, ihre Methodenvielfalt und die durchaus kontrovers diskutierten theoretischen Grundsätze der Profession kennen. Sie waren angetan von den vielfältigen Möglichkeiten, wie man politische →

Inhalte vermitteln kann und von dem breiten Spektrum an Erfahrungen, über die politische Bildner/-innen hier verfügen. Erstaunt zeigten sich viele, wie schwierig es oftmals ist, Teilnehmende für interessante Bildungsangebote zu finden.

Bildungserlebnisse waren aber nicht auf die Stipendiatinnen und Stipendiaten beschränkt, denn auch wir, die wir politische Bildung in Deutschland betreiben, haben von den Stipendiatinnen und Stipendiaten viel gelernt – über die Situation in ihren Ländern, über die Schwierigkeiten, die es mit sich bringt, wenn Staaten überhaupt kein Interesse an Aufklärung und Mündigkeit ihrer Bürger/-innen haben. Wir waren beeindruckt von der Entschlossenheit vieler unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten, am Projekt Demokratie in Europa auch gegen nationale Widerstände weiterzuarbeiten. Und wir haben erfahren, dass wir – neben Qualifizierung und Netzwerkarbeit – Wesentliches geben können und sicherlich noch großzügiger geben müssen: Ermutigung und Wertschätzung für die Menschen und Organisationen in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, sowie Möglichkeiten für Kooperationen auf Augenhöhe.

Zur Autorin



Christiane Toyka-Seid, Programmkoordinatorin „Europa gestalten – Politische Bildung in Aktion“. Ein Stipendiatenprogramm von bpb und Robert Bosch Stiftung 2006–2016.

toyka-seid@t-online.de

Democratic Citizenship Education als europäische Aufgabe

Politische Bildung und europäische Wirkung

Die Akteurinnen und Akteure europapolitischer Bildungsarbeit stehen vor vielfältigen Herausforderungen: Sie setzen sich für gesellschaftliche Vielfalt ein und erfahren, dass die internationalen Teilnehmenden und Partner in ihrem Alltag zunehmend mit Vorurteilen und mangelnder Meinungsfreiheit konfrontiert sind. Sie erleben, dass die Rahmenbedingungen trotz gemeinsamer europäischer Vereinbarungen sehr unterschiedlich und mitunter mangelhaft sind. Was kann politische Bildung unter diesen Bedingungen bewirken? von Georg Pirker

Der Diskurs um Europa hat sich entscheidend gewandelt – das europäische Friedensprojekt scheint derzeit zu einem Formelkonsens zu verkümmern. Populistische Strömungen gehen allerorts für die Ablehnung weiterer europäischer Integration und unter der Fahne der Renationalisierung auf Stimmenfang – mit erschreckendem Erfolg. Das Narrativ von der demokratischen Wertegemeinschaft wird von *Viktor Orbán & Co.* tagtäglich genüsslich ad absurdum geführt und die EU-Kommission predigt „Interrail für alle“ (#FreeInterrail) als finales Europäisierungserlebnis. Die Ermöglichung von Partizipation, Teilhabe und demokratischer Mitwirkung sowie der ungeteilte Zugang zu Grundrechten werden in vielen Mitgliedsstaaten innerhalb Europas missachtet. Zwänge der Haushaltskonsolidierungen tun ihr Übriges, um Jugendarbeit, wo sie überhaupt besteht, zu erschweren.

Der *Common Sense* über die Sinnhaftigkeit europäischer Zusammenarbeit, der sich in der EU auch in gemeinsamen Begegnungs- und Bildungsprogrammen im Rekurs auf die europäischen Grundrechte bzw. die europäische Menschenrechtskonvention niederschlägt, scheint de facto von einer erheblichen Anzahl der Regierungen in Europa nicht weiter geteilt zu werden. Vor diesem Hintergrund

steht zweifelsohne politische Bildung vor einer großen Herausforderung, ihre Angebote mit dem Anspruch europapolitischer Wirkung umzusetzen.

Die Träger politischer Bildung sollten sich jedoch vor dieser Herausforderung nicht verstecken, vielmehr sollten sie diese zum Anlass nehmen, die politische Bildung noch stärker als demokratiepolitische Arbeit zu verstehen, d. h. als Einsatz für und Verteidigung von demokratischen Grundwerten und gesellschaftlicher Vielfalt.

Dass Angebote politischer Bildung auf europäischer Ebene wirken, wurde mittlerweile in den verschiedenen Evaluationen und Wirkungsstudien – insbesondere des Programms *Jugend in Aktion* und *Erasmus+ Jugend in Aktion* – nachgewiesen. **1**

Die Basis

Der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* (AdB) führt jährlich mehrere Fachprogramme in Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Staaten durch, die sich →

1 www.jugend-in-aktion.de/ueber-das-programm/wirkungen (Zugriff auf diesen und alle in diesem Beitrag aufgeführten Links: 19.10.2016)

an Fachkräfte, Teamer/-innen und Interessierte aus dem weiteren Feld politischer Bildungsarbeit wenden. Die Kooperationen verstehen sich als Qualifizierung, d. h. die Teilnehmenden sollen die Gelegenheit bekommen, Themen politischer Bildung zu vertiefen und sich fachlich und päd-



Teilnehmende am abschließenden Workshop des deutsch-tschechischen Projekts „Not in Our Countries?!“ im September 2016

Foto: Tobias Kley

agogisch weiterzuentwickeln. Sie sollen dabei unterstützt werden, Fragestellungen in einem über das Nationale hinausgehenden Kontext zu definieren und partnerschaftlich zu bearbeiten und neue Kooperationen zu wagen.

Grundlage der Fachprogramme ist immer die Annahme eines gleichberechtigten Austauschs und der gemeinsamen Verantwortung der beteiligten Partnerorganisationen für Konzept, Beantragung, Inhalt und Durchführung der Maßnahmen. Die Programme haben für die Träger politischer Bildung im AdB Begegnungscharakter, d. h. sie setzen sich aus mindestens einer IN- und einer OUT-Maßnahme mit dem möglichst gleichen Kreis von Mitwirkenden zusammen. Das ist durchaus eine Herausforderung, bedeutet es doch, dass die Teilnehmenden viel Zeit aufbringen müssen, um in den Programmen mitwirken zu können.

Orientierungspunkt: Jugendpolitik

Das primäre Referenzfeld, in dem dies geschieht, ist ein jugendpolitisches, sprich: Die Angebote wenden sich an Menschen, die in Deutschland und in anderen Ländern Europas mit jungen Menschen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen arbeiten.

Oftmals zeigt sich bereits im frühen Stadium von Kooperationen, dass die Fragestellungen, zu denen in der politischen Jugendbildung in Deutschland gearbeitet wird,

in anderen Ländern nicht primär im Feld der Jugendarbeit und Jugendpolitik verankert sind, sondern in anderen (Politik)Bereichen. Das betrifft Anliegen von Antidiskriminierung, Medienbildung, Bildung für Vielfalt, Beteiligung, Demokratie und Menschenrechte. Auch wenn die Zielgruppen junge Menschen sind, ist die formale Zuordnung oftmals innenpolitisch, bildungspolitisch, gesundheitspolitisch, im Bereich des Justizwesens oder tatsächlich auch mal jugendpolitisch angelegt. Je nach Fokus bewegen sich die Gestaltungsräume der Partner dann zwischen *Awareness Raising*, Sozialkompetenzentwicklung und eben auch non-formaler Bildung. Mit viel gutem Willen lässt sich die Anzahl der Länder in Europa, in denen non-formale politische Bildungsarbeit struktureller Bestandteil von Jugendarbeit ist, an einer Hand abzählen.

Orientierungspunkte: Non-formal learning and youth work

Zwar wird mittlerweile auf jedem europäischen Arbeitstreffen und in unzähligen Verabschiedungen und Dokumenten die Wichtigkeit non-formalen Lernens und von Jugendpartizipation betont, dennoch sollte man sich, was das Verständnis, die Interpretation, die politische Intention sowie die Reichweite und tatsächliche strukturelle, systemische Ausgestaltung betrifft, keine Illusionen machen. Bildungspolitisch sprechen wir in den meisten europäischen Ländern über eine methodische Anreicherung formaler Lernsettings; jugendpolitisch sprechen wir über ein oftmals vages Feld von Aufgabenzuschreibungen, die je nach Land stark differieren, wenn sie überhaupt existieren. Das ist nicht verkehrt, man sollte sich dessen aber bewusst sein, bevor man postuliert, dass für internationale Begegnungsarbeit aus deutscher Sicht einzig und allein das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) den fachlich-inhaltlichen Fokus festlegt.

Der AdB versucht, eine Brücke zu den Ansätzen europäischer Partner zu schlagen, indem er – thematisch fokussiert – Begegnungsarbeit in den spezifischen europäischen und internationalen, politisch gesetzten Rahmen und Kontexten verortet und auf diese Weise für alle in die Prozesse eingebundenen Partner Orientierung bietet. Folgende Rahmen sind im internationalen Kontext gesetzt: die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*, die *Sustainable Development Goals*, die *Konventionen über die Rechte der Frauen*, der *Menschen mit Behinderung* und die *Kinderrechtskonvention*.

Im europäischen Kontext gibt es darüber hinaus spezifische Vereinbarung und Instrumente mit rechtlichem Cha-

rakter, die im Prinzip Leitlinien für nationale Politiken definieren. Diese sind beispielsweise:

- die *Grundrechtecharta der EU*, verbunden mit einem umfassenden und breit aufgestellten und ausdefinierten Verständnis von Diskriminierung, **1**²
- die *Europäische Menschenrechtskonvention*, **1**³
- die *revidierte Europäische Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region*, **1**⁴
- die *Europarats-Charta für politische Bildung und Menschenrechtsbildung*, **1**⁵
- die *Europarats-Empfehlung CM/Rec(2016)7* des Ministerrats an die Mitgliedsstaaten über den Zugang junger Menschen zum Recht **1**⁶ und
- die *Europäische Jugendstrategie*. **1**⁷

Völlig unabhängig von nationalen Förderinstrumenten und Politiken bilden sie Bezugspunkte und Rahmen, in denen wiederum außerschulische politische Bildungsarbeit in ihrem jeweiligen nationalen Kontext handelt. Sie bilden in Ermangelung ausdifferenzierter nationaler Jugendpolitikfelder in vielen Ländern Europas einen wichtigen Bezugspunkt zur Beauftragung und Ableitung von Aufgaben außerschulischer bzw. non-formaler Bildungsangebote. Dies ist im deutschen Diskurs leider oftmals nicht präsent.

Für diese Bezugsrahmen und die Rückbindung von Systemen, Strukturen und pädagogischen Konzepten ein wechselseitiges Verständnis zu entwickeln, ist eine entscheidende Herausforderung für die Begegnungsarbeit im AdB. Sich hierin sicher zu bewegen und Verantwortung für deren Ausgestaltung zu übernehmen, ist ein Kernanliegen einer auf Europäisierung ausgerichteten Jugend- und Bildungspolitik. Vor diesem Hintergrund ist die Ausdifferenzierung in unterschiedliche nationale Systeme nachrangig. Begegnungsarbeit hilft, die jeweiligen Handlungs- und Ermöglichungsbedingungen der beteiligten Partner zu verstehen und baut zugleich inhaltliche Brücken, anstatt strukturbedingte Ausschlusskriterien zu entwickeln. Zugleich eröffnet sie einen konkreten Zugang, um gemein-

sam inhaltliche und fachliche Fragestellungen zu entwickeln und vor den jeweils unterschiedlichen Kontexten zu bearbeiten.

Die Akteure im AdB schaffen im Rahmen ihrer internationalen Arbeit die hierfür benötigten Diskursräume und Begegnungsmöglichkeiten. Es gibt dabei nicht immer die festen Partner und Herangehensweisen, vielmehr müssen diese immer wieder neu gefunden werden, was auch dem fluiden Charakter der non-formalen Bildungs- und insbesondere Jugendarbeitslandschaft in anderen Ländern eher entspricht.

Fragen allerorts

Die Entwicklungen von Themen und Inhalten sind in Europa aktuell von Ungleichzeitigkeiten geprägt und stehen vermehrt unter politischer Einflussnahme. Freie Träger aus dem Bereich Demokratie- und Menschenrechtsbildung unterliegen – spätestens seitdem das russische „ausländische Agenten“-Gesetz (vgl. van der Vet / Lyytikäinen 2015) auch in anderen Ländern Schule macht – immer größeren Restriktionen: „For my organisation it is crucial to look for EU grants because of the unfriendly political surrounding for civic projects in Poland. Within last year we have been facing lots of changes in national competition procedures, topics and so on and now there is still less and less space for civic education (financing and substantial).“ (2016, polnischer Partner des AdB). Die nicht enden wollende Finanzkrise tut dann oftmals ein Übriges, um erfolgversprechende Ansätze zunichte zu machen und aufgebaute Strukturen und Kooperationen zu gefährden, mit z. T. verheerenden Auswirkungen auf die Arbeit von Trägern der Jugendarbeit und von außerschulischen Trägern, die Demokratie- und Menschenrechtsbildung machen, wie bspw. in Großbritannien. **1**⁸

Die aktuell im deutschen Kontext vielfach beschworene Re-Politisierung der Internationalen Jugendarbeit (IJA) – die durchaus ihre Richtigkeit hat – ist auch ein Resultat von Entpolitisierungsprozessen der Zivilgesellschaft in anderen Ländern. Wobei die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Sektors in Europa alles andere als unstrittig ist, insbesondere wenn man ihn in einem neoliberalen Diskurs, wie er nach wie vor europapolitisch hochaktuell ist, verortet (vgl. bspw. Mühlenhoff 2014).

Internationale politische Bildungsarbeit bekommt angesichts der aktuellen weltweiten „Katastrophenkako-→

2 www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf

3 www.menschenrechtskonvention.eu

4 www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/4-20-2501/COE_charter_participation_de.pdf

5 <https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=0900001680489411>

6 https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?Reference=CM/Rec%282016%297

7 http://ec.europa.eu/youth/policy/youth_strategy/index_de.htm

8 The DAMAGE: A Future at Risk – Cuts in Youth Services, www.unison.org.uk/content/uploads/2016/08/23996.pdf

phonie“ vielfach die außereuropäischen wie auch innereuropäischen Dilemmata und Begrenzungen schneller und frühzeitiger zu spüren als andere Felder der Jugendarbeit. Gerade auch, weil sie in ihrer Sensorik, aber auch in ihrem Instrumentarium an Rahmenbedingungen wie die Menschenrechte gebunden ist. Vor deren Hintergrund müssen die Gelingensbedingungen der Arbeit von Partnern und somit internationaler Kooperationsprojekte gesehen werden: Es ist eben nicht möglich, aus einem deutschen Diskurs heraus zu postulieren, dass ein Konzept wie *Active Citizenship* gleichzusetzen wäre mit politischer Bildung in Europa, wenn wir nicht verstehen, dass die jeweiligen Ableitungen und Zuschreibungen in den national spezifischen Kontexten andere sind als im deutschen. Und: Die Akteure müssen sich die Formelhaftigkeit und Konjunktur von Begriffen sowie deren Genese und Zuschreibungen im europäischen Diskurs vergegenwärtigen, wenn sie damit im Kontext internationaler Begegnungsarbeit operieren. Erst durch das Herunterbrechen auf die konkrete Situation in der Arbeit der Partner vor Ort, können diese für politische Bildung genutzt und ausgestaltet werden.

Ins Konkrete ...

Dies bedeutet auf der *Mikroebene* der politischen Bildungsarbeit mit jungen Menschen und Erwachsenen, sich der europäischen Relevanz der behandelten Thematiken bewusst zu werden und diese unter den Aspekten von Machtverhältnissen, globaler Gerechtigkeit und Solidarität herauszuarbeiten. Dies gilt auch für die Arbeit mit jungen Menschen im nationalen Kontext. In der internationalen Begegnungsarbeit bedeutet dies, bewusst die Hinwendung zu Fragestellungen von Vielfalt, Diskriminierung, Gerechtigkeit und zur Entwicklung von Handlungsstrategien zu suchen. Gerade vor dem Hintergrund einer rapiden Abnahme entsprechender Angebote in anderen Ländern besteht ganz konkreter Handlungsbedarf – in der Erwachsenenbildung vielleicht sogar noch stärker als in der Jugendbildungsarbeit. Das ist nicht ungefährlich und dessen sollten wir uns in Deutschland verstärkt bewusst werden: „It is ambitious and honorable! But we should let the young people know: They will beat you, you might be tortured and they even might kill you for it!“ – wie ein Workshopteilnehmer aus Weißrussland im Rahmen eines Multiplikatorenworkshops zum Thema „Crisis of Democratic Culture and Nationalism“ anmerkte.

Auf der *Mesoebene* sollten sich die Träger politischer Bildung ihre demokratiepolitische Verantwortung vergegenwärtigen: Die Infrastruktur, mit der die außerschulische

politische Bildung in Deutschland ausgestattet ist, ist europaweit einzigartig. Diese sollte für die Anliegen politischer Bildung stärker genutzt werden, indem ein Ausbau europäischer Kooperationen und Austausche angegangen wird. Dies gilt beileibe nicht allein für die Ebene der Träger, sondern stellt explizit eine Herausforderung an den Einsatz der ministerialen Ebenen in der Debatte und im Diskurs um Europa dar, und zwar auf allen Ebenen der europäischen Bildungs- und Jugendpolitiken. Denn die guten Bedingungen und Erfahrungen, die es in Deutschland hinsichtlich der Fachlichkeit, der infrastrukturellen Ausstattung aber auch der inhaltlichen Debatten außerschulischer politischer Bildung gibt, finden viel zu wenig Eingang in die europäische Debatte.



Diskussionsrunde im deutsch-tschechischen Projekt „Not in Our Countries?“, September 2016 Foto: Tobias Kley

Auf der *Makroebene* gilt es, europäische Jugend- und Bildungspolitik hinsichtlich der EU-Grundrechtecharta und der jugend- und bildungspolitischen Vereinbarungen des Europarats einzuordnen und dafür einzustehen: „We should not refuse to ask and ask our governments the accountability-question.“ – so *Frank Elbers*, Director of *Programmes*, *Human Rights Education Associates* auf dem *3. Compass forum learning Equality. Living Dignity* am 7. Oktober 2016 in Budapest. In diesem Sinne sind wir als außerschulische Bildungsanbieter verstärkt gefordert, Rechenschaft einzufordern und über unsere Arbeit darauf hinzuwirken, dass auch die Europäische Kommission endlich agiert, beispielsweise indem sie die aus der vertraglich beschworenen Wertegemeinschaft entstehenden Verpflichtungen in den europäischen Programmen und Politikfeldern einfordert und überprüft. Die Träger politischer Bildung in Deutschland müssen dies ebenso einfordern, müssen ihre Arbeit stärker in der Öffentlichkeit

sichtbar machen und, wo es möglich ist, den Diskurs und das Gespräch mit den betreffenden europäischen Ebenen suchen.

In der Praxis

In der politischen Bildung finden eine Vielzahl von Qualifizierungsprojekten und Programmen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren statt, in denen Träger bspw. im Rahmen des KJP-Programms international oder über europäische Programme mit spezifischen Partnern bi- und multilateral zu den unterschiedlichsten Anliegen kooperieren. Diese Prozesse finden in vielfältiger Weise auch im AdB statt. Sie zu begleiten und die Vielfalt der Herangehensweisen, die Offenheit und Experimentierfreudigkeit der Beteiligten in der politischen Bildung kennenzulernen, ist ein besonderes Erlebnis. Sie spiegeln deutlich wider, wie wichtig eine ausdifferenzierte und vielfältige Infrastruktur in der Jugendarbeit ist, und wie eben diese Infrastruktur zu einem europäischen Anker werden kann, wenn es darum geht, Anliegen politischer Bildung europaweit (und darüber hinaus) zu bearbeiten.

Auf der Ebene des Verbands versuchen die Akteurinnen und Akteure, die oben genannten Anforderungen in der Praxis der Fachprogramme konkret aufzugreifen. Die Fachkräftebegegnungen – bspw. im deutsch-tschechischen Projekt „Not in Our Countries? Refugees Asylum and Fundamental Rights Education in Youth Work“ – sind auf gesellschaftspolitische Fragestellungen fokussiert, die für die Bildungsarbeit mit jungen Menschen in ihren jeweiligen Kontexten relevant erscheinen. Sie versuchen, diejenigen Akteure aus den beteiligten Ländern als Teilnehmende einzubeziehen, die im Kontext von Bildungsarbeit und Jugendarbeit direkt mit jungen Menschen arbeiten, von der Initiative mit Geflüchteten über NGOs, die Migrationsarbeit machen, hin zu Akteuren der Jugendbildung. Die Programme beinhalten in der Regel ein wechselseitiges fundiertes Kennenlernen der jeweiligen Arbeitsstrukturen in den Ländern sowie der gesellschaftspolitischen und pädagogischen Diskurse, bspw. zu Rassismus, Migration, Vielfalt, Teilhabe. Das bedeutet wiederholte Gespräche mit vielen Trägern, Förderebenen, Wissenschaft, Politik, Medien, um einen fundierten Einblick in das Feld zu erlangen. Darüber wird versucht, die Brücke zu den jeweiligen nationalen Politikfeldern zu schlagen, ebenso wie gemeinsam den jeweils europapolitischen Bezug herzustellen. Spätestens hierbei wird deutlich, dass sich die auf dem Papier oftmals so logische formale Zuordnung zu europäischen Politikfeldern nicht in der Struktur der Arbeit der betei-

ligten Menschen widerspiegelt, wohingegen die Themen, Herausforderungen und Fragestellungen strukturell vergleichbar bleiben.

Nimmt man die europäische Wirkung der Arbeit in den Blick, ist das gemeinsame Herantasten an „Gelingensbedingungen“ von Jugendbildungsarbeit im jeweils nationalen Kontext ein ganz wichtiger Prozess, da er hilft, ein wechselseitiges Verständnis von Pädagogik, Strukturen und Politiken zu eröffnen. Gerade angesichts der Ablehnung von Europa, die in mehreren Ländern mittlerweile

“We should not refuse to ask and ask our governments the accountability-question.”

Regierungshandeln ist, erscheint es umso wichtiger, auf Trägerebene aber auch auf Ebene der beteiligten Fachkräfte gemeinsam Wege und Praxisformen zu finden, die die Bildungsarbeit zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt ermöglichen.

Die Fachkräfteprogramme gehen über das reine Begegnen und Zusammenarbeiten im Projekt hinaus und versuchen vielmehr, Anknüpfungspunkte zu eigenen nationalen Arbeitskontexten herzustellen – sei es fachpolitisch in der Vertiefung des gemeinsamen Diskurses, der bi- oder multilateral immer ein europäischer ist, sei es pädagogisch im gemeinsamen Erproben und Entwickeln von Methoden.

Hilfreich für die außerschulische Bildungsarbeit ist es, dass es in den Bereichen *Education for Democratic Citizenship* (EDC) und *Human Rights Education* (HRE) die Standardwerke des Europarats sowie eine Reihe nationaler und internationaler Qualifizierungsprogramme (bspw. des SALTO-Youth net, der TOTHRE u. a.) gibt. Die Standardwerke sind auch durch die Arbeit der Europäischen Jugendzentren pädagogische Referenzinstrumente, setzen europaweite Standards außerschulischer Bildung und wirken auf der Ebene von Fachkräftequalifizierung:

- *Compass* – Manual for Human Rights Education with Young people⁹
- *Compasito* – Manual for Human Rights Education for Children¹⁰ →

9 www.coe.int/en/web/compass

10 www.eycb.coe.int/compasito

- *Bookmarks – A Manual for Combating Hate Speech Online through Human Rights Education* ¹¹
- *Gender matters – A Manual on Addressing Gender-Based Violence Affecting Young People* ¹²
- *Mirrors – Manual on combating antigypsyism through Human Rights Education* ¹³

Diese Referenzinstrumente erlauben, basierend auf einer gemeinsamen Pädagogik, eine Brücke über Landesgrenzen hinweg zu schlagen. Gute Trainer/-innen allein reichen jedoch nicht, zumindest nicht wenn Träger demokratischer Bildung und deren komplette Arbeitsfelder von der Politik als unerwünscht erklärt werden, wie es derzeit bspw. in Tschechien der Fall ist, wo Präsident *Miloš Zeman* die „Slničkaři“ (Sonnenmenschen = NGO Aktivisten) in seiner Weihnachtsansprache 2015 zu unerwünschten Personen erklärte. ¹⁴ „I wanted to be a Human Rights educator and now find myself in the position of a Human Rights Defender“, wie es ein Teilnehmer aus Serbien bei einer internationalen Maßnahme passend ausdrückte.

Hier sind entsprechende Unterstützungsmechanismen und -strukturen von Jugendbildungsarbeit nötig, die es aber leider nicht so oft gibt. Trotz vielfacher politischer Bekundungen bspw. in der *Europäischen Jugendstrategie* oder in der *Europarat Charta zur politischen Bildung und Menschenrechtsbildung*, die die Wichtigkeit betonen, adäquate Lernorte und -plätze zu entwickeln, ermöglichen europäische Kooperationsprojekte bislang selten, konkrete Beiträge zum Aufbau von Strukturen zu leisten. Diese wären aktuell nötiger denn je.

An dieser Strukturentwicklung zu arbeiten erfordert dezidiert, europäische Politik zu nutzen und einzufordern. Diese Perspektive muss man sich erarbeiten und in seine Arbeit integrieren: Der AdB hat in den letzten Jahren beispielsweise im EU-Projekt „EDC for All“ zusammen mit der portugiesischen Jugendorganisation *dinamo*, dem Jugendressort des Europarats und mit *planpolitik* Machbarkeitsstudien und Prozesse für den Aufbau einer Jugendbildungsstätte in Sintra/Portugal erstellt und dabei versucht, die Logik europäischer „policy programming“-Prozesse im Jugendbereich zu verstehen, um sie argumentativ nutzen zu können. Ähnlich im Projekt „ENGAGE“ einer mit Mit-

teln von Erasmus+ geförderten strategischen Partnerschaft, die zum Ziel hat, eine europäische Bestandsaufnahme zu politischer Bildung mit Kindern im Alter von 8–12 Jahren vorzunehmen und Empfehlungen für den Bereich von *Citizenship Education* zu formulieren. Den Transfer auf die Europäische Ebene – und wiederum in die jeweils zuständigen Ressorts auf der nationalen Ebene – zu leisten, bedarf erheblicher Anstrengungen, die selbst die in Deutschland gut aufgestellte Trägerlandschaft kaum zu leisten imstande ist. Es bedürfte mehr als einer konzertierten Aktion aller Ebenen, um hier wirklich etwas zu bewegen.

Alles zurück auf LOS?

Es sind viele Schritte zu gehen, insbesondere um auf der Makroebene zu wirken. Helfen würde uns auf deutscher Seite bereits, wenn es gelänge,

- ... aktuelle Diskurse, Projekte und Ergebnisse außerschulischer politischer Bildungsarbeit kontinuierlich auf die europäischen Ebenen zu transportieren und dort mehr Präsenz zu zeigen;
- ... eine KJP-Förderung oder E+-Förderung aufzustellen, die es erlaubt, relevante Artikel und Ergebnisse schnell ins Englische zu übertragen und zu publizieren, um den Diskurs mitzugestalten;
- ... langfristig eine europäischen Bildungs- und Jugendpolitik zu schaffen, die *Human Rights and Democratic Citizenship Education* tatsächlich als Kernbestandteil und Wesensmerkmal gesellschaftlicher Teilhabe definiert und ihre Politiken und Programme dementsprechend ausrichtet. **AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2016**

Zum Autor



Georg Pirker, Historiker und Politologe (M. A.) arbeitet seit 2007 als Referent für internationale Bildungsarbeit im AdB. Ebenfalls seit 2007 koordiniert er das europäische Netzwerk DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe.

pirker@adb.de

Literatur

Mühlenhoff, Hannah (2014): Funding Democracy, Funding Social Services? The EIDHR in the Context of Competing Narratives in Turkey. In: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*, 16:1, p. 104

van der Vet, Freek / Lyytikäinen, Laura (2015): Violence and Human Rights IU Russia: how human rights defenders develop their tactics in the face of danger, 2005–2013. In: *The International Journal of Human Rights*, 19:7, pp. 979–998

¹¹ www.nohatespeechmovement.org/bookmarks

¹² www.eycb.coe.int/gendermatters

¹³ www.coe.int/t/dg4/youth/Source/Resources/Publications/2015_MIRRORS_combat_antigypsyism_thru_HRE.pdf

¹⁴ <https://youtu.be/Q49UOg8zdyI>

„Friede, Freiheit, Vorurteil?“

Erfahrungen, Herausforderungen und Perspektiven europapolitischer Bildung in europäischen Krisenzeiten

Der Beitrag diskutiert Schwierigkeiten und gewandelte Herausforderungen europapolitischer Bildung angesichts der europäischen Krisenphänomene der letzten Jahre. Auf Grundlage praktischer Erfahrungen in der Arbeit des Europäischen Zentrums für transnationale Partizipation werden sieben Thesen für eine Neuorientierung europapolitischer Bildung formuliert und dabei speziell die Bildungs- und Beteiligungschancen in europäischen Grenzregionen untersucht. von Matthias Busch

Finanz-, Banken- und Eurokrise, Demokratiedefizit und Brexit – die Europäische Union befindet sich seit annähernd einer Dekade in der Dauerkrise. Steuerskandale, TTIP-Verhandlungen und Flüchtlingspolitik sorgen nicht nur für Konflikte auf politischer Ebene, sondern nähren eine wachsende Skepsis gegenüber der grundlegenden Legitimation der EU, des gemeinsamen Wertekanons und der beschworenen europäischen Solidarität. Europakritische, rechtspopulistische Parteien feiern in vielen Mitgliedsstaaten Wahlerfolge und beeinflussen zunehmend öffentliche Diskurse und politische Kultur. Dass eine solche Entwicklung auch an der europapolitischen Bildung nicht spurlos vorübergehen kann, ist offensichtlich. Auf bildungspolitischer Ebene führen die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen und Krisen teils zu neuen Anforderungen und Rahmenbedingungen bis hin zu Politisierungs- und Instrumentalisierungsversuchen europapolitischer Bildung. Auf Ebene der Bildungspraxis verändern sich Themen, aber auch Einstellungen, Kenntnisse und Erwartungen der Teilnehmenden.

Vor welchen Schwierigkeiten und gewandelten Herausforderungen politische Bildung angesichts der europäischen Krisenphänomene steht, möchte der folgende Bei-

trag auf Grundlage praktischer Erfahrungen in der Arbeit des *Europäischen Zentrums für transnationale Partizipation* aufzeigen.

Das *Europäische Zentrum für transnationale Partizipation* ist ein Netzwerk von außerschulischen Bildungsträgern, Schulen, Landkreisen und Universitäten, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, europäische Integration auf Ebene der Zivilgesellschaft in europäischen Grenzregionen zu fördern und zu stärken. Ziel ist es, im Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Praxis, schulischer und außerschulischer Bildung Wissenstransfer, fachlichen Austausch, Politikberatung und eine Koordination der Bildungs- und Forschungsarbeit durch gemeinsame Projekte, Tagungen und Fortbildungen zu ermöglichen. Ausgehend und federführend koordiniert vom *Bildungs- und Begegnungszentrum Schloß Trebnitz e. V.* sind im Netzwerk Organisationen wie die *Kreisau-Stiftung*, das *Deutsch-Polnische Jugendwerk* oder die *Stiftung zur Entwicklung der regionalen Demokratie Stettin* sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universitäten Hamburg, Poznań, Toruń, Kaiserslautern und Luxemburg assoziiert. Einen Schwerpunkt der Arbeit bildet bisher die deutsch-polnische Grenzregion, aber auch der →

Austausch mit anderen europäischen Grenzregionen wird in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut. So fand im Februar 2016 in Trebnitz eine internationale Tagung zu transnationalen Bildungslandschaften statt (vgl. Busch/Lis/Teichmüller 2016). Neben mehreren Bildungsprojekten wurde im Rahmen einer Hochschulkooperation ein Forschungsprogramm zur Evaluation interkultureller Jugendprojekte initiiert. Die Erfahrungen und Ergebnisse aus den unterschiedlichen Veranstaltungen bilden die Grundlage für die folgenden sieben Thesen zur Neuorientierung einer europapolitischen Bildung speziell für europäische Grenzregionen:

(1) Statt das unterkomplexe Narrativ einer europäischen Erfolgsgeschichte zu tradieren, sollte europapolitische Bildung Europas aktuelle Krisen stärker zum Thema ihrer Bildungsveranstaltungen machen und kontrovers verhandeln.

Europapolitische Bildung beschränkt sich in der außerschulischen Bildung häufig auf interkulturelles Lernen und internationale Jugendbegegnungen, die landeskundliche Ausflüge und gegenseitiges Kennenlernen ermöglichen. Im schulischen Unterricht stehen oft institutionenkundliches Lernen und die Geschichte der europäischen Integration im Mittelpunkt. In beiden Bildungsbereichen dominieren das unterkomplexe Narrativ eines europäischen Erfolgs- und Friedensprojekts und normative Appelle an ein tolerantes, weltoffenes Europa und die „europäische Identität“.

Das alles ist wichtig und notwendig. Es wird jedoch – für sich genommen – den Qualitätsstandards politischer Bildung, der Erwartungshaltung von Teilnehmenden und der europäischen Wirklichkeit nicht gerecht. Neben der Tendenz zu einer entpolitisierten, illusionistischen und missionarischen Bildungsarbeit, die überwältigend auftritt und stellenweise hilflos bis weltfremd wirkt, besteht die Gefahr einer „Vogelstraußpädagogik“, die wesentliche europäische Probleme und Kontroversen negiert. In unseren Schulungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wird immer wieder die Befürchtung geäußert, Kritik, Politikverdrossenheit, EU-Skepsis und Fragen von Teilnehmenden nach Ursachen und politischem Umgang mit aktuellen Krisen nicht adäquat begegnen zu können. Vorschläge, heikle Themen deshalb lieber ganz auszusparen, sind so verbreitet wie kontraproduktiv.

Eine den Interessen der Teilnehmenden und demokratischer Pluralität verpflichtete politische Bildung muss auch die schwierigen Themen angehen, inhaltliche Kon-

troversen suchen und in ihrer Bildungsarbeit repräsentieren. Statt Diskursausschluss zu betreiben, müssen Teilnehmende Raum finden, ihre Zweifel und Kritik zu formulieren, nicht zuletzt auch, um ihre eigenen politischen Interessen erkennen und ggf. für deren Durchsetzung eintreten zu können. Berechtigte Kritik, die Aufklärung über grundlegende Spannungsverhältnisse und Hintergründe europapolitischer Ereignisse sowie eine Aufforderung zur gedanklichen und aktiven Mitgestaltung Europas sind genuine Aufgaben europapolitischer Bildungsarbeit. Sie muss mit Hilfe entsprechender Methoden, die die gesellschaftlichen Debatten re-inszenieren, Teilnehmenden die Chance bieten, politische Konflikte multiperspektivisch wahrzunehmen und kontrovers zu diskutieren.

Europäische Integration war nie ein harmonisches, konfliktfreies Erfolgsprojekt, sondern ein kompliziertes, umstrittenes, fehlbares Unterfangen in der geteilten Vision eines friedensstiftenden, geeinten Europas. Als solches sollte es auch in der Bildungsarbeit erscheinen.

(2) Für die Auseinandersetzung mit populistischen Positionen benötigt europapolitische Bildung einen neuen Umgang mit Emotionen in ihrer Bildungsarbeit.

Die aktuellen Erfolge populistischer und extremistischer Bewegungen beruhen zu großen Teilen auf einer Emotionalisierung des Politischen, die in verstörender Weise irrationale Ängste und Vorurteile mobilisiert und instrumentalisiert. Dass europapolitische Bildung dieser Entwicklung mit sachlicher Aufklärung und rationaler Urteilsbildung begegnet, ist notwendig, aber nicht ausreichend.

Gefühle gelten in der politischen Bildung als suspekt und defizitär. Sie werden tabuisiert oder müssen – als anfängliche motivationsfördernde „Betroffenheit“ – im Zuge des Bildungsprozesses überwunden werden, um zum rationalen Urteil zu gelangen. Empirisch sind die Vorstellungen einer sich gegenseitig ausschließenden Kontrastierung von Rationalität und Emotionalität durch die sozialwissenschaftliche Emotionsforschung längst widerlegt. Dass Gefühle eine maßgebliche Funktion in der Wahrnehmung von Welt besitzen und die Voraussetzung für soziale Handlungs- und Urteilsfähigkeit bilden, ist mittlerweile unbestritten.

Um die Emotionalisierungsstrategie des Populismus zu dekonstruieren, müssen Gefühle in der Bildungsarbeit deshalb mehr Raum erhalten. Das heißt nicht, der Irrationalität das Wort zu reden und Standards sachlicher Urteilsbildung aufzugeben, sondern tiefgehende Bildungsprozesse durch die Berücksichtigung von Emotionen erst zu ermöglichen.

Kinder und Jugendliche müssen lernen, eigene Gefühle wahrzunehmen, auszudrücken und ihre Berechtigung zu hinterfragen. Politische Bildung muss die Emotionen ihrer Teilnehmenden ernstnehmen und Gelegenheit geben, sie zu formulieren und zu diskutieren. Hierfür braucht es neue erfahrungsorientierte Methoden.



Europapolitische Bildung im Bildungs- und Begegnungszentrum Schloß Trebnitz Foto: Schloß Trebnitz – Bildungs- und Begegnungszentrum e. V.

(3) Um Tendenzen einer Renationalisierung innerhalb der Europabildung zu begegnen, muss sich auch die europapolitische Bildung europäisieren.

Die Herausforderungen europapolitischer Bildung werden aktuell verstärkt durch nationale bildungspolitische Reaktionen auf die Krisenphänomene und die Bereitstellung unterschiedlicher Erklärungsansätze in den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die Thematisierung europäischer Krisen in bildungspolitischen und didaktischen Materialien unterscheidet sich in Darstellung, ausgemachten Ursachen, Problemdefinitionen, Interessenlagen und Lösungsansätzen zwischen den Ländern teils erheblich. So ergab beispielsweise eine Untersuchung von Unterrichtsmaterialien zur Finanz- und Wirtschaftskrise, dass in Frankreich verstärkt eine keynesianische Perspektive auf die Eurokrise eingenommen wird, während in Deutschland zumeist neoklassische Sichtweisen dominieren (vgl. Kortendiek/van Treek 2015). Auch in unseren interkulturellen Begegnungen zeigt sich, dass Jugendliche mit recht unterschiedlichen Kenntnissen und Einstellungen aktuelle europäische Ereignisse und Konflikte wahrnehmen und die Gefahr besteht, dass durch eine solche „Renationalisierung“ der Europabildung ein Dialog, Empathie und gegenseitiges Verständnis zwischen den Bürgerinnen und Bürgern erschwert wird. Wir stellen fest, dass

in interkulturellen Jugendbegegnungen Teilnehmende zunehmend Vorurteile und Fragen mitbringen, die von nationalen populistischen Diskursen beeinflusst sind. Bei Besuchen in Deutschland fürchten beispielsweise polnische und tschechische Jugendliche eine prekäre Sicherheitslage – eine Angst, die u. a. durch die sexuellen Übergriffe in Köln und deren Instrumentalisierung von europakritischen Parteien gespeist wird. Deutsche Teilnehmende begegnen der ablehnenden, „unsolidarischen“ Haltung der osteuropäischen Mitgliedsstaaten in der Flüchtlingsfrage mit Unverständnis, Wut und Überheblichkeit, ohne die historischen wie politischen Hintergründe oder die innenpolitischen Kontroversen in den jeweiligen Ländern zu kennen.

Notwendig erscheint es daher, durch eine stärkere grenzübergreifende Zusammenarbeit und einen konzeptionellen Austausch von politischen Bildern europäische Themen aus ihrer nationalstaatlichen – dann letztlich aber auch eurozentristischen – Fixierung zu lösen und multiperspektivisch zu modellieren. Erst wenn sich Europabildung europäisiert und kosmopolitische Sichtweisen integriert, kann sich langfristig eine reflektierte europäische Öffentlichkeit entwickeln.

(4) Europabildung muss nachhaltig und niedrigschwellig im Alltag, statt vornehmlich in kurzfristigen Projekten erfolgen.

Europapolitische Bildungsarbeit in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung findet bisher häufig in Projekten statt, deren Durchführung auf wenige Jahre ausgelegt ist. Die Förderprogramme der EU, aber auch nationale Bildungspolitik und private Stiftungen favorisieren kurze Förderzeiträume in der Absicht, Innovation zu begünstigen und auf aktuelle politische Entwicklungen reagieren zu können.

Auf Seiten der Bildungsträger führt dies nicht selten dazu, dass Projekte auf öffentlichkeitswirksame Aktionen und dauerhafte Neuerfindung der eigenen Arbeit angewiesen sind, um sich im Kreis der Mitbewerber durchzusetzen, während solidere, niedrigschwellige und nachhaltige Projektideen leer ausgehen. Wirksamkeit und Kontinuität erfolgreicher Bildungsprojekte scheitern häufig an fehlender Anschlussfinanzierung und dem Zwang zu immer neuer „Innovation“ im Dschungel nationaler wie europäischer Förderlandschaften. Erfahrungswissen geht durch fehlende personelle Beständigkeit verloren. Selten gelingt es, Initiativen zu verstetigen und zu institutionalisieren.

Auf Seiten der Teilnehmenden bedeutet die diskontinuierliche Bildungspraxis, dass wenig Verlässlichkeit →



Emotionale Zugänge politischer Bildung: „Grenz-Erfahrungen“ von Jugendlichen auf der Oderbrücke zwischen Frankfurt/Oder und Stubice Foto: Schloß Trebnitz – Bildungs- und Begegnungszentrum e. V.

und strukturelle Verankerung bestehen. Den Aufwand, der sowohl mit der Projektbeantragung wie der eventorientierten Durchführung verbunden ist, scheuen viele Institutionen und Verantwortungsträger. Gerade junge Teilnehmende empfinden es als Enttäuschung, wenn ihr Engagement am Ende eines Projektzeitraums nicht fortgeführt werden kann. Europapolitische Projekte prägen nicht den Alltag von Kindern und Jugendlichen, indem sie beispielsweise als feste transnationale Kooperationen und in beständigen, regelmäßigen Kontakten in Schulpartnerschaften wachsen können, sondern bleiben oft singuläre Ereignisse für wenige, die über ein erstes Kennenlernen nicht hinauskommen. Europa bleibt abstrakte Chiffre, statt kontinuierliche, lebensweltliche Erfahrung.

Um die Nachhaltigkeit transnationaler Beteiligungsformen zu stärken, erscheint es notwendig, Projekte und Akteure stärker als bisher zu vernetzen. Ein Erfahrungsaustausch und die Dokumentation guter Praxisbeispiele könnten dabei helfen, voneinander zu profitieren, gemeinsame Qualitätsstandards zu entwickeln und die Stetigkeit europapolitischer Bildung zu sichern. Eine auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit angelegte Förderpolitik könnte zudem Bildungsträger davor bewahren, in Abhängigkeit kurzfristiger politischer Instrumentalisierungsversuche zu geraten. So wurden beispielsweise in den letzten Monaten mehrere Begegnungen zwischen deutschen und polnischen Jugendlichen kurzfristig abgesagt, da polnischen Partnerorganisationen die öffentliche Förderung ihrer in-

terkulturellen Projekte gestrichen oder von Seiten der Schulverwaltung Druck auf polnische Teilnehmende ausgeübt wurde. Langfristige und strukturell verankerte Kooperationen könnten hier autonomer und verlässlicher agieren.

(5) Insbesondere europäische Grenzregionen können ein realpolitischer Gegenpol zu Tendenzen neuer nationaler Abschottung sein.

Grenzregionen gelten als Motor europäischer Integration und „Modell für Europa“. In Schlagworten wie dem „Europa der Regionen“ wird ihre Bedeutung und Innovationskraft beschworen. Glaubt man der Feiertagsrhetorik, so sind Grenzräume Garanten für wirtschaftliche Prosperität und Bürgerbeteiligung. Insbesondere Jugendlichen und jungen Erwachsenen böten grenzüberschreitende Verflechtungsräume verbesserte Zukunftsaussichten für Freizeit, Berufsausbildung und einen transnationalen Arbeitsmarkt. Erst hier, wo „Europa vor der Haustür“ liegt und die europäische Idee im alltäglichen Nahraum erlebt und erprobt werden kann, könnten junge Menschen letztlich im Kleinen zentrale interkulturelle „Schlüssel- und Handlungskompetenzen für die europäische Lebenswirklichkeit entwickeln“ und eine europäische Identität ausbilden (Wisser 2016, 24).

Tatsächlich muss die Frage, ob Grenzregionen aufgrund ihrer räumlichen Besonderheiten spezifische Chancen für ein weltoffenes, interkulturelles Zusammenwachsen in Europa bieten, differenziert beantwortet werden. Allein die räumliche Nähe reicht nicht aus. Zahlreiche Studien

zeigen beispielsweise, dass Kinder und Jugendliche, die in direkter Nähe zur Grenzregion aufwachsen, oft keine oder nur stereotype Vorstellungen vom Nachbarn besitzen (vgl. u. a. Matzdorf 2016). Neo-funktionalistische Vorstellungen, dass dem Projekt Europa quasi eine inhärente expansive Logik zu eigen ist, also ein automatischer Handlungsdruck bestehe, die Integration weiter und enger zu verfolgen, müssen als widerlegt gelten. Während auf Ebene der politischen Kooperation unterschiedliche Strukturen und Kompetenzen der regionalen Gebietskörperschaften die Zusammenarbeit erschweren, sind für die zivilgesellschaftliche Vernetzung insbesondere im ländlichen Raum die räumliche Entflechtung und eine mangelhafte verkehrstechnische Anbindung hinderlich. Hinzu kommen Sprachbarrieren, die das Aufeinander-Zugehen erschweren. Die Sprache des regionalen Nachbarn wird oft nicht oder nur von einer Seite beherrscht und in der Schule erlernt. Schließlich zeigt sich, dass eine gefühlte kulturelle Distanz, negative wechselseitige Stereotypen und Vorurteile die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zivilgesellschaft hemmt. Ihre Ursache liegt dabei insbesondere in mangelnden Kenntnissen des Nachbarn und seiner Kultur begründet (vgl. u. a. Schönwald 2012).

Europäische Integration ist damit in Grenzregionen kein Selbstläufer, sondern eine komplexe Aufgabe, die sich auch und gerade als Herausforderung an schulische und außerschulische Bildung stellt.

Um die Nachhaltigkeit transnationaler Beteiligungsformen zu stärken, erscheint es notwendig, Projekte und Akteure stärker als bisher zu vernetzen.

Interessanterweise ist die Bedeutung der Grenzregionen für die europäische Integration durch die Krisen und wachsenden nationalistischen Abschottungstendenzen gestiegen. Die Infragestellung und stellenweise Aussetzung des Schengener Abkommens, die im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise erfolgten, haben beispielsweise in Grenzregionen zu einer paradoxen Situation geführt. So machte die kurzfristige Wiedereinführung von Grenzkontrollen vielen unserer jüngeren Teilnehmenden erstmals die Vorzüge und den Wert einer europäischen Freizügigkeit persönlich erfahrbar.

Gleichzeitig wächst ein Dualismus zwischen den existenten oder in europaskeptischen Diskursen behaupteten Problemen auf europäischer Makroebene und dem regionalen interkulturellen Alltag in Grenzregionen. Im „kleinen Grenzverkehr“ lassen sich Vorurteile, die von rechtspopulistischen Parteien gegenüber dem Nachbarn geschürt werden, leichter dekonstruieren als im Binnenland. Viele unserer polnischen Partner und Teilnehmenden nehmen beispielsweise eine europakritische Regierungspolitik auf Landesebene als Spannungsverhältnis und Einschränkung der eigenen kosmopolitischen Lebenswirklichkeit in der Region wahr. Inwieweit sich gerade Grenzregionen nationalen Trends langfristig widersetzen können – wie dies aktuell z. B. durch einen öffentlichen Schulterchluss von deutschen und polnischen Partnerstädten in Opposition zur polnischen Regierungspolitik entlang der Oder zum Teil geschieht –, bleibt abzuwarten.

(6) Grenzregionen benötigen Gelegenheitsstrukturen und eine Vernetzung informeller wie formaler Bildungsangebote, um transnationale Bildungslandschaften zu entwickeln.

Ob und wie Kinder und Jugendliche ihre Grenzregion als transnationalen Handlungsraum erleben, ob und wie sie die besonderen Chancen der Grenznahe nutzen können, hängt vielfach von den Lernangeboten und Gelegenheitsstrukturen ab, die ihnen Schule, Politik und Zivilgesellschaft bieten. Wenn grenznahe Europabildung die ihr gestellte Aufgabe angehen will, Jugendliche und junge Erwachsene zu einem selbständigen, weltoffenen Leben in Europa zu befähigen, ergeben sich aus den aufgezeigten Merkmalen der Grenzregion spezifische Anforderungen und Chancen. Viele der Integration förderlichen und hemmenden Faktoren lassen sich als Bildungsaufgaben konstruktiv formulieren, die insbesondere und zum Teil ausschließlich in Grenzregionen realisiert werden können: Das sind zum einen Angebote zum interkulturellen Lernen und Erlernen der Nachbarsprache – die in der gesellschaftlichen Mehrsprachigkeit der Grenzregion nicht nur als Schulsprache, sondern in natürlichen Sprachsituationen oder bi-nationalen Tandems erworben werden kann. Zum anderen werden Lerninhalte benötigt, die eine identitätsstiftende Auseinandersetzung mit der eigenen Region sowie der Region und Kultur des Nachbarlandes ermöglichen. Das Kennenlernen des Nachbarn, der Abbau von Vorurteilen und kultureller Distanz kann einerseits durch Exkursionen, Partnerschaften und transnationale Kooperationen erfolgen. Andererseits dürfte es lohnenswert sein, die →

regionalspezifischen Bildungsinhalte, die die Grenzregion bereithält, didaktisch zu erschließen. Von Kulturdenkmälern über die Regionalgeschichte bis hin zu lokalen Künstlern, Betrieben oder transregionalen Problemen dürfte es hier zahlreiche lokale Bildungsschätze geben, die zu heben und lernproduktiv zu modellieren sich unbedingt lohnt.

Bildungsprozesse isoliert und nur als Lernen im Seminar- oder Klassenraum zu begreifen, hieße das Potenzial der Grenzregion zu verschenken. Allein können Bildungsträger die Herausforderung transnationalen Lernens nicht leisten. Idee der lokalen Bildungslandschaften oder Programmen wie den „Lernenden Regionen“ (vgl. Tippelt u. a. 2009) – bei allen Unterschieden in der konkreten Konzeption – ist es seit einigen Jahren, verschiedene Akteure einer Gemeinde für gemeinsame Bildungsanstrengungen zu vernetzen. Ziel ist es, jene Orte und Akteure auszumachen, mit denen und durch die authentische Lerngelegenheiten initiiert werden können, um so die Bildungsbedingungen zu verbessern. Lernen findet überall statt und kann nicht auf formale Lernprozesse reduziert werden. Prinzip der Bildungslandschaften ist es daher, Lernen in informellen, non-formalen Lernprozessen und an unterschiedlichen Orten zu ermöglichen. Gerade im ländlichen Raum, wo Lerngelegenheiten stärker fragmentiert auftreten, ist die Idee der Vernetzung der unterschiedlichen Bildungsgelegenheiten lohnenswert, um identitätsstiftende regionale Bezüge herzustellen.

Beschränkt man den Gedanken nun nicht mehr allein auf den national-lokalen Kontext, sondern bemüht sich um Partner jenseits der Grenze, können Gelegenheitsstrukturen geschaffen werden, die zum Kennenlernen der Nachbarregion anregen und Identitätsanker für eine gemeinsame, grenzenlose Grenzregion setzen. Häufig bieten sich jenseits der Grenze sogar jene Bildungsgelegenheiten, über die Bildungsträger im nationalen Kontext nicht verfügen.

In diesem Sinne begleitet das *Europäische Zentrum für transnationale Partizipation* z. B. seit 2014 im Projekt „Translimes“ Schulen dabei, sich mit außerschulischen Bildungsträgern und Organisationen in der deutsch-polnischen Grenzregion zu vernetzen und europadidaktische Curricula und Schulprogramme zu entwickeln, die langfristig europapolitisches Lernen in einer transnationalen Bildungslandschaft ermöglichen.

(7) Grenzregionen benötigen transnationale Beteiligungsstrukturen, um Selbstwirksamkeitserfahrungen in europäischen Gestaltungsräumen zu ermöglichen.

Grenznahe Bildungsträger können schließlich – ganz anders als Organisationen im Binnenland – Strukturen schaffen, die Kindern und Jugendlichen die Chance eröffnen, an transnationalen Gestaltungsprozessen zu partizipieren. Die Möglichkeit, an lokalen Aushandlungsprozessen beteiligt zu werden und Selbstwirksamkeit als Mitgestalter der eigenen Region zu erleben, kann, wie zahlreiche Studien zeigen, die regionale Identifikation fördern, demokratische und interkulturelle Handlungskompetenzen stärken und kommunalpolitische Entscheidungen verbessern.

Die Verfahren gesellschaftlicher Partizipation sollten dabei nicht auf formale Beteiligungsformen wie Jugendbeiräte beschränkt bleiben, sondern projekt- und problemorientierte, methodisch vielfältige Angebote bereitstellen, um unterschiedliche Zielgruppen adressieren zu können. Verfasste Gremienarbeit läuft schnell Gefahr, auf eine „Gymnasialdemokratie“ reduziert zu werden, von der nur ein kleiner Teil der Kinder und Jugendlichen angesprochen wird. Kreative, an konkrete, individuell bedeutsame Aufgaben gebundene Partizipation, die gesellschaftliche Teilhabe auf zivilgesellschaftliche Handlungsfelder erweitert, kann dagegen gezielt Auszubildende, „bildungsferne“ Jugendliche oder unterschiedliche Jugendkulturen erreichen und aktivieren.

Mittlerweile existieren zahlreiche Modellprojekte, in denen Jugendliche in interkulturellem Dialog und grenzüberschreitender Zusammenarbeit gemeinsam ihre Interessen entdecken und zu verwirklichen suchen (vgl. Jugend für Europa 2016). Notwendig erscheinen hier ein Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zwischen unterschiedlichen Grenzregionen, um gemeinsame Qualitätsstandards und erfolgreiche Beteiligungsmodelle bestimmen zu können.

Erst wenn es gelingt, Jugendliche und junge Erwachsene dauerhaft in regionale europäische Gestaltungsprozesse einzubeziehen, wird das Prinzip „Europa“ – die transnationale „Verzahnung“ (Jacques Delors) auf allen gesellschaftlichen Ebenen – zu einer lebendigen Erfahrung, die nachhaltig und im Alltag verankert wirken kann.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2016

Zum Autor



Matthias Busch, Dr. phil, ist Juniorprofessor für die Didaktik der Politischen Bildung an der Technischen Universität Kaiserslautern. Schwerpunkte seiner Forschungs- und Bildungsarbeit sind Jugendpartizipation, Diversity Education und demokratiedidaktische Schul- und Unterrichtsentwicklung.

matthias.busch@sowi.uni-kl.de

Literatur

Busch, Matthias / Lis, Tomasz / Teichmüller, Nikolaus (Hrsg.) (2016): Transnationale Bildungslandschaften in europäischen Grenzregionen. Trebnitz: Schloß Trebnitz (i. E.)

Jugend für Europa (Hrsg.) (2016): Handbuch „Mehr Europa“ in Partizipationsprojekten. Europäische Impulse für die jugendbezogene Partizipationskultur in Deutschland. Bonn: Jugend für Europa

Kortendiek, Philipp / van Treek, Till (2015): Die Eurokrise unterrichten. Was lernen SchülerInnen in Deutschland und Frankreich über die Eurokrise? Cives-Praxistest #4. Frankfurt am Main: Cives

Matzdorf, Jana (2016): Aufwachsen in der Grenzregion: Transnationale Lebenswelten in der Wahrnehmung von Kindern. In: Busch, Matthias/Lis, Tomasz / Teichmüller, Nikolaus (Hrsg.): Transnationale Bildungslandschaften in europäischen Grenzregionen. Trebnitz: Schloß Trebnitz (i. E.)

Schönwald, Antje (2012): Identitäten und Stereotype in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen. Das Beispiel der Großregion. Wiesbaden: Springer VS

Tippelt, Rudolf / Reupold, Andrea / Strobel, Claudia / Kuwan, Helmut (Hrsg.) (2009): Lernende Regionen – Netzwerke gestalten. Teilergebnisse zur Evaluation des Programms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“. Bielefeld: Bertelsmann

Wisser, Ulrike (2016): Entwicklung europäischer Lebensräume und die Beteiligung junger Menschen. In: Jugend für Europa (Hrsg.): Handbuch „Mehr Europa“ in Partizipationsprojekten. Europäische Impulse für die jugendbezogene Partizipationskultur in Deutschland. Bonn: Jugend für Europa, S. 24

A Brazilian's perspective on Europe

Europe for me, its meaning and importance, has nothing to do with the Enlightenment. The long 19th century, to use Eric Hobsbawm's expression, began with the fall of the Bastille, yes, but ended with colonialism at its zenith. So lights, yes, but not if you were African or Asian. No. Europe takes on meaning and importance in my eyes, in the eyes of a Brazilian, of a Latin American, when it begins to integrate and, as a result, act as a counter-weight to the United States. The European brand of capitalism, generally speaking [as time goes by, this "generally" has to be more and more highlighted, as names like Marine Le Pen, Viktor Orbán, Norbert Hofer et al. become more familiar – but that is another story], is less nasty than the American. So if Europe lives up to the ideal of being

a tolerant family of nations that cherishes democracy and peace [this reminds me of Joschka Fischer and Dominique de Villepin at the UN Security Council], that is generous, and that bands together to contain the US's excesses, it has a future of relevance. If it descends into pettiness, everyone stands to lose; Europe itself, mainly.

About the author



Leandro Moura, 45, is a historian and translator, residing in São Paulo since 1994.

leandromoura@hotmail.com

Ausgewählte Literatur zum Thema „(Miss)Verständnis Europa“

Ausgewählt und zusammengestellt von der **Bibliothek des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung/Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen**

Abbas, Nabila / Förster, Annette / Richter, Emanuel (Hrsg.) (2015): Supranationalität und Demokratie. Die Europäische Union in Zeiten der Krise. Wiesbaden: Springer VS

STICHWORTE: Europäische Union; Supranationalität; Staat, Souveränität, Nation

Aschauer, Wolfgang / Donat, Elisabeth / Hofmann, Julia (Hrsg.) (2016): Solidaritätsbrüche in Europa. Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde. Wiesbaden: Springer VS

STICHWORTE: Europäische Union; Krise; Mitgliedsstaaten; Solidarität

Balibar, Étienne (2016): Europa: Krise und Ende? Münster: Westfälisches Dampfboot

STICHWORTE: Europäische Union; Wirtschaftskrise; Politische Krise; Politische Philosophie

Brömmel, Winfried / König, Helmut / Sicking, Manfred (Hrsg.) (2015): Europa, wie weiter? Perspektiven eines Projekts in der Krise. Bielefeld: Transcript

STICHWORTE: Europäische Integration; Wirtschaftskrise; Wirtschaftspolitik

Carmele, Gordon (2015): Politische Bildung im internationalen Vergleich. Wie bereiten Staaten ihre Bürger auf die Demokratie vor? Ein politikwissenschaftlich-politikdidaktischer Vergleich der Länder Deutschland, Frankreich, Spanien und Argentinien. Münster: LIT Verlag

STICHWORTE: Politische Bildung; Demokratie; Bildungssystem; Internationaler Vergleich

Diendorfer, Gertraud / Hladschik, Patricia / Lechner-Amante, Alexandra (Hrsg.) (2015): Bildungsfragen: Europa und ökonomisches Lernen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

STICHWORTE: Europa; Demokratische Erziehung; Politische Bildung; Ökonomische Bildung; Migration; Integration

Goll, Thomas / Oberle, Monika / Rappenglück, Stefan (Hrsg.) (2016): Herausforderung Migration. Perspektiven der politischen Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

STICHWORTE: Migration; Migrationspolitik; Bevölkerungsentwicklung; Politische Bildung; Kultur; Vielfalt; Demokratie; Jugendlicher; Muslim

Keating, Avril (2014): Education for citizenship in Europe: European policies, national adaptations and young people's attitudes. Houndmills et al.: Palgrave Macmillan

STICHWORTE: Governing Education Policy in Europe; Theorising and Measuring Citizenship at Multiple Levels; The European Dimension to National Curricula; Schools, Socialisation and European Citizenship

Ohana, Yael / Otten, Hendrik (Eds.) (2012): Where do you stand? Intercultural learning and political education in contemporary Europe. Wiesbaden: Springer VS

STICHWORTE: Europa; Internationale Jugendarbeit; Politische Bildung; Interkulturelle Erziehung

Pelinka, Anton (Hrsg.) (2016): Europa – Hoffnung und Feindbild. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

STICHWORTE: Europäische Union; Finanzkrise; Feindbild; Identität; Flüchtling; Krise; Menschenrecht; Vorurteil; Forschung

Rohloff, Alfred (2015): Europa in der Krise – Symptome eines Wertewandels. Oberhausen: Athena

STICHWORTE: Europäische Union; Politik; Wertewandel

Widmaier, Benedikt / Nonnenmacher, Frank (Hrsg.) (2011): Active citizenship education. Internationale Anstöße für die politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

STICHWORTE: Europäische Union; Mitgliedsstaaten; Politische Bildung; Lebenslanges Lernen; Zivilgesellschaft; Internationaler Vergleich; Außerschulische Jugendbildung

Zulehner, Paul M. (2016): Entängstigt euch! Die Flüchtlinge und das christliche Abendland. Ostfildern: Patmos

STICHWORTE: Europa; Flüchtlinge; Gesellschaft; Angst; Bewältigung; Solidarität; Soziales Engagement; Christentum

Wohin steuert Ungarn?

Nationalismus und Rechtspopulismus im EU-Mitgliedsstaat Ungarn

Rechtspopulistische Parteien sind in ganz Europa auf dem Vormarsch. Vor allem in Polen und Ungarn sind Rechtspopulismus und nationaler Rechtskonservatismus kaum mehr zu unterscheiden. In Ungarn ist in den letzten sechs Jahren ein Regime entstanden, das von der neuen polnischen Regierung bereits zum Modell für das eigene Land angesehen wird. von Gerhard Seewann

Mit der in der ungarischen Parlamentswahl von 2010 erlangenen Zweidrittel-Mehrheit hat FIDESZ (Ungarischer Bürgerbund) die Möglichkeit erhalten, die liberale Demokratie zu demontieren, die Gewaltenteilung und damit den Rechtsstaat aufzuheben und alle politischen Entscheidungen in einer Hand zu zentralisieren. Das zog die Beseitigung der wichtigsten Autonomieräume und der damit verbundenen Selbstverwaltungsorgane auf lokaler (Kommunen), regionaler (Komitate) und Landesebene nach sich. Nicht nur die Rechte des Verfassungsgerichts sondern auch des Parlaments wurden erheblich eingeschränkt. Dem Verfassungsgericht wurde die Kompetenz entzogen, über Konflikte betreffend Finanz- und Budgetangelegenheiten zu entscheiden. Das Parlament kann von sich aus keinen Staatshaushalt beschließen ohne Vorentscheidung eines von *Viktor Orbán* eingerichteten und personell besetzten Haushaltsrates, der keinerlei Kontrolle unterliegt. Dass die Volksvertretung den Haushalt nicht alleine verabschieden kann, stellt den parlamentarischen Charakter des gesamten Systems in Frage, denn der Parlamentarismus ist aus der Budgethoheit der Volksvertretung entstanden.

Das Ergebnis ist eine Autokratie, in der die Führungsfigur, *Viktor Orbán*, eine beinahe unumschränkte Macht ausübt,

die er auch für die Gleichschaltung der Print- und Massenmedien und der kulturellen Institutionen nutzt. Alle Medien werden einer im Juli 2010 eingerichteten Nationalen Medien- und Telekommunikationsbehörde unterstellt, die auch die „inhaltliche Ausgewogenheit“ jeglicher Berichterstattung zu kontrollieren hat. Das erklärte Ziel der Medienpolitik ist es, die öffentliche Meinung im Sinne der Regierungspolitik zu formen und jegliche kritische Bestandsaufnahme zurückzudrängen oder gar zu unterbinden.

Hand in Hand mit solchen grundlegenden Veränderungen geht ein Elitenwechsel einher. Nicht nur Führungspositionen, sondern auch untergeordnete Positionen im Staatsapparat, im Justizwesen, in den Massenmedien, in gesellschaftlichen Organisationen, selbst in der Wirtschaft werden mit Anhängern der Partei besetzt, die nicht nur Parteitreu sondern eine ganz an die Person *Orbán* gebundene Loyalität aufweisen müssen. Auf Sachkenntnis basierende Eigenständigkeit und entsprechendes Urteilsvermögen kommt es nicht mehr an, Kompetenz zählt nicht mehr, sondern Linientreue und Ergebenheit ist angesagt.

Gesetze mit rückwirkender Geltung sorgen dafür, überkommene Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft aufzubrechen und der neuen Ordnung zu unterwerfen, so →

z. B. rückwirkend geltende Besteuerung, Rückgängigmachung von Verrentungen, Rückführung von Rentnern ins Arbeitsleben und dadurch faktisch in die Arbeitslosigkeit. Dazu gehört auch die Enteignung des Vermögens der vom Staat aufgelösten privaten Rentenversicherung, mit deren Geld die Budgetjahre 2010/11 mitfinanziert wurden. Kündigungen im öffentlichen Dienst können ohne Angaben von Gründen und Rechtsschutz vorgenommen werden. Gemeinnützige Stiftungen der Zivilgesellschaft wurden mit Dekret vom 27. Dezember 2010 aufgelöst und durch staatliche ersetzt.

Wie an solchen Beispielen deutlich wird: die Grundlagen des Rechtsstaates, bürgerliche Freiheitsrechte und schließlich auch die Meinungsfreiheit werden fortgesetzt verletzt und in Frage gestellt. Pressefreiheit und Informantenschutz gilt nicht mehr. Ein von *Viktor Orbán* eingesetztes Gremium verteilt die Werbeaufträge an Print- und Massenmedien, die auf diese Weise wirtschaftlich abhängig gemacht werden. Säuberungswellen sind auch im Justizwesen und Kulturbereich zu beobachten. Ein erklärter Antisemit wurde beispielsweise in Budapest zum Theaterintendanten ernannt. Berühmte Dirigenten ziehen es vor, ins Ausland abzuwandern, wie auch zigtausende, gut gebildete jüngere Leute, die für sich keine Zukunft im eigenen Land mehr sehen.

Von großem Interesse sind insbesondere die Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft und die Bestrebungen, eine Eigentumsverteilung durchzusetzen. Dazu gehört die Vergabe von großen Staatsaufträgen an Wirtschaftsunternehmen, die im Besitz von FIDESZ-Mitgliedern sind – ohne öffentliche Ausschreibung und Kontrolle der verwendeten Finanzmittel. Ferner die Technik der „freundlichen Übernahme“ von Wirtschaftsunternehmen, die man weder politisch noch rechtlich ablehnen kann, weil Polizei und Steuerbehörden wie Staatsanwaltschaft und Richter der Regierung treu ergeben sind. Es entsteht eine der Staatsparteihörige Wirtschaftsmafia. Wer nicht zu solchen Formen der „nationalen Zusammenarbeit“ bereit ist, läuft Gefahr, wegen Steuerhinterziehung, Korruption oder sonstiger Gesetzesverletzung verfolgt zu werden.

Autokraten akzeptieren nicht, dass die Wirtschaft eigenen Gesetzen folgt, die nicht der Logik ihres politischen Diktats entsprechen. Autokraten wollen deshalb wirtschaftlich autark sein, das heißt vom Ausland unabhängig handeln können. Die Verstaatlichung der ungarischen Energiebetriebe ist ein Beispiel dafür. Geleitet von der Maxime, eine neue „nationale“ Eigentümer- und Mittelschicht zu schaffen, werden Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslen-

kung der Politik der Machtkonzentration untergeordnet. Ausländischen Wirtschaftsunternehmen und Banken werden Sondersteuern auferlegt, Gewinntransfer ins Ausland erschwert. Doch diese Politik hat auch ihre Kehrseite: Wem nichts weggenommen werden kann, dem gibt der FIDESZ auch weniger. „Oben“ sollen „volksfremde Kreise“ verdrängt, „unten“ die nicht „nationsbildenden“ Armen schikaniert und gegängelt werden. Arbeitslosengeld wird daher nicht mehr wie bisher ein knappes Jahr gezahlt, sondern nur noch 90 Tage. Auch beträgt es nur noch die Hälfte



Ungarische Winterlandschaft Foto: Engelbrecht Boese

des Minimallohnes. Nach einem 2011/12 verabschiedeten Arbeitsdienst-Gesetz sind alle Arbeitslosen zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet, die vor allem von den Kommunen zu organisieren ist. Solche Arbeit wird symbolisch mit einem Forint pro Stunde sowie monatlich mit einem Betrag entlohnt, der gleichfalls ungefähr die Hälfte des Minimallohnes beträgt (mit ca. 40.000 Forint, das sind ungefähr 130 Euro). Natürlich fallen diese gemeinnützig tätigen Arbeitsdienstler aus der Arbeitslosenstatistik heraus, die deshalb erstaunlich niedrige Kennziffern ausweisen kann und somit die Regierungspropaganda einer florierenden Wirtschaft unterstützt. Es geht hier schätzungsweise um eine halbe Million Menschen.

Nicht das Gemeinwohl der Bürger/-innen, sondern die Machtkonzentration und die Machtsicherung auf Dauer sind die wichtigsten Ziele der ungarischen Regierungspolitik. Diese selbst legitimiert sich durch eine neue Verfassung, deren Verabschiedung 2011 binnen vier Wochen durch das Parlament gepeitscht wurde. Der oberste Wert dieser Verfassung ist die Nation, deren Einheit zu bewahren ist und deren Angehörige zu schützen sind. Der Staat hat der Nation und nicht dem Volk, d. h. seinen Bürgern zu dienen, die wiederum der Nation verpflichtet sind. Aus der Zusammen-

schau der nationenbezogenen Aussagen wird klar, dass damit die ethnische Nation gemeint ist. Aus der symbolisch wichtigen Nation sind alle in Ungarn lebenden ethnischen und nichtchristlichen Minderheiten ausgeschlossen. In der Präambel, die mit den Worten beginnt „Gott segne die Ungarn!“ heißt es u. a.: „Wir bekennen uns dazu, dass der wichtigste Rahmen unseres Zusammenlebens Familie und Nation, die grundlegenden Werte unserer Zusammengehörigkeit Treue, Glaube und Liebe sind.“ In dieser stark ideologisierten, kollektiv zentrierten Verfassung ist zunächst nicht von staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten die Rede, wie in einer Verfassung üblich, sondern viel von Nation und Geschichte, von historisierenden Bezügen, wie der Verteidigung des Abendlandes durch Ungarn im Verlauf einer tausendjährigen Geschichte und im Rahmen einer „tausendjährigen Verfassung“. Ein viel beachtetes Betätigungsfeld des *Orbán-Regimes* ist deshalb auch die Geschichtspolitik. Der Historiker *Rudolf Ungváry* weist darauf hin, dass die Wurzeln der aktuellen Politik im Ungarn der Vergangenheit zu suchen sind. Vorbild für *Orbán* ist das *Horthy-Regime* von 1920 bis 1944. In Anknüpfung an dieses erfährt das nationalistische und klerikale Denken der damaligen Elite eine Wiedergeburt, aber auch das Freund-Feind-Schema, der Antiliberalismus, Antimodernismus und Antisemitismus und schließlich die kategorische Ablehnung des Westens und seiner Werte, denen als höhere Werte die ungarischen gegenübergestellt werden. In seinen zahlreichen Reden betont *Viktor Orbán* immer wieder, Ungarn ist in Politik und Wirtschaft im Inneren und von außen bedroht. Sein Weltbild enthält viele Elemente des romantischen Nationalismus und des Kulturpessimismus vom Ende des 19. Jahrhunderts. Seine Sprache ist die des Krieges und der Konfrontation, seine Rhetorik kennt keinen Kompromiss. Ziel ist, die inneren und äußeren Feinde zu vernichten. Die inneren Feinde sind übrigens alle diejenigen, die *FIDESZ* und seine Politik ablehnen. Derlei Zielsetzungen sind untrennbar mit der Geschichtsinterpretation verbunden, dass das ungarische Volk stets das Opfer äußerer Feinde ist und war, die als Osmanisches Reich ihren Sitz in Istanbul, als Habsburger in Wien, als Kommunisten in Moskau und als EU-Bürokraten in Brüssel hatten und haben. Alle Übel und Heimsuchungen kommen in diesem Geschichtsbild von außen, das Land blieb Jahrhunderte lang eine ausgebeutete Kolonie fremder Mächte. Die Ungarn selbst waren niemals Täter, sondern nur unschuldige Opfer: Der Holocaust war ausschließlich ein deutsches Verbrechen, der Kommunismus ein sowjetisches und die Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg ein Verbrechen der westlichen Siegermächte. Diese neu-

en Grenzen zerstörten die Einheit der ungarischen Nation, die unter allen Umständen wieder hergestellt werden muss. Jene Siegermächte schufen ein „unnatürliches Staatsgebilde“ und „wir Ungarn kämpfen bis heute darum, dieses unnatürliche Staatsgebilde wieder lebensfähig zu machen“ (so *Orbán* in seiner Rede im rumänischen Tusnádfüredő, 23. Juli 2011). Da nach *Orbán*s Überzeugung die westliche Welt, die Konsum- und Wohlfahrtsgesellschaft im Zusammenbruch begriffen ist, geht es nicht nur darum, das Land vor dieser zu schützen, sondern eine Pionierrolle zu übernehmen, die darin besteht, die Interessen der Nation mit allen Mitteln und Opfern gegenüber einer feindlichen Außenwelt durchzusetzen.

2015 bezeichnet *Orbán* *Wladimir Putin* und *Recep Tayyip Erdoğan* als seine politischen Vorbilder und äußert seinen Willen, Ungarn auch noch die nächsten 30 Jahre zu regieren. Ein für 2016 vorbereitetes Notstandsgesetz soll die Regierungstätigkeit unter Ausschaltung des Parlaments ermöglichen, wodurch ihm der Weg zur Diktatur endgültig freigemacht wird.

Zu seinem Vorteil kann *Orbán* seine Herrschaft auf einer politischen Trümmerlandschaft aufbauen: Einige der Parteien, die das Land seit 1990 mitregierten, sind verschwunden, so die Partei des ersten Ministerpräsidenten *József Antall*, die *Ungarische Demokratische Partei* (MDF), auch die mit ihm eine Koalition eingegangene *Kleinlandwirtepartei* und schließlich die *Liberale Partei* (SZDSZ), die drei Wahlperioden mit der Sozialistischen Partei regierte. Die Sozialisten selbst gibt es zwar noch, aber sie führen mehr oder weniger ein Schattendasein. In vielen Wahlkreisen wurde sie zuletzt von der Partei *Jobbik* überholt, die in der Parlamentswahl von 2014 in beinahe der Hälfte aller Wahlkreise den zweiten Platz vor den Sozialisten gewann, wobei die Sozialisten ein Wahlbündnis mit mehreren oppositionellen Splitterparteien eingegangen war. So gut wie keine Partei verfügt in Ungarn über eine ausreichende gesellschaftliche Basis.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2016

Zum Autor



Professor Dr. Gerhard Seewann, 2007–2014 Inhaber der Stiftungsprofessur der Bundesrepublik Deutschland an der Universität Pécs für deutsche Geschichte und Kultur im südöstlichen Mitteleuropa. Er veröffentlichte 2012 das zweibändige Werk „Geschichte der Deutschen in Ungarn“ (vom Frühmittelalter bis 2006), veröffentlicht vom Herder-Institut in Marburg.

seewann.gerhard@pte.hu

Europa und die EU im Jahr 2030

Die Arbeit mit Zukunftsszenarien in der politischen Bildung

Fast 60 Jahre nach den Römischen Verträgen steckt die Europäische Union in ihrer tiefsten Krise und die Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert. Was wird aus dem europäischen Projekt? Wie sieht die EU im Jahr 2030 aus? Und wie werden wir in Zukunft leben und arbeiten? – Dies sind Leitfragen für die Entwicklung möglicher Zukunftsszenarien. Entlang der „Achse Vertiefung der politischen Zusammenarbeit“ versus „Renationalisierung“ werden verschiedene mögliche Entwicklungsrichtungen durchgespielt. von Magdalena Neurauter

Wozu ein Szenario entwickeln?

Kurzcharakterisierung der Methode¹

Die Szenario-Methode ist besonders hilfreich, wenn es darum geht, sich mit politischen Alternativen auseinanderzusetzen. Szenarien sind letztlich nichts anderes als die gedankliche Entwicklung möglicher zukünftiger Wirklichkeiten. Es geht darum, die gegenwärtigen Rahmenbedingungen gedanklich in die Zukunft weiterzuentwickeln und auf diese Weise das Nachdenken darüber anzuregen, welche mehr oder weniger realistischen Optionen möglich wären. Da es nicht jedem gegeben ist, große, visionäre Zukunftsentwürfe zu entwickeln, soll dafür ein Modell vorgegeben werden, indem mehrere vereinfachte Optionen zur Auswahl stehen.

Die Szenario-Methode bietet sich vor allem an, um zentrale Zukunftsfragen zu diskutieren – beispielsweise wenn junge Menschen sich heute fragen: Wie werden wir in Zukunft leben? Welche Akteure spielen eine Rolle und welche Politikbereiche sind relevant für die zukünftige

Entwicklung eines Europas der Bürgerinnen und Bürger? Darüber hinaus bietet sich die Methode am Ende eines Europaseminars zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten an, um mögliche Zukunftsentwicklungen der EU zu konstruieren und die Fragen zu stellen: Ist das eine wünschenswerte Entwicklung? Welche politischen Alternativen gilt es zu denken und zu verfolgen, um mögliche *worst case*-Szenarien zu vermeiden? Die Szenario-Methode verdeutlicht zudem, dass Politik gestaltbar ist und konkrete Akteurinnen und Akteure und politisch-wirtschaftliche Denkschulen Einfluss auf politisch-gesellschaftliche Entwicklungen nehmen.

Als Rahmen für die Entwicklung eines Zukunftsszenarios sollten eine bestimmte Zeitspanne – beispielsweise das Jahr 2030 – sowie die Politikfelder geklärt sein. Interessiert man sich für die Veränderungen in ausgewählten Politikfeldern oder allgemeiner in gesellschaftlicher, städtebaulicher, wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer oder ökologischer Hinsicht?

Szenarien für die EU 2030 – praktisches Vorgehen

„Wir befinden uns im Jahr 2030. Die EU hat 28 (oder 26? oder 30?) Mitglieder ...“. So könnte die Beschreibung

¹ Der Artikel basiert auf der von Gertrud Gandenberger, Studienleiterin im Internationalen Forum Burg Liebenzell, entwickelten Szenario-Methode, die bisher unveröffentlicht ist.

eines Zukunftsszenarios beginnen. Einen Blick in die europäische Zukunft zu werfen, ist kein einfaches Vorhaben. Das komplexe System der Zuständigkeiten auf europäischer oder nationaler Ebene ist historisch gewachsen und befindet sich in einem ständigen Veränderungs- und Anpassungsprozess. So hat beispielsweise das Europäische Parlament nach und nach mehr Mitspracherechte erhalten, wenn auch nicht für alle Politikfelder in gleicher Weise. Nach wie vor gibt es Bereiche, die in der alleinigen Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten liegen (z. B. Innenpolitik, Steuerpolitik). Daneben bestehen in zahlreichen Bereichen gemischte Zuständigkeiten wie beispielsweise in der Sozialpolitik, im Umwelt- und Verbraucherschutz. Besonders weit fortgeschritten ist die Integration in den Bereichen, in denen die alleinige Zuständigkeit bei der EU liegt – was unter anderem den gemeinsamen Binnenmarkt oder den Außenhandel betrifft.

Aktuell erlebt die EU eine historische Zäsur. Nach dem *Brexit*-Referendum geht es zum ersten Mal darum, dass ein Land die Gemeinschaft verlassen will. Kommt nun eine Austrittswelle? Werden wir auch noch den *Nexit* oder den *Frexit* erleben? Welche Auswirkungen hat dies auf die Beitrittskandidaten auf dem Balkan? Bleibt die Türkei bei ihrem Vorhaben, den EU-Beitritt bis 2027 zu vollziehen? Oder rückt sie davon ab? Und wie viel gemeinsame Politik gelingt den EU-Staaten, falls die aktuelle Tendenz zur Renationalisierung und zum populistischen Politikstil weiter anhält?

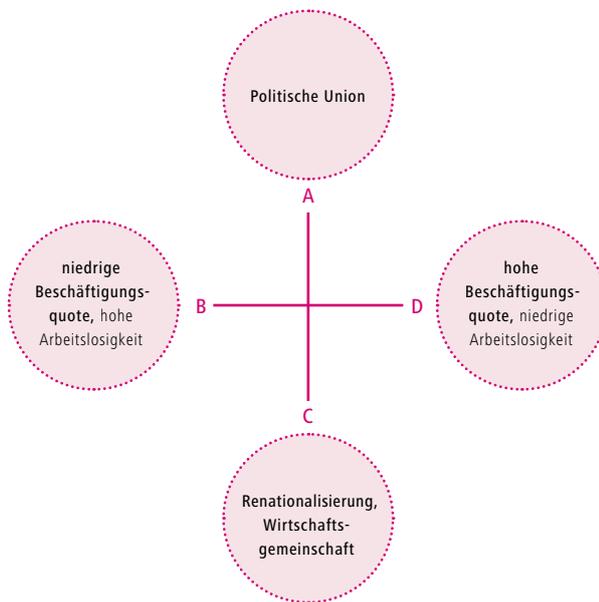
Für unsere gemeinsame europäische Zukunft ist es eine zentrale Frage, ob es der EU gelingt, insbesondere jungen Menschen eine positive Perspektive anzubieten. So ist es für die Akzeptanz der EU verheerend, wenn es nicht gelingt, die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Staaten zu überwinden. Zudem sind Arbeitslosigkeit und berufliche Sicherheit Themen, die uns alle betreffen und die zugleich alle Bürger/-innen existenziell verunsichern können. Zur Veranschaulichung der Szenario-Methode wurde deshalb für diesen Beitrag das Beispiel der Beschäftigungspolitik der EU ausgewählt.

Die Beschäftigungspolitik ist seit fast 20 Jahren, nämlich seit dem Amsterdamer Vertrag, eine gemeinschaftliche Angelegenheit. Es ist klar, dass die EU ebenso wenig wie einzelne Staaten oder Regierungen einfach Arbeitsplätze schaffen kann. Doch sollen gemeinsame Anstrengungen und Reformen für günstige Rahmenbedingungen sorgen. Wie sieht nun diese Entwicklung mit Blick auf die Beschäftigungsquote aus? Nach einem stetigen Anstieg erreichte die Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen in der EU

im Jahr 2008 einen Höchstwert von 70,3 %. In den Folgejahren kehrte sich dieser Trend aufgrund der negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den europäischen Arbeitsmarkt um. Im Jahr 2009 sank die Beschäftigungsquote auf 69 % und verharrt seit 2010 auf einem konstant niedrigen Niveau. In 2014 hat sich die Quote leicht erhöht auf 69,2 %. Damit lag sie 5,8 Prozentpunkte unter dem Europa 2020-Ziel, die Erwerbsquote der Bevölkerungsgruppe im Alter von 20 bis 64 Jahren auf mindestens 75 % zu erhöhen.

Für die Entwicklung verschiedener Szenarien werden zwei entgegengesetzte Entwicklungslinien vorgegeben (siehe Abbildung), die Einfluss auf eine konzertierte Beschäftigungspolitik auf EU-Ebene haben. Die vertikale Linie steht für die Integrationsstufe der EU (Vertiefung versus Renationalisierung), die horizontale Linie für die Relevanz eines bestimmten Politikfelds. Die Endpunkte der Achsen stehen jeweils für die extremen Ausprägungen.

Anhand dieser Grundstruktur werden vier Gruppen gebildet, die natürlich auch doppelt besetzt werden können.



Hier eine kurze Erläuterung der vier angenommenen Entwicklungen A bis D, welche den unterschiedlichen Szenarien zugrunde liegen:

Situation A – Politische Union

Aus der ehemaligen wirtschaftlichen europäischen Gemeinschaft ist ein Bundesstaat geworden, der nicht nur ökonomisch, sondern auch außen- und innenpolitisch eine Einheit geworden ist. Die einzelnen Nationen existieren →



Teilnehmende einer internationalen Jugendbegegnung fertigen eine Collage für ein Europa ohne Grenzen und Diskriminierung Foto: Internationales Forum Burg Liebenzell e. V.

nach wie vor, aber die großen politischen Entscheidungen in der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik werden gemeinsam getroffen. Die Nationalparlamente regeln die regionale und lokale Politik, ganz im Sinne des heutigen Subsidiaritätsprinzips. In der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik spricht die EU mit einer Stimme. Die demokratische Beteiligung der EU-Bürger/-innen ist optimal verwirklicht. Solidarität unter und Mobilität innerhalb der Regionen sind selbstverständlich für die Bürger/-innen.

Situation B – geringe Erfolge in der Beschäftigungspolitik

Die EU befindet sich wirtschaftlich in einer schwierigen Phase. Das Wachstum innerhalb der EU-Staaten ist deutlich gesunken und in zahlreichen von der Finanzkrise besonders betroffenen Staaten ist in den letzten Jahren zu wenig in die Infrastruktur und die Entwicklung neuer Produktionsfelder investiert worden. In vielen EU-Staaten ist es nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren. Eines der Kernziele der EU war es, die Beschäftigungsquote auf 75 % anzuheben. Dies ist nicht gelungen. Armut und Abhängigkeit von sozialen Leistungen oder familiärer Unterstützung von jungen Erwachsenen sorgt für soziale Spannungen und Unzufriedenheit in den betroffenen Gesellschaftsschichten.

Situation C – EU als reine Wirtschaftsgemeinschaft

Die Europäische Union mit XX Mitgliedstaaten ist eine reine Wirtschaftsgemeinschaft. Durch den Austritt Großbritanniens und die entsprechenden Verträge ist die Idee der Politischen Union verwässert worden und nationale Interessen sind in allen anderen Politikfeldern wieder ausschlaggebend. Einzig der gemeinsame Markt und der Euro verbinden die Mitgliedstaaten. Ein neuer Vertrag hat das Einstimmigkeitsprinzip wieder eingeführt. Die Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik wurden vollständig in die Entscheidungsgewalt der einzelnen Mitgliedstaaten verlagert. In einzelnen Punkten gelangen einzelne Staaten noch zu Übereinstimmungen, doch im Allgemeinen handelt und agiert jeder Staat für sich alleine. Das mögliche Wirtschafts- und Sozialgefälle zwischen und innerhalb der EU-Staaten ist kein Thema mehr für gemeinsame Politikentscheidungen oder Strategien.

Situation D – erfolgreiche Beschäftigungspolitik

Die EU-Staaten sind im weltweiten Vergleich wirtschaftlich gut aufgestellt. In den letzten Jahren gibt es stabile Wachstumsraten und neue Produktions- und Dienstleistungszentren konnten in der EU aufgebaut werden. Zudem wurde in die Infrastruktur sowie in die Entwicklung nachhaltiger Technologien investiert. Eines der Kernziele der EU war es, die Beschäftigungsquote auf 75 % anzuheben. Dies ist gelungen. Durch gezielte Maßnahmen ist es außerdem gelungen, die schulische und berufliche

Ausbildung zu verbessern, sodass es weniger junge Menschen gibt, die ohne schulische oder berufliche Ausbildung dastehen.

Aufgabenstellung für die Gruppenarbeit:

Auf der Grundlage einer Kombination jeweils zweier Situationsmerkmale soll von jeder Gruppe ein Szenario für die EU der Zukunft entworfen werden. Diese können auch weitere umwelt-, gesellschafts-, wirtschafts-, innen- und auch außenpolitische Komponenten enthalten. Aufgabe ist es, in kleinen Gruppen aus der Kombination von jeweils zwei konkret beschriebenen Situationen ein Zukunftsszenario zu entwickeln: 1. Gruppe AB; 2. Gruppe AD; 3. Gruppe BC; 4. Gruppe CD

Folgende Leitfragen sollen dabei beantwortet werden:

- Wie steht es um die EU?
- Welche Staaten gehören zur EU?
- Wie sehen die Chancen der Gruppenmitglieder für eine sichere berufliche Perspektive aus?
- Wie steht es um die Freizügigkeit für die Gruppenmitglieder als Arbeitnehmer/-in in der EU?
- Wie sieht die Zusammenarbeit in der EU für die Erreichung einer hohen Beschäftigungsquote und für eine Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit aus?
- Wer (Politik, Gesellschaft, Wirtschaft) profitiert in dem Szenario von der möglichen Entwicklung?
- Was bedeutet das Szenario für die demokratische und gesellschaftliche Entwicklung?
- Was hat sich im Vergleich zu heute verändert? Was hat sich für die Gruppenmitglieder positiv und was negativ entwickelt?

Die Gruppen fassen ihre Ideen zu einem „Bild“ zusammen. Sie können dazu beispielsweise ihre Ergebnisse in Form von Zeitungs- oder Fernsehnachrichten, als kleine Theateraufführung oder Diskussionsrunde etc. darstellen. Das, was sie erarbeitet haben, soll möglichst anschaulich vermittelt werden.

Am Ende präsentieren alle Gruppen ihre „Zukunftsperspektive“ im Plenum und setzen sich mit den Auswertungsfragen auseinander:

- Sind diese Szenarien wünschenswert?
- Wer könnte was tun, um das Szenario zu verwirklichen oder zu verhindern?
- Was kann jede/jeder selbst beitragen?

Anwendungsmöglichkeiten

Die Szenario-Methode eignet sich als Abschlusseinheit für ein Seminar z. B. zu den Themenfeldern Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in der EU. Generell sollten möglichst konkrete Aspekte bzw. Politikfelder ausgewählt werden, die für die möglichen Teilnehmenden besonders relevant sind. Nachdem das Thema ausführlich im Seminar aus verschiedenen Perspektiven und differenziert bearbeitet wurde, können die Teilnehmenden ihr erworbenes Wissen in die Szenarien einfließen lassen und dabei das Thema auf eine kreative Weise reflektieren. Grundsätzlich ist die Szenario-Methode auf fast alle politischen Themenfelder anwendbar. Es können Entwicklungen auf regionaler, nationaler, europaweiter oder globaler Ebene in den Blick genommen werden. Interessant wird es jedoch erst mit längerfristigen Entwicklungen und tiefer greifenden politischen Entscheidungen. Da europapolitische Fragen meist sehr komplex sind, werden sie für die Szenarien zugespitzt und abstrahiert. Zentral ist aber, dass die Teilnehmenden Freude an der kreativen Gestaltung von Zukunftsideen haben und ausreichend Wissen über die behandelten Themen vermittelt worden ist, um ein differenziertes Szenario zu entwickeln. Ob eine Gruppe für die Szenario-Methode offen ist, sollte eine erfahrene Seminarleitung selbst einschätzen. Die Frage, wie es mit der EU der 28 bzw. 27 weitergehen wird, ist für die Teilnehmenden aber meist von besonderem Interesse, geht es hier doch um ihre eigene wirtschaftliche, soziale und politische Zukunft.

Variation:

Stehen sich auf der vertikalen Achse die Pole demokratisches Europa versus kein demokratisches Europa gegenüber, bieten sich für die Entwicklung eines Zukunftsszenarios auf der horizontalen jeweils gegensätzliche Positionen zu den folgenden Themen an:

- *Umweltpolitik und globaler Klimawandel:* Gelingt es der EU eine nachhaltige Wirtschaft- und Umweltpolitik zu entwickeln? Fragen der Energieversorgung werden mit dem Ende der fossilen Energiequellen drängender; Begrenzung des CO₂-Ausstoßes
- *Demographischer Wandel:* Was wird mit der immer älter werdenden EU-Bevölkerung? Kann dies mithilfe einer intelligenten Zuwanderungspolitik gesteuert werden?
- *Außen- und Sicherheitspolitik:* Herausforderungen durch internationale Konflikte (Sicherheitspolitik und Terrorismusbekämpfung) etc. Die Frage, welche Rolle die EU →

innerhalb der Weltpolitik spielen kann, ist auch von zahlreichen Faktoren abhängig, auf die die EU selbst wenig Einfluss nehmen kann. So ist auch die EU gezwungen sich an Herausforderungen wie den Klimawandel, globalisierten Wettbewerb und zunehmende Migrationsbewegungen anzupassen.

- *Flüchtlingspolitik*: Entwicklung von „Migrationspartnerschaften“, Sicherung der Außengrenzen und Aufbau eines europäischen Grenzschutzes.

Stärken und Grenzen der Methode

Der besondere Charme der Szenario-Methode besteht gerade darin, dass nicht die „Bewahrung eines fragiler werdenden Status quo“ (Loske 2015, S. 12) im Fokus steht. Vielmehr ist eine zentrale Grundidee hinter dieser Methode, geschichtliche Prozesse nicht als „alternativlos“ zu verstehen. Hinter dem europäischen Projekt steht von Beginn an die visionäre Idee der Überwindung der Nationalstaaten. Was wird daraus in zwanzig oder dreißig Jahren geworden sein? Der bisherige Prozess der Vertiefung und Erweiterung der EU ist nach wie vor ergebnisoffen. Und wie das *Brexit*-Referendum gezeigt hat, muss dieser Prozess nicht zwangsläufig nur in eine Richtung verlaufen.

Die Beschäftigung mit politischen Alternativen setzt ein solides Grundwissen voraus. Bei der Szenario-Methode geht es in erster Linie um die Abwägung realistischer politischer Optionen und deren Folgen. Die Zukunft ist für alle offen und welche Faktoren sie beeinflussen werden, ist nicht wirklich vorhersehbar. Daher ist es auch wichtig, die normative Kraft des Faktischen nicht zu überschätzen und eine gewisse Offenheit gegenüber Zielvorstellungen zu bewahren, die aktuell unrealistisch erscheinen.

Der besondere Charme der Szenario-Methode besteht gerade darin, dass nicht die „Bewahrung eines fragiler werdenden Status quo“ im Fokus steht.

Eine Grundschwierigkeit dieser Methode besteht darin, dass die einzelnen Politikfelder nicht eindeutig voneinander zu trennen sind. Entscheidungen oder Maßnahmen in einem Bereich können erhebliche Auswirkungen auf andere Bereiche haben.

Die Erfahrungen der letzten Einsätze dieser Methode zeigen, dass die *worst case*-Szenarien, wie die Auflösung der EU als Solidargemeinschaft, die Verwüstung der Welt durch Raubbau der Natur und die Beherrschung der Welt durch Warlord-Systeme oder Despoten-Regime ebenso drastisch dargestellt werden, wie die *best case*-Situations für Mensch und Umwelt, die in einer harmonisch-solidarischen EU-Gemeinschaft leben, alle Teilzeit arbeiten können und die Teil einer großen befriedeten Welt ist, mit einer Weltregierung der UNO, die eine radikale Energiewende mit extraterritorialen Ressourcenlager auf dem Mars geschaffen hat.

Die Darstellungsformen – sei es eine Theaterszene, eine TV-Sendung oder ein kleiner Videoclip – sind Ausdruck des kreativen Denkens, das durch die Methode angestoßen wird und das verdeutlicht, dass die Teilnehmenden die politischen und gesellschaftlichen Akteure und Politikentscheidungen identifizieren, die die jeweiligen Szenarien befördern können. Darüber hinaus sehen sie die Verantwortung jedes einzelnen Menschen in den gedachten Entwicklungen. Dies wiederum bringt ihre politische Urteils- und Handlungsfähigkeit zum Ausdruck.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2016

Zur Autorin



Magdalena Neurauder, M. A., ist Politikwissenschaftlerin und war viele Jahre als Verlagsredakteurin im Bereich politische Bildung tätig. Sie ist freie Mitarbeiterin des Internationalen Forum Burg Liebenzell. Ihre Schwerpunkte, in der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, sind Europa, Menschenrechte und Nachhaltigkeit.

lena.neurauder@web.de

Literatur

Kernziele der Beschäftigungspolitik der EU: www.europarl.europa.eu/brussels/website/content/modul_08/einzel_03.html (Zugriff: 15.09.2016)

Loske, Reinhard (2015): Politik der Zukunftsfähigkeit. Konturen einer Nachhaltigkeitswende. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuchverlag

Müller, Manuel: www.foederalist.eu (Zugriff: 15.09.2016); In seinem Blog erläutert Manuel Müller sehr einleuchtend, warum die besondere supranationale Struktur der EU die konsequente Antwort auf die grenzüberschreitenden Probleme der wirtschaftlich eng verflochtenen Staaten ist.

Welzer, Harald (2013): Selbst denken: Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag

Die Facetten der Ungleichheit

Armut und Reichtum in der politischen Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Armut und Reichtum bestimmen den Zusammenhalt einer Gesellschaft und ihr demokratisches Miteinander. Die politische Bildung muss sich diesem Thema jenseits der Vermittlung von Zahlen und Fakten widmen. In der Friedrich-Ebert-Stiftung greifen zahlreiche Angebote Fragen der Verteilungsgerechtigkeit auf und verstehen sie als Querschnittsthema. Dabei gilt es insbesondere, die sozialen Dimensionen im Blick zu halten. von Rebecca Demars und Christian Testorf

„Arm und Reich driften auseinander.“ Dieser allenthalben gestellte Befund kann als gesichert gelten. Der jüngste Datenreport 2016 belegt, dass sich die Schere beim monatlichen Gesamteinkommen zwischen 2000 und 2014 weiter geöffnet hat. 2014 verfügten die unteren 20 % der Bevölkerung über 9 % des Gesamteinkommens, während die oberen 20 % am Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte ca. 37 % inne hielten. Auch die Entwicklung des Gini-Koeffizienten, ein Maß zur Beschreibung der Ungleichverteilung von Einkommen, zeigt ein Anwachsen der Einkommensungleichheit in Deutschland zwischen 1992 und 2014, wenngleich über den Zeitverlauf in unterschiedlicher Ausprägung. Bei Menschen, die sich bereits in dem statistisch definierten Bereich unterhalb von 60 % des Haushaltsnettoeinkommens befinden, verfestigt sich die Lage. Gleiches trifft auf den Niedriglohnbereich zu. Ferner gibt es weiterhin Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern (vgl. Datenreport 2016, S. 178 ff.).

Armut wird unterschiedlich empfunden und definiert. Es liegt eine Vielzahl an Indikatoren vor, um die soziale Lage armer Menschen zu beschreiben. Neben der Tatsache, dass vor allem arbeitslose Menschen und Alleinerziehende ein besonderes Armutsrisiko tragen, bestimmt die

fehlende Perspektive, einer Armutslage zu entkommen, das Selbstbild und die Wahrnehmung der eigenen Position in der Gesellschaft. Zudem manifestiert sich eine soziale Lage oftmals über Generationen in einer Familie und in einem sozialen Umfeld oder wird in einem nicht unerheblichen Maße von der regionalen Herkunft geprägt (vgl. Albrecht/Fink/Tiemann 2016). Diese Faktoren bestimmen maßgeblich das politische Bewusstsein der Menschen und damit ihre Bereitschaft zum Engagement in Politik und Gesellschaft. Sie bestimmen zudem, welche gesellschaftlichen Milieus sich an Wahlen und demokratischen Entscheidungsprozessen, ob in plebiszitärer oder repräsentativer Form, beteiligen (vgl. Merkel 2016; Fratzscher 2015).

Ist die Armutslage der Deutschen recht gut erforscht, gibt es auf Seiten des Reichtums erhebliche Wissens- und Forschungslücken. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass über das Vermögen von reichen Deutschen relativ wenig bekannt ist, da sie typischerweise nicht an Befragungen teilnehmen, die den statistischen Erhebungen als Grundlage dienen. Dennoch kann auch an dieser Stelle anhand des Gini-Koeffizienten ermittelt werden, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine hohe Konzentration großer Vermögen in den Händen weniger Personen oder →

Familien aufweist. Signifikante Unterschiede liegen nicht allein zwischen Jung und Alt, sondern gleichfalls zwischen West und Ost. Die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 übte hingegen in Deutschland auf die Vermögensverteilung nur eine geringe Veränderung aus (vgl. Datenreport 2016, S. 191 ff.).

Armut und Reichtum in der Bildung der FES¹

Gesellschaftliche Debatten über die Armutsentwicklung und Reichtumsverteilung sind ein zentrales Anliegen der politischen Bildung und werden von vielen Bildungsträgern kritisch aufgegriffen. Dabei geht es in der Zeit ubiquitär verfügbaren Wissens über das Internet nicht um die Vermittlung von leicht recherchierbaren Fakten wie etwa einer belanglosen Aneinanderreihung von Zahlen, sondern um Zusammenhänge. Die politische Bildung muss die hinter der Entwicklung liegenden „Strukturelemente des sozialen Geschehens“, jüngst von *Oskar Negt* zusammengefasst, sichtbar machen: die Polarisierung der Gesellschaft, die Flexibilisierung, insbesondere in der Arbeitswelt, sowie die Abkopplung weiter Teile der Gesellschaft vom politischen Leben (vgl. Negt 2016, S. 16 f.).

Die politische Relevanz dieser gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen ist ein elementarer Bestandteil der politischen Bildung und des gesamten Angebots der *Friedrich-Ebert-Stiftung* (FES). Ausgehend vom Leitbild der Sozialen Demokratie trägt die FES zur Verwirklichung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bei, die als Voraussetzung für eine Gesellschaftsordnung gelten, in der alle Bürgerinnen und Bürger ihre Grundrechte einfordern und verwirklichen können und in der gleiche Lebenschancen unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder religiöser Zugehörigkeit ermöglicht werden. Den Wandel der Arbeitswelt hin zu mehr atypischer Beschäftigung und die Rolle Deutschlands als wissensbasierte Ökonomie in einer globalisierten Wirtschaft betrachtet die politische Bildung der FES ausgehend von der Prämisse, dass Märkte nicht sich selbst überlassen werden dürfen (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2011). Dabei bleiben die Grundsätze der Offenheit und der Kontroversität in der politischen Bildung beachtet. Die Auseinandersetzung mit den gesamtgesellschaftlichen Ursachen und Konsequenzen von Armut und Reichtum in der Demokratie werden in den gesellschaftspolitischen Seminaren und Veranstaltungen der FES aufgegriffen.

¹ Die Autoren danken für die Hinweise und die Unterstützung von Seminarleitern der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Beispiele aus der Praxis des Bildungsangebots der FES für Jugendliche

Gesellschaftspolitische Bildungsformate zur Armuts- und Reichtumsentwicklung führt die FES insbesondere in der Zusammenarbeit mit Jugendlichen durch. In den Kreativwerkstätten entwickeln Jugendliche Ideen zur sozialen Gerechtigkeit und bringen sie auf musikalische und filmische Art zum Ausdruck. Die FES bietet Planspiele zur Finanzkrise am Beispiel der Entwicklung öffentlicher Haushalte in der EU ebenso an wie das „Demokratielabor“, in

Gesellschaftliche Debatten über die Armutsentwicklung und Reichtumsverteilung sind ein zentrales Anliegen der politischen Bildung und werden von vielen Bildungsträgern kritisch aufgegriffen.

dem am Beispiel von Umverteilungsfragen oder dem Pro und Contra eines bedingungslosen Grundeinkommens Wahlkampagnen entwickelt werden. Auch das Planspiel Globalisierung greift die Fragen einer gerechten Entwicklung von Armut und Reichtum in der Welt auf.

Im Planspiel nehmen die Teilnehmenden die Rollen von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern ein und entwickeln in dem vorgegeben Handlungsrahmen politische Lösungen zu einem klar definierten Problem. Im Planspiel Wirtschaft etwa spielen Schüler/-innen Vertreter/-innen von Banken, Hedgefonds und Parteien eines fiktiven Staates, um anhand dieser Rollen die Mechanismen der internationalen Finanzwirtschaft und ihren Einfluss auf politische Entscheidungen in Nationalstaaten zu erlernen. Sie erhalten zielgerichtete und teils stark polarisierende Rollenprofile mit klar umrissenen Positionen und Argumenten und laufen gerade dadurch nicht Gefahr, mit diesen Meinungen in Verbindung gebracht zu werden. Der Handel von Staatsanleihen und Aktienpaketen sowie die damit verbundenen Restriktionen für die nationalen Entscheidungsspielräume werden im Spiel nachempfunden. Die Bedeutung der Sparpolitik für die Gesellschaft wird den Teilnehmenden unmittelbar vor Augen geführt. Die Jugendlichen verstehen, dass es sich um ein Rollenspiel handelt. Die Identifikation mit der Rolle führt nicht selten

zu einem emotionalen Schlagabtausch und eifrigen Diskussionen, ohne dass die Jugendlichen dabei ihre persönliche Beziehungsebene einbinden.

Im Verlauf der Zeit konnte eine Verschiebung der Politikstile beobachtet werden. Standen etwa im Jahr 2011 als Lösung der Teilnehmenden die Sparpolitik und das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Mittelpunkt, verschoben sich die Argumente in der jüngsten Zeit zugunsten einer investiven Politik. Die schwierige wirtschaftliche Lage Griechenlands wird dabei oftmals als Bezugspunkt gesehen. Auch das Planspiel Demokratielabor, in dem über die Erhöhung und Senkung von Sozialleistungen und eine richtige Bildungspolitik gestritten wird, ändert oftmals die Ansichten der Jugendlichen. Herrscht zu Beginn überwiegend das Bild der sozialen Hängematte vor, ändern sich die Ansichten im Verlaufe der Diskussion und die Rücksichtnahme auf Kranke und Schwache gewinnt an Bedeutung. Gleiches gilt für die Bildung. „Gleiche Bildungschancen für alle“ ist eine sehr präasente Aussage in den jeweiligen Wahlkämpfen.

Beispiele aus der Praxis der Erwachsenenbildung

Angebote in der Erwachsenenbildung bieten andere Möglichkeiten der Annäherung an politische Fragen. Gerade im Seminarformat nach den Freistellungsgesetzen der Bundesländer – in der FES für Nordrhein-Westfalen von der Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung organisiert – begreift die FES das Verhältnis von Armut und Reichtum in der Demokratie als Querschnitt in zahlreichen Angeboten. Es findet Berücksichtigung in Seminaren zur EU-Finanz- und Schuldenkrise oder zum nachhaltigen Konsum. Fragen der strategischen Gegenbewegung zur weiteren Konzentration des Reichtums wurden in Gruppenarbeiten und nachgespielten Talkshows im Seminar zur Lage der Gewerkschaften behandelt. Das Seminar „Wie wollen wir in Zukunft wirtschaften?“ zeigt alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsentwürfe zur kapitalistischen Wirtschaftslogik auf und diskutiert diese kritisch. Zudem spielt die Vermögensverteilung auch in Seminarangeboten zur Entwicklung und zukünftigen Ausgestaltung der Globalisierung eine zentrale Rolle.

Die Ausgestaltung der Seminarthemen und der Formate tragen dem Umstand Rechnung, dass in einer Welt stark miteinander verwobener Volkswirtschaften die Vermögensverteilung nicht allein vom Nationalstaat beeinflusst und korrigiert werden kann. Dennoch widmet sich das Seminar „Die gespaltene Gesellschaft: Armut und Reichtum in der Bundesrepublik“ dezidiert den hiesigen Verhältnissen, wenn auch in einer vergleichenden Perspektive zu an-

deren Staaten. Das seit Jahren stark nachgefragte Seminar nähert sich in Arbeitsgruppen zunächst den Definitionen von Armut und Reichtum, in die die Teilnehmenden auch ihre subjektiven Empfindungen einfließen lassen und diskutiert im Anschluss die gängigen Grenzwerte der Einkommensarmut. Auf der Seite des Reichtums wird der Unterschied zwischen Einkommens- und Vermögensreichtum gezogen, der jeweils unterschiedliche Voraussetzungen für den politischen Umgang mit sich bringt. Ein Besuch bei einer regionalen Tafel und Referate zur Einführung und Umsetzung des Mindestlohns tragen zur Diskussion über Folgen und Bekämpfungen der Ungleichheit bei. Zahlreiche Seminarteilnehmende kennen in ihrem eigenen Umfeld Betroffene von nicht selbst verschuldeter Arbeitslosigkeit. Sie identifizieren sich mit den Abstiegsängsten der Mittelschicht und kritisieren zugleich die Abschottungstendenzen der oberen Mittelschicht, etwa durch Privatschulen, Privatkitas und dergleichen.



Foto: Forum Jugend und Politik, Politische Akademie, Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Fragen von Armut und Reichtum lassen sich demnach nicht auf die Vermögensverteilung reduzieren und betreffen nicht allein die Unterschicht. Die Seminare der FES verdeutlichen, dass es weit darüber hinaus um Zugangschancen und Teilhabe in den Bereichen geht, die in staatlicher Obhut liegen und nicht in Geldbeträgen ausgedrückt werden können.

Der Umgang mit der Frage von Armut und Reichtum

Die Verteilung des gesellschaftlichen Vermögens und der Zukunftschancen ist eine immanent politische Angelegenheit und von grundlegender Bedeutung für die demokratische Kultur und die Perspektiven der Demokratie an sich. In einer repräsentativen Umfrage der FES in 2015 stimmten 82 % aller Befragten der Aussage zu, dass die →

soziale Ungleichheit in Deutschland mittlerweile zu groß sei. Diese Zustimmung bleibt auch unter Anhängern der Unionsparteien und bei Angehörigen der oberen Mittelschicht auf einem Niveau von über 70%. Die Lösung zur Behebung der Ungleichheit sehen die Befragten jedoch weniger im Sozialstaat sondern in der Umverteilung durch Steuern, etwa auf Vermögen oder auf Erbschaften (vgl. Mau/Heuer 2016). Die breite Ablehnung der Ungleichheit in der Bevölkerung bietet also zahlreiche Anschlussmöglichkeiten für die Vermittlung des Themas in der politischen Bildung. Mit dem Kongress „MEHR GLEICHHEIT“ trägt die FES die Frage der sozialen Ungleichheit im November dieses Jahres weiter in die akademische Debatte der Wirtschafts- und Politikwissenschaften.

Die eingangs skizzierten Folgen der sozialen Deprivation durch Armut erfordern eine partielle Neuausrichtung der politischen Bildung, die auch von den Trägern der politischen Bildung selbst eingeleitet werden muss. Die FES intensiviert ihre Angebote für bislang wenig erreichte Zielgruppen. So erläutern zwei bereits erschienene Bände der Reihe „Soziale Demokratie – Kurz und Klar“ (Friedrich-Ebert-Stiftung 2015/2016) die Grundlagen der Ziele der Sozialen Demokratie und einer sozialen Wirtschaft in einfacher Sprache. Spezielle Angebote für Auszubildende ermöglichen es diesen ab dem kommenden Jahr, ihren

Die Verteilung des gesellschaftlichen Vermögens und der Zukunftschancen ist eine immanent politische Angelegenheit und von grundlegender Bedeutung für die demokratische Kultur und die Perspektiven der Demokratie an sich.

Anspruch auf Freistellung zur politischen Weiterbildung einzulösen. Diese Gedanken müssen weiter ausgebaut werden, will man sich nicht mit der gesellschaftlichen und politischen Teilnahmslosigkeit breiter Bevölkerungsschichten abfinden. Es geht um die Darstellung von Strukturen hinter der Armutsfrage und dem Entgegenwirken von einfachen Feindbildern. Die mündige Bürgerin und den mündigen Bürger in der demokratischen Gesellschaft mit politischen und persönlichen Kompetenzen zu versehen und

sie und ihn sprechfähig zu machen, bleibt das Ziel der politischen Bildung der FES.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2016

Zur Autorin / zum Autor



Rebecca Demars ist Diplom-Regional- und Politikwissenschaftlerin. Seit 2011 arbeitet sie im Bereich der Politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung und leitet dort seit 2012 die Akademie für Arbeitnehmer-Weiterbildung.

Rebecca.Demars@fes.de



Christian Testorf ist Wirtschafts- und Sozialhistoriker. Seit 2015 arbeitet er in der Politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor arbeitete er im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, unter anderem in einem Projekt zur Erhebung und medialen Darstellung von Zeitzeugeninterviews.

Christian.Testorf@fes.de

Literatur

- Albrecht, Joachim / Fink, Philipp / Tiemann, Heinrich (2016):** Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015. Bonn: FES
- Datenreport (2016):** Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: bpb
- Fratzscher, Marcel (2016):** Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird. München: Hanser
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2011):** Lernen für soziale Demokratie. Politische Bildung in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: FES
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2015):** Einstieg in die soziale Demokratie. Werte, die verbinden (Soziale Demokratie – Kurz und Klar 1). Bonn: FES
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2016):** Soziale Wirtschaft. Wachstum, sozialer Ausgleich, Nachhaltigkeit (Soziale Demokratie – Kurz und Klar 2). Bonn: FES
- Mau, Steffen / Heuer, Jan-Ocko (2016):** Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum. Wie die Bevölkerung über soziale Unterschiede denkt. Bonn: FES
- Merkel, Wolfgang (2016):** Ungleichheit als Krankheit der Demokratie. In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, Heft 6/2016, S. 14–19
- Negt, Oskar (2016):** Versuch einer Ortsbestimmung der politischen Bildung. In: Hufer, Klaus-Peter / Lange, Dirk (Hrsg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 10–20

Rezensionen

Monika Oberle (Hrsg.): Die Europäische Union erfolgreich vermitteln Perspektiven der politischen EU-Bildung heute



Wiesbaden 2015
Springer VS, 261 Seiten

VON RAINER GRIES Das Bild der EU wird gegenwärtig von Krisen geprägt: Finanzkrise, Griechenlandkrise, soziale Krise, Ukraine-Krise und aktuell die Flüchtlingskrise. Die EU-Bürger/-innen werden geradezu geflutet mit Krisenbildern und -informationen. Da können Orientierung und Vertrauen in die Handlungskompetenz der Politiker/-innen schwinden – wie auch die Beteiligungsbereitschaft der Bürger/-innen.

Um zu realistischen Einschätzungen zu kommen, Überblick und Orientierung zurückzugewinnen, bedarf es eines verständlichen und erfahrbaren Zugangs zur Europäischen Union. Hier ist die schulische und außerschulische politische Bildung in besonderer Weise gefordert.

Der Sammelband geht auf die Fachtagung „Die Europäische Union erfolgreich vermitteln – Ziele, Ansätze und Methoden der politischen EU-Bildung heute“ im Juli 2013 in Göttingen zurück und soll Einblicke in Hintergrund und fachliche Kontroversen, aktuelle Befunde zur europapolitischen Bildung sowie Anregungen für die Umsetzung eigener europapolitischer Bildungsmaßnahmen und Forschungsprojekte geben.

Der Band ist in drei Hauptteile gegliedert: Einstellungen und Kenntnisse der Bürger/-innen zur Europäischen Union – fachwissenschaftliche Perspektiven (z. B. zur Vertrauenskrise oder zur europäischen Identität); Zu Theorie

und Empirie der europapolitischen Bildung – fachdidaktische Perspektiven (z. B. zur EU-Bildung in der Schule, zu Schwierigkeiten bei der Vermittlung der EU in der politischen Bildung, zu Lehrerfortbildung); Ansätze der politischen EU-Bildung – Beispiele gelingender Praxis (z. B. zu neuen Ansätzen, zu europabezogenen Planspielen und zu politischen Exkursionen).

Auch die auf die schulische Bildung bezogenen Kapitel sind für die außerschulische Weiterbildung interessant und wichtig, ist doch eine engere Abstimmung und Kooperation zwischen schulischer Bildung und außerschulischer Weiterbildung zum Themenbereich EU notwendig. Die Ausgangslage ist ähnlich: Eine Mehrheit der Schüler/-innen muss zunächst erst einmal für (europäische) Politik interessiert werden. Die EU und die EU-Politik würden häufig als zu kompliziert empfunden, sodass junge Menschen keinen Zugang fänden, so Schöne/Immerfall in ihrem Beitrag. Zu häufig werde die EU als ein isoliertes Thema behandelt ohne die Erläuterungen der Verflechtung von nationaler und europäischer Ebene. Damit fehle ein charakteristisches Merkmal der politischen Entscheidungsfindung im europäischen Raum. So weist auch die Herausgeberin in ihrem Vorwort auf das fundamentale Problem hin, dass der Informationsmangel der Bevölkerung hinsichtlich der EU ein enormer Stolperstein für deren demokratische Reform sei.

Oberle/Forstmann beschreiben als zentrale Aufgabe des schulischen Politikunterrichts, politische Kompetenzen der Schüler/-innen zu fördern und so eine ausbaufähige Grundlage für deren politisches Verständnis, politische Urteils- und Beteiligungsfähigkeit auch im Erwachsenenalter zu legen, denn das in jungen Jahren erworbene politische Wissen sei ein zentraler Prädiktor für Politikkenntnisse im Erwachsenenalter. Sie gehen ebenso auf die Bedeutung des Zusammenhangs von schulischer und außerschulischer Bildung ein. Für beide Bereiche sei feststellbar: Es gibt eine große, aber unübersichtliche Fülle an Informationen und Publikationen, die die Recherche für Lehrer/-innen und Seminarleiter/-innen schwierig und zeitaufwendig macht. Sehr viele Publikationen seien im PR-Stil plakativ werbend und einseitig positiv pro EU, sodass der Kontrast zur aktuellen Medienberichterstattung augenfällig ist. Hier wird an den Beutelsbacher Konsens erinnert, der Kontroversität, →

Multiperspektivität und Überwältigungsverbot festschreiben und die politische Bildung verpflichte, die Teilnehmenden in die Lage zu versetzen, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren. Aufgabe der europapolitischen Bildung sei es, zum Verständnis der Völker beizutragen und die Bürger/-innen zu befähigen, sich mit europäischen Entwicklungen auseinanderzusetzen und sich eine eigene Meinung zu bilden, so Stratenschulte in seinem Beitrag.

Für die schulische wie für die außerschulische europapolitische Bildung ist ein Wandel wichtig, durch den das Thema Europa den Nischencharakter zunehmend verliert: Der Legitimations- und Begründungsbedarf habe zugenommen, weil die europäische Politik immer sichtbarer das alltägliche Leben der Bürger/-innen beeinflusse, so Knelangen. Die Brüsseler Themen und Projekte würden zusehends als „politische“ Themen und Projekte wahrgenommen, an denen sich eine kontroverse Debatte entlang unterschiedlicher Konfliktlinien entzünden könne. Deshalb würde auch der nationale Parteienwettbewerb stärker als in der Vergangenheit durch die Positionierung zur EU strukturiert.

Peter Graf Kielmannsegg: Wohin des Wegs, Europa? Beiträge zu einer überfälligen Debatte



Baden-Baden 2015
Nomos Verlagsgesellschaft,
162 Seiten

VON NORBERT TILLMANN Der seit 2002 emeritierte Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Mannheim macht gleich zu Beginn des vorliegenden Bandes deutlich, dass er seine Europaskepsis definieren will. Für Europa zu sein sei verpflichtend. Es herrsche ein von der politischen Klasse vorgegebener durchgehender Konsens.

Allerdings möchte er mit seiner Kritik Europa nicht schaden, sondern helfen.

Dass das enger zusammenwachsende Europa seit 1945 den Frieden gebracht habe, greift für ihn zu kurz. Wichtiger sei vielmehr, dass das deutsche Problem beherrschbar wurde. Dies sei eine positive Zwischenbilanz der europäischen Einigung. Außerdem habe sie, abgesehen von der aktuellen Finanzkrise, Wohlstand gebracht, aber ein europäischer Gemeinsinn sei nicht entstanden.

Kielmannsegg bezweifelt, dass sich die Integration in die richtige Richtung entwickelt. Er kritisiert die Zentralisierungsdynamik in der EU anstatt dem Subsidiaritätsprinzip als föderalem Prinzip mehr Beachtung zu schenken. Er hält ein „Plädoyer für eine lernende Europapolitik“, er möchte Europa „bescheidener“ verstanden wissen und dies gipfelt in seiner zentralen These, dass „eine Staatswerdung Europas weder wünschenswert noch möglich ist“ (S. 32). Diese Grundaussage versucht er in seinem Buch zu untermauern.

So lehnt Kielmannsegg die kosmopolitische Perspektive von Beck und Grande ab, nach der Europa nicht mehr an das Territorium gebunden ist, sondern als Prinzip verstanden wird, an dem grundsätzlich alle Länder beteiligt sein könnten, ganz gleich, ob sie geographisch dazugehören oder nicht. Nach Kielmannsegg müsse Demokratie nicht zwangsläufig als Weltdemokratie organisiert werden, um die demokratische Substanz nicht zu verlieren. Jede Erweiterung mache die demokratische Handlungsfähigkeit schwieriger, stetige Erweiterung führe dazu, dass das politische System die Fähigkeit einbüße, demokratisch legitimiert zu handeln. Entgrenzung ist für ihn Selbstzerstörung, wenn man in die Welt hinein wirken wolle, müsse man Grenzen ziehen.

Europa stellt nach Kielmannsegg keine Erinnerungs- und Erfahrungsgemeinschaft dar. Die Erinnerungen der Völker würden nie zu einer europäischen Erinnerung verschmelzen. Eine fortschreitende europäische Integration ist nach seiner Meinung nicht legitimiert, da der Bürgerwille, die Repräsentation durch den Souverän fehle. Die Gewichte zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat seien schon jetzt ungleich verteilt. Beispielsweise wären die Europawahlen nahezu bedeutungsleere Rituale, weil der Wähler nicht zwischen verschiedenen Positionen entscheiden könne. Der Einfluss der Bürger sei marginal.

Nach seiner Ansicht würde eine ständig vertiefte Integration nicht zwangsläufig ein Mehr an Demokratie bedeuten. Im Gegenteil: Fortschreitende Integration würde mit einem Demokratieverlust einhergehen. Ein Beleg für die mangelnde demokratische Legitimation ist für ihn die

aktuelle Währungskrise. Institutionen wie EZB und ESP seien nicht aus Wahlen hervorgegangen. Sie stünden für eine vormundschaftliche Politik, obwohl die EU nach dem Konsensprinzip organisiert ist. Die EU werde kein nach der Mehrheitsregel organisierter Bundesstaat.

Weiterhin überprüft der Autor die demokratische Legitimität der EU anhand der Rolle des Bundesverfassungsgerichts, das in den letzten Jahren immer wieder die Position des Bundestags gestärkt hat. Die Schaffung eines Bundesstaats nach amerikanischem Vorbild würde mehr bedeuten als eine bloße Verfassungsänderung. Über eine solch weitreichende Zukunftsvision müssten die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, so Kielmannsegg.

Daher bleibt für ihn das Fazit: „Die Idee einer Staatswerdung Europas, geht nicht von den Völkern Europas aus und wird nicht von ihnen getragen.“ (S. 156)

Spätestens an dieser Stelle muss man festhalten, dass der Politologe seinem Namen als Europaskeptiker alle Ehre macht. Es ist sein Verdienst, auf aktuelle und künftige Demokratiedefizite in Europa zu verweisen. Sicherlich ist die Rolle des EU-Parlaments demokratiethoretisch defizitär, aber die letzten Europawahlen haben schon divergierende Wahlmöglichkeiten aufgezeigt, denkt man nur an das Parteienspektrum der EU-Gegner bis hin zu den Befürwortern. Aber offenbar fehlt ihm jede positiv besetzte Vision. So argumentiert er scharf gegen einen EU-Beitritt der Türkei und kann die positive Herausforderung und Chance darin nicht erkennen. Unklar bleibt außerdem, wen er mit dem Bürger/der Bürgerin meint. Meint er sich am Ende nur selbst? Sein Verweis auf mangelnde gemeinsame Erinnerungen und Erfahrungen als Argument gegen ein zusammenwachsendes Europa ist schlichtweg Unsinn. Wohin der Weg Europa auch führen mag, das kann noch werden.

Christina Ortner: *Wie junge Erwachsene die EU sehen und was die Medien dazu beitragen*

Zur Bedeutung medienvermittelter Erfahrungen für die Entwicklung von Orientierungen gegenüber der EU



Baden-Baden 2015
Nomos Verlagsgesellschaft,
333 Seiten

VON RAINER GRIES Bei diesem Band handelt es sich um die Dissertation der Autorin, die im April 2014 von der kultur- und gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg angenommen und mit dem Otto-Wittschier-Wissenschaftspreis 2014 ausgezeichnet wurde.

Christina Ortner stellt angesichts „des problematischen Verhältnisses der EU zu ihren Bürgern und Bürgerinnen“ (S. 19) die Frage nach den Sichtweisen österreichischer junger Erwachsener auf europäische Politik und Integration wie auch nach der Rolle medienvermittelter Erfahrungen in diesem Kontext. Angesichts der Krisen in der Europäischen Union sowie der niedrigen Wahlbeteiligung insbesondere jüngerer Wahlberechtigter bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament 2014, sind die Befunde der Autorin nicht nur für die Gesellschaftswissenschaften von Bedeutung, sondern auch für die politische Weiterbildung – und das nicht nur in Österreich.

Christina Ortner stellt fest, dass europäische Politik für die meisten Befragten ein Thema unter vielen darstellt, an dem sie nur geringe Anteilnahme zeigen, welches sie aber im Zuge ihrer alltäglichen Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit wahrnehmen. Demzufolge sei als häufigstes anzutreffendes Muster unbeteiligte Akzeptanz zu beobachten, eine positive Bewertung bei begrenzter kognitiver und affektiver Involvierung. Diese jungen Erwachsenen stünden grundsätzlich hinter der Mitgliedschaft in der EU, übten aber Kritik an Teilaspekten der europäischen →

Integration und Politik. Dies ordnet die Autorin auch dem allgemeinen Stimmungswandel in EU-Mitgliedsländern zu: Während die europäische Einigung anfangs allgemein positiv aufgenommen wurde, stoße sie heute nicht mehr auf eine eindeutige Zustimmung. Dies wirke sich hemmend auf den Prozess europäischer Integration aus und stelle die demokratische Legitimation der EU in Frage.

Um die Orientierungen junger Erwachsener zur EU und den Beitrag medialer Erfahrungen in Relation zu interpersonellen, direkten und formalen Lernerfahrungen zu erfassen, wählt die Autorin entsprechend den Prinzipien der qualitativen Sozialforschung „eine ganzheitliche theoretische und methodische Herangehensweise, die das Subjekt mit seinen individuellen Alltagserfahrungen aus vielfältiger Perspektive in den Blick nimmt“ (S. 32).

Die potenziellen Funktionen von Medien für die Orientierungsbildung sieht die Autorin in der Konfrontation mit verschiedenen Aspekten europäischer Politik durch kontinuierliche öffentlich wirksame Thematisierung, in der Wissensvermittlung durch Bereitstellung einer Vielzahl von nahezu universell zugänglichen Informationen und durch die Gelegenheit zur sozialen Verankerung der eigenen Position durch die Veröffentlichung unterschiedlicher Standpunkte.

Auf einer Online-Umfrage mit einer heterogenen Auswahl von Interviewpartnern aufbauend wird das Verhältnis junger Erwachsener in Österreich zu Europa durch qualitative Interviews in seiner Vielschichtigkeit erfasst.

Der Band ist sehr lesefreundlich und übersichtlich aufgebaut. In den acht Hauptkapiteln, die jeweils mit Zwischenresümees abgeschlossen sind, gehören: Problemstellung, Theoretische Ausgangslage, Methodische Anlage der Studie sowie die Ergebnisse zu den Orientierungen junger Erwachsener zur EU, zum Beitrag von Medien zur Orientierungsbildung, zu den Orientierungsmustern und Erfahrungsrepertoires, Theoretische Implikationen, Diskussion und Fazit. Ein ausführliches Literaturverzeichnis und der Interviewleitfaden vervollständigen den Band.

Angesichts der krisenhaften Entwicklung der Europäischen Union wie auch der zunehmenden Kritik an der EU und der abnehmenden Zustimmung der Bürger/-innen richtet der Band den Fokus auf zwei wichtige Themen: die Europaorientierung junger Erwachsener und der mediale Einfluss auf die Entwicklung politischer Deutungsmuster und Orientierungen. Gleichgültigkeit und Verunsicherung werden auch auf einen Mangel an Wissen zurückgeführt. Wollte man junge Erwachsene als Bürger/-innen der EU stärken, so reiche es nicht, die EU in einem möglichst positiven Licht darzustellen. Es gehe darum, deren Kenntnisse

zu verbessern und ihre Anteilnahme an europäischer Politik zu fördern. Eine gute Möglichkeit dafür biete die medienvermittelte Kommunikation. Hier sei besonders eine Strategie für den Umgang mit den Boulevardmedien erforderlich, denn diese würden von den jungen Erwachsenen besonders häufig genutzt, so die Autorin.

Kolja Möller: *Formwandel der Verfassung* Die postdemokratische Verfasstheit des Transnationalen



Bielefeld 2015
transcript Verlag, 240 Seiten

VON DETMAR DOERING Dass in der Politik Entscheidungen immer weniger im Rahmen nationalstaatlicher Verfassungsordnungen getroffen werden und dass viele politische Probleme nicht mehr lokalen, sondern globalen wirtschaftlichen Faktoren entspringen, ist für viele Menschen mittlerweile deutlich erkennbar. Ein Teil der Politikverdrossenheit in den meisten Demokratien – meist verbunden mit der Furcht vor „Kontrollverlust“ – hat wohl seine Ursache genau darin.

So ist denn auch die Frage, ob und wie der demokratische Konstitutionalismus in den Zeiten der Globalisierung überleben kann, eine der dringlichsten Themen der politischen Philosophie der Gegenwart. Der Politologe Kolja Möller versucht sich in seinem Buch an einer theoretischen Fundierung der Frage, die an vielen Stellen durchaus differenziert ausfällt, im Kern aber einem post-marxistischen (womit ein modernisierter Marxismus gemeint ist) Ansatz folgt. Treffend analysiert Möller, dass zwar die Kategorien traditioneller nationalstaatlicher Verfassungen (z. B. definiertes Staatsvolk) in der heutigen Lage kaum anwendbar sind, deshalb aber doch konstitutionelle Prozesse auf internationaler Ebene stattfinden. Sie finden innerhalb der

wirtschaftlichen Abläufe der Globalisierung per se statt, nehmen aber auch unterschiedliche politische Formen an. Sie sind auch ein Produkt der Verkomplizierung der Welt-politik seit dem Kalten Krieg, die keinen „Zentralkonflikt“ mehr kennt. Deshalb „vervielfältigen sich im Zuge der Ausdifferenzierung transnationaler Regime die Konfliktverhältnisse.“ Vieles, was dabei an Ordnung sich herausbildet, ist dabei qua Definition nicht demokratisch legitimiert. Bei Zentralbanken werde zum Beispiel für deren Unabhängigkeit geworben, weil dies in Hinsicht auf Lösungen der effizientere Weg sei. Die Ausblendung sozialer Aspekte stellt dabei für Möller ebenso eine Gefahr dar, wie die Annahme, dies ließe die Demokratie in den einzelnen Nationalstaaten intakt, die nunmehr nur mit internationalen Institutionen „garniert“ würden.

Alles dies ist klug und richtig, stößt aber durch den gewählten neo-marxistischen Ansatz aber auch bald an seine Grenzen und wirft neue Fragen auf. Die nicht ohne Grund postulierte Nicht-Übertragbarkeit nationalstaatlicher Verfassungen auf die internationale Ebene wird von ihm so konsequent betrieben, dass schnell der Verdacht aufkommt, dass es hier um etwas anders gehe. So werden Verrechtlichungen in Form von Menschenrechtserklärungen, aber auch die darunter liegenden Werte als Hindernis (oder wenigstens nicht als Endpunkt) des konstitutionellen Formwandels gesehen. Marcuses Theorie der repressiven Toleranz wird dabei u. a. eifrig bemüht. Die liberale Verfassung, die Möller damit als Grundparadigma einer internationalen Ordnung verwirft, sei letztlich doch nur „mit politischen Substanzen und Interessenlagen gefüllt“.

Eingebettet wird das Ganze in ein recht strenges Systemdenken mit einem zum Selbstreferenziellen tendierenden Analyseapparat. Empirische Überprüfung von Axiomen findet nicht statt, die postulierte „Lebensnähe“ bezieht sich mehr oder minder auf reale oder angenommene Opfer zunehmender Ungleichheit. Diese Wiedergeburt der „Verelendungstheorie“ ist unter Empirikern jedoch zumindest nicht unumstritten. Wenn empirisch umstrittene Positionen so zum Axiom erhoben werden, ist Zweifel angebracht. Dass gerade das „neoliberale“ Modell der Marktöffnung, das Möller hinterfragt, zur Armutsbekämpfung taugen könne, kommt Möller kaum in den Sinn. Ganz im Stile klassisch marxistischer Theorie sieht er in einer Übertragung des liberalen Modells der freiheitlichen Herrschaft des Rechts nur „neue Ausschlüsse und Herrschaftsverhältnisse“ lauern. Dass diese liberale Verfassung gerade den Vorteil hat, Konflikten über diesen Ver-

hältnissen eine friedliche Austragungsplattform zu geben, scheint für Möller nicht ausreichend zu sein.

Deshalb stimmt sein (letztlich vager) Lösungsansatz, dass eine „Wiederkehr des Plebejischen“ ohne die Bindung an klassische bürgerliche Verfassungsformen kommen müsse, weniger zukunftsweisend als es zunächst anmutet. Sie erinnert an frühere Versuche, die Form bürgerlicher Verfassungen durch direktere Formen der Macht im Sinne des „Anteils der Anteilslosen“, der nur noch als „symbolischer Ort, der die demokratische Verfassungs-idee in der Weltgesellschaft präsent hält“, dienen soll. Letztlich basiert das Ganze auf der impliziten Grundidee, dass in einer gerechten (am Ende gar klassenlosen?) Gesellschaft, in der die bisher „Anteilslosen“ oder „Plebejer“ zur „potestas“ werden, die äußeren Formen des demokratischen Verfassungsstaats obsolet werden. Das dürfte gefährliche Entwicklungen in Gang setzen, die an die Etablierung ähnlicher Mechanismen in manchen Staaten erinnert, wobei Venezuela als aktuelles Anschauungsmaterial gelten könnte. Was schon in den Zeiten des Nationalstaats nicht so richtig funktioniert hat, soll nun auf dem Wege der Transnationalität eine neue Chance bekommen?

Johannes Schillo (Hrsg.): Zurück zum Original Zur Aktualität der Marxschen Theorie



Hamburg 2015
VSA-Verlag, 236 Seiten

VON FRANZ ANGER Johannes Schillo, lange Jahre Redakteur in der außerschulischen politischen Bildung, hat Ende 2015 einen Sammelband veröffentlicht, der sich mit der Aktualität der Marxschen Theorie befasst. Der Titel „Zurück zum Original“ variiert das klassische Renaissance-Motto. Ad fontes, zurück zu den Quellen, soll es gehen, wie es in den zahlreichen Marx-Renaissancen, die es seit dem 20. Jahrhundert gab, immer wieder geheißen hat. Zuletzt hat ja die große Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2007 begann und noch immer nicht bereinigt ist, den Anstoß zu einer derartigen theoretischen Rückversicherung gegeben. Lohnend erscheint diese deshalb, weil sich bei Marx triftige Feststellungen zur Krisenhaftigkeit, zu den Konzentrations- oder Verelendungsprozessen finden, die die hoch gelobte Marktwirtschaft alias Kapitalismus allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz immer noch auszeichnen. So liegen ja von Sahra Wagenknecht bis Kardinal Reinhard Marx, vom ehemaligen FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher bis zum amerikanischen Altmarxisten David Harvey neuerdings Einführungsschriften in die Kapitalismuskritik vor.

Was Schillo als Herausgeber und Mitautor präsentiert ist gewissermaßen eine Bilanz der jüngsten Debatten über die Notwendigkeit und den Ertrag eines solchen Rekurses. Im Fokus ist dabei – ohne dass in allen Texten ausführlich auf pädagogische Aspekte eingegangen würde – die Frage, ob und inwiefern dieser Rückgriff, die Vergewisserung und Aneignung einer theoretischen Tradition, für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung von Bedeutung sein kann. Hervorgegangen sind die Beiträge zumeist aus Diskussionen, die in der Fachöffentlichkeit der außerschulischen Bildung geführt wurden. Eine Kurzfassung des

Eröffnungs- und Hauptbeitrags von Uwe F. Findeisen zu den Essentials der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie und zu den Leistungen der mittlerweile auch schon in die Jahre gekommenen „neue Marxlektüre“ wurde z. B. zuerst in der Fachzeitschrift *Praxis Politische Bildung* veröffentlicht.

Der folgende längere Beitrag von Schillo über „Antimarkxismus heute“ befasst sich mit dem Geschäft der modernen Marx-Widerlegung, das, so der Autor, „nach wie vor Konjunktur hat, ja im Grunde den roten Faden politischer Publizistik und Pädagogik in Sachen Marktwirtschaft abgibt. Das gängige Muster des Antikommunismus wird dort fortgeschrieben, erfährt aber eine gewisse Innovation, da der Theorie selber (...) der Prozess gemacht werden muss“ (S. 10). Hier werden auch Fragen der Bildungsarbeit angesprochen, z. B. die Rolle der Extremismusforschung, die sich dank der Unterstützung durch die Bundeszentrale für politische Bildung im pädagogischen Bereich stark bemerkbar macht, oder die „Extremismusbekämpfungsprogramme“, die in den letzten Jahren für die außerschulische Bildung die Leitschnur abgeben sollten und dort, siehe das Stichwort „Extremismusklausel“, auch für einigen Ärger sorgten. Zugleich wollen diese Ausführungen deutlich machen, dass die Marxsche Theorie gerade nicht – wie von Gegnern behauptet, aber auch von Befürwortern, etwa aus dem Lager des Marxismus-Leninismus, vertreten – von einer weltanschaulichen Grundannahme, einer methodologischen, „dialektischen“ Vorentscheidung ausgeht.

Weitere Beiträge des Sammelbandes beschäftigen sich mit der Marxschen Religionskritik, die heutzutage im Zuge der mit Nachdruck versehenen „Islamkritik“ wieder Aufmerksamkeit findet, oder mit aktuellen Diskussionen über das Verhältnis von (Sozial-)Staat und Ökonomie. Die Autoren halten fest, dass die Neoliberalismus-Kritik, die von weiten Kreisen, gerade auch in der politischen Bildung geteilt wird, eine Übermacht des (Groß-)Kapitals anprangert – mit dem Fazit, dass sich das Kapital die politische Sphäre regelrecht unterworfen habe. So komme eine neue, postdemokratische Theorie des Klassenstaats „in Umlauf, die aber gleichzeitig rasche Abhilfe kennt: Die kapitalistische Basis in der Ökonomie kann bleiben, es muss nur ein neuer Steuerungsmodus gefunden werden, der ihr die Raubtierzähne zieht.“ (S. 10)

Dies ist übrigens auch das Credo des Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Piketty. Er wird seit seinem erfolgreichen Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ über die wieder angewachsene soziale Ungleichheit als „neuer Marx“ gehandelt, was, wie der abschließende Beitrag des

Herausgebers nachweist, auf einem mehrfachen Missverständnis beruht. In den Ausführungen wird nicht nur die öffentliche Diskussion des Buchs samt dem dazugehörigen Kontext – die für Politik und politische Bildung in gleicher Weise wichtige Armutsforschung – thematisiert, sondern auch die Umdeutung, die seit dem 19. Jahrhundert der Marxschen „Verelendungstheorie“ widerfahren ist. Hier heißt die Devise des Buchs ebenfalls: zurück zum Original. Neben einem Blick auf die neuere Reichtums- und Armutsberichterstattung versucht Schillo vor allem die originale Version der Verelendungstheorie, also das von Marx im ersten Band des „Kapital“ entwickelte allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, zu explizieren und deren Erklärungswert für das wiederentdeckte Ungleichheitsproblem zu dokumentieren. Alles in allem keine leichte Kost, aber für diejenigen, die sich in ihrer pädagogischen Praxis an kritischer Wissenschaft orientieren wollen, eine Handreichung, die sicher zu weiteren Diskussionen Anlass geben wird.

Peter Decker / Konrad Hecker / Joseph Patrick: Das Finanzkapital



München 2016
GegenStandpunkt Verlag,
172 Seiten

VON JOHANNES SCHILLO „Finanzpolitik ist Teil von Politik und damit auch Gegenstand politischer Bildung“, hieß es im Editorial der Ausgabe 2/13 der „Außerschulischen Bildung“, die sich mit der Frage „Regiert Geld die Welt?“ befasste. Elmar Altvater resümierte dort, fußend auf der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, den „Doppelcharakter allen Wirtschaftens“ in der globalisierten Marktwirtschaft, nämlich die Akkumulation monetär bemessener Werte als – allerdings entscheidende – Zusatzveranstaltung zur Transformation der Natur in Gebrauchsgegenstände. Hierbei befeuert die freigesetzte Finanzspekulation

regelmäßig Krisen, doch blieben „die Finanzmärkte ‚letztlich‘ von den in der realen Ökonomie produzierten Überschüssen abhängig, auch wenn sie sich zeitweise verselbständigen können.“ Dieser Punkt hat in der marxistischen Debatte eine prominente Rolle gespielt, beginnend mit dem Standardwerk „Das Finanzkapital“ (1910) des Sozialdemokraten Rudolf Hilferding, der als austromarxistischer Ökonom antrat und später das Amt des Finanzministers bekleidete. „Die eigentümliche Bewegung des Finanzkapitals, die selbständig erscheint, obwohl sie reflektiert ist“, wie Hilferding in Anlehnung an die Hegelsche Terminologie schrieb, hat seitdem den Kritikern des Kapitalismus einiges Kopfzerbrechen bereitet.

Ein neuer Versuch liegt jetzt, nach diversen Vorarbeiten und Veröffentlichungen im Zuge der Finanzkrise 2007/08, von Autoren der marxistischen Zeitschrift Gegenstandspunkt vor. Ihre Erklärung geht in Richtung Verselbständigungs-These. Dass die Geschäftstätigkeit der Finanzbranche „letztlich“ von den in der Realwirtschaft produzierten Überschüssen abhängig bleibe, wird hier jedenfalls bestritten. Die Analyse will klären, warum sich das Finanzkapital zur Aufsichts- und Regiestelle über das gesamte wirtschaftliche Geschehen entwickelt hat und so alle Welt vom Erfolg seiner Spekulationsgeschäfte abhängig macht. Damit ist jedoch nicht eine neue Etappe oder Epoche namens „Finanzgetriebener Kapitalismus“ gemeint, wie dies etwa Joachim Bischoff vertritt (vgl. die Rezension in AB 4/15). Die Autoren stützen sich vielmehr auf Äußerungen von Marx im dritten Band des „Kapital“, wo bereits vom „fiktiven“ Kapital und dessen Akkumulation im „Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion“ die Rede ist, und entwickeln daraus eine eigenständige Theorie.

Diese geht aus (1. Kapitel) von den Rechnungsweisen der „Realwirtschaft“, in der der Kredit, damit das Geldkapital, entsteht und die logische Folge, zunächst auch eine bloße Dienstleistung des dort maßgeblichen Verwertungsprozesses darstellt. Im zweiten Schritt (2. Kapitel) wird das „etwas andere Wachstum“ (S. 37) Thema, also die eigentümliche Wertschöpfung, die im Finanzgewerbe stattfindet: Wertpapiere generieren „aus sich heraus“ einen Ertrag, einen Zuwachs an Finanzmacht. „Die Verselbständigung der Macht des Geldes im Kredit“ (S. 103) führt dann zur Analyse der Rolle des Staates (3. Kapitel), der diese Macht garantiert, sich auch selbst mit seiner Schuldenwirtschaft am Finanzmarkt bedient und so in letzter Instanz die seltsame Gleichung von Kredit = Schulden = (Geld-)Kapital beglaubigt. Das 4. und abschließende Kapitel behandelt das internationale Finanzgeschäft und die Konkurrenz der →

Nationen, wobei auch die jüngsten Krisen und Krisenbewältigungsstrategien zur Sprache kommen.

Die Lektüre bietet keine leichte Kost, wie ja überhaupt die Finanzbranche der Lebenswelt Normalsterblicher weitgehend entzogen ist und schon die technischen Abläufe dem Verständnis Schwierigkeiten bereiten. Das Buch verfährt auch nicht deskriptiv wie etwa Jörg Huffschmids „Politische Ökonomie der Finanzmärkte“ (1999), die eigentlich nur einen Überblick über die einschlägigen Geschäftspraktiken liefert. Decker und Co. haben in der Tradition von Hegel und Marx eine Ableitung verfasst – also eine systematische Erarbeitung des eigenartigen Phänomens, das eine hypertrophierte, letztlich globale Finanzsphäre die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit dominiert, mithin Geld die Welt regiert. Die Ableitung geht von den Grundbestimmungen der Kritik der politischen Ökonomie aus und entwickelt argumentativ, ohne sich auf Gewährsleute oder großartiges Zahlenmaterial zu beziehen, den Zusammenhang der einzelnen Sachverhalte. Daher gibt es auch keine Rückversicherung beim Pluralismus der Sozialwissenschaften. Der Text lässt sich nur daran messen, ob und inwieweit er die diskursive Stringenz einhält. Die Kenntnis finanzkapitalistischer Techniken und Tatbestände wird im Groben vorausgesetzt, es sind aber keine speziellen Vorkenntnisse erforderlich. Das Buch versucht vielmehr, mit dem politökonomischen Begriff, den es vermittelt, zugleich das Verständnis der jeweiligen Abläufe zu erleichtern. Ob dieser direkte Zugang – ohne den Umweg über eine detaillierte Beschreibung des buntscheckigen Finanzbetriebs – die Sache für Unkundige erschließt, müssen Leser und Leserin selbst entscheiden. Der theoretische Gehalt der Schrift verdient auf jeden Fall eine Auseinandersetzung.

Klaus Ahlheim: *Kriegsgeburt* Ein autobiografisches Fragment



Hannover 2015
Offizin Verlag, 123 Seiten

VON KLAUS-PETER HUFER Klaus Ahlheim, ehemals als Professor für Erwachsenenbildung in Marburg und Essen tätig, gehört zu der Handvoll Vertreter/-innen seiner Zunft, die sich explizit mit politischer Bildung beschäftigt haben. Mehr noch: Er ist wohl einer der profiliertesten Vertreter einer kritischen Positionierung und Profilierung dieses Faches. Von ihm stammen bedeutende Schriften zur Zielrichtung und Verfasstheit der politischen Erwachsenenbildung, die wichtigste dürfte sein 1990 veröffentlichtes und dann mehrfach wieder aufgelegtes Buch mit dem programmatischen Titel „Mut zur Erkenntnis“ sein.

Nun hat er im Offizin Verlag, dem er seit einigen Jahren durch die Herausgabe der Reihe „Kritische Beiträge zur Bildungswissenschaft“ eng verbunden ist, sein „autobiografisches Fragment“ veröffentlicht.

Interessant ist, wie der 1942 in Saarbrücken in bescheidenen Verhältnissen geborene und dann in Bensheim/Odenwald aufgewachsene Klaus Ahlheim zu dem exponierten kritischen Wissenschaftler wurde, der er über Jahre hinweg ist. Denn in den Wirren der Kriegs- und Nachkriegszeit und den ersten Jahren der Bundesrepublik verlebte Ahlheim, wie er schreibt, „eher angstvolle, bedrohliche Jahre, weit entfernt von jener glücklichen Kindheit, die man immer wieder beschwört“ (S. 27). Die Verhältnisse waren arm. In die Familie hinein wirkte noch der Geist des Nationalismus und des Militarismus.

Ahlheim wurde Theologe. Der Grund dafür lag darin, dass er in den letzten Schuljahren Kontakt mit „eine(r) kleine(n), aber erstaunlich kritische(n) protestantische(n) Subkultur“ bekam (S. 46).

Er wurde „Kriegsdienstverweigerer und Ostermarschierer“ (S. 41), was zu heftigen Konflikten mit dem Vater führ-

te, der Berufssoldat geworden war. Er studierte Theologie, zunächst im Marburg. Dort machte er die Erfahrung, dass die NS-Zeit keine Rolle spielte und manche seiner Professoren „erzreaktionär“ waren. In Berlin, wo er sein Studium fortsetzte, war das anders. Weiter ging es nach Mainz. Dort war Ahlheim mit dabei, als der örtliche SDS gegründet wurde. Hier konkretisierte sich auch sein pädagogisches Grundverständnis: „Solide Information, Wissen, Erkenntnis, auch wenn sie mühsam und unbequem sind, haben etwas Befreiendes, machen auch politisches Handeln erst möglich, ohne sie ist Pädagogik Zurichtung und Indoktrination.“ (S. 53)

1972 schließlich promovierte Ahlheim in München mit einer Arbeit über Max Webers Religionssoziologie. Währenddessen studierte er in Marburg Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie. Er setzte sich mit der Militärseelsorge auseinander. Obwohl schon Zweifel erkennbar sind, ob er in der Kirche bleiben oder austreten sollte, nahm er 1971 eine Arbeit als Vikar in Ingelheim am Rhein an. Das Leben hier war eng, der Vikar wurde „beäugt und bewacht“ (S. 61). Ahlheims Glück war, dass er einen verständnisvollen Lehrpfarrer hatte. Übrigens kamen auch im späteren Leben immer wieder Personen, die den alles andere als bequemen Klaus Ahlheim unterstützten.

1972 wurde er Studentenpfarrer in Frankfurt. Das war für ihn eine Befreiung. Es folgte eine höchst engagierte Zeit. Ahlheim öffnete seine Arbeit für kritische Positionen und Vertreter der nachwirkenden Studentenunruhe. 1981 schließlich habilitierte er sich in Frankfurt mit einem Thema zur Arbeiterbildung in der protestantischen Erwachsenenbildung.

1982 wurde er auf eine Professur für Erwachsenenbildung und Außerschulische Jugendbildung in Marburg berufen. Natürlich nahm Klaus Ahlheim in Marburg Witterung auf. Denn dort war das Klima immer noch so, wie er Jahre zuvor als Student erlebt hatte: „Da wurde verdrängt, zurechtgebogen und zurechtgelogen, die alten Nazis wurden gedeckt, ihre Fehler, Untaten, Lügen- und Propagandawissenschaft von einst durch eine Art aktiven Verschweigens verharmlost und der Aufklärer umso heftiger attackiert.“ (S. 76 f.) „Der Aufklärer“ war Klaus Ahlheim. In längeren Passagen dokumentiert er „die Causa von Oppen“. Gemeint ist der renommierte Sozialethiker Dietrich von Oppen. Ahlheim förderte dessen Dissertation zu Tage und machte darin enthaltene NS-konforme und antisemitische Formulierungen bekannt. Das führte zu heftigen Debatten. Mit Bitterkeit resümiert er: „Ein Sturm der Entrüstung brach los, er brach über mich herein, nicht über

den, dessen Vergangenheit ich offengelegt hatte.“ (S. 78)

1994 bot sich für Ahlheim die Chance, Marburg zu verlassen. In der damaligen Gesamthochschule Essen, später Universität Duisburg-Essen, nahm er einen Ruf an. Es folgten produktive Jahre: Arbeiterbildung, Kooperation mit Gewerkschaften, Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und weitere Akzentuierungen einer emanzipatorischen politischen Bildung. Das zeigte sich in Lehre, Forschung und öffentlichen Auftritten.

Am Ende des beruflichen Lebens aber schien es auch gut zu sein. Denn der Bologna-Prozess veränderte die Universitäten, auch die in Essen. Das „betriebswirtschaftliche Neusprech“ hatte in der Weiterbildung Einzug gehalten – für Ahlheim eine Form des „gehobenen Nonsens“ (S. 102). Die Universität wurde für ihn zu einer „modernen Berufszurichtungsanstalt“ (S. 103). In der Auseinandersetzung mit dieser Entwicklung reflektiert Ahlheim die Veränderung der Bildungsidee, die Abkehr vom Humboldt’schen Ideal. Sein Credo dagegen: Die Institution Universität „muss, will sie dauerhaft überleben, zusammenbringen, was so schwer zusammenbringen ist, sie muss Bildungs- und Ausbildungsinstitution zugleich sein“ (S. 106).

Die schmale, aber gehaltvolle autobiografische Skizze von Klaus Ahlheim ist höchst inspirierend, wenn man sich den Geist vergegenwärtigen will, wie, wo und warum kritischer Aufbruch in der Bildung stattfand. Das personifiziert sein Leben. Und es ist auch ein Kontrastprogramm zu den vielen glatten Berufsbiografien, die heutzutage die Grundlage für viele Karrieren, auch in den Universitäten sind. Eine kantige, kraftvolle und konflikterprobte Person wie Ahlheim tat der Landschaft gut. Immerhin wirkt er nun aus seinem „Ruhsitz“ in Berlin weiter.

Harald Gapski (Hrsg.): Big Data und Medienbildung

Zwischen Kontrollverlust, Selbstverteidigung und Souveränität in der digitalen Welt



München 2015
kopaed, 139 Seiten

Thomas Knaus / Olga Engel (Hrsg.): fraMediale

Digitale Medien in Bildungseinrichtungen (Band 4)



München 2015
kopaed, 233 Seiten

Katja Friedrich / Friederike Siller / Albert Treber (Hrsg.): smart und mobil

Digitale Kommunikation als Herausforderung für Bildung, Pädagogik und Politik



München 2015
kopaed, 268 Seiten

VON SEBASTIAN HAAS Das digitale Datenvolumen der Welt verdoppelt sich alle zwei Jahre. Milliarden internetfähige Geräte und vernetzte Sensoren, stetig fließende Datenströme und selbstlernende Algorithmen – wir leben im Zeitalter von Big Data. Der Sammelband „Big Data und Medienbildung“ bündelt Reflexionen und Ansätze zum Umgang mit dieser gesellschaftlichen Revolution aus Perspektive der Medienbildung und medienpädagogischen Forschung. Die Leitfragen lauten: Lässt sich souveränes Handeln in Datenwelten durch digitale Selbstverteidigung und digitale Ethik stützen, statt vor der Markt- und Analyse-macht der Konzerne und Nachrichtendienste zu kapitulieren? Kann die Medienpädagogik eine digitale Bildungsidentität Einzelner oder gar der gesamten Gesellschaft aufbauen?

Die im ersten Teil des Sammelbands zusammengefasste theoretische Unterfütterung überzeugt, geht allerdings kaum über den Problemaufriss und teils selbstverständliche Handlungsempfehlungen hinaus. So empfiehlt Isabel Zorn, interdisziplinäre Netzwerke aus Medienpädagogik und Bildungsinstitutionen aufzubauen und „ihre Softwarepolitik und Softwareausstattung nach pädagogisch relevanten Kriterien zu überprüfen und zu gestalten“ (S. 30). Niels Brüggemann betont: „Angesichts der Totalität der Datenerfassung/Überwachung und der Potenz der Prognosetechnologien reicht die Adressierung der Selbstverantwortung im Sinne von ‚Think before you post‘ schlicht nicht mehr aus.“ (S. 55) Er hofft, innerhalb der – hoffentlich noch nicht manipulierten – demokratischen Willensbildung auf „Möglichkeiten, gespeicherte Daten einzusehen“ (S. 60).

Der Herausgeber Harald Gapski stellt Thesen zur Diskussion, die in ihrer Umsetzung für Schwierigkeiten sor-

gen dürften: Unter anderem sei mehr Kompetenz auf der Ebene von Prozessdaten und Codierung nötig, auch die „Wirkungsweisen von Algorithmen und ihre technischen, ethischen, rechtlichen u. a. Konsequenzen“ (S. 69) müssten von Pädagogik und Politik anschaulich vermittelt werden. In die Lebenswirklichkeit der Leser dringt Stefan Selke mit seinem Beitrag über die Risiken digitaler Selbstvermessung vor. Diese Technologie greife durch ihre Förderung „zunehmender Abweichungssensibilität und ständiger Fehlersuche“ (S. 95) in das Wertgefüge der Gesellschaft ein. „Selbstvermesser werden zu Konformisten, blind für die Möglichkeiten eigenen Denkens und eigener Entscheidungen“ (S. 105) sowie des Umgangs mit Überraschungen, Geheimnissen und Intuition. Individueller Entscheidungswille sei nur durch Gegenbewegungen wie Digital Detox zurückzugewinnen.

Weitere Beiträge sind näher an der medienpädagogischen Praxis. Petra Grimm und Birgit Kimmel haben eine medienethische Roadmap entwickelt, die in sieben Stufen einen Reflexionsprozess zu Big Data und Privatsphäre anregen soll. Eine weitere Brücke zur pädagogischen Praxis baut Gerda Sieben. Sie stellt unter anderem die Arbeitshilfe „Big Data für die Jugendarbeit“ vor, in der Strategien wie selektive Abstinenz, Datensparsamkeit, digitale Selbstverteidigung, Data-Projekte und -Planspiele und ja, auch politisches Engagement, thematisiert werden. Es wird spannend sein zu erfahren, wie Big Data vermehrt das Leben aller Bürger/-innen bestimmt und wie die Medienpädagogik damit umgeht. Daraus schöpft sich die Hoffnung, dass die Autoren dieses anregenden Sammelbandes in einer Fortsetzung bzw. Neuauflage nochmals dazu Stellung nehmen.

Fest in der medienpädagogischen Praxis verankert, voller lobenswerter Studien und Einsatzbeispiele sind die Sammelbände „fraMediale“ sowie „smart und mobil“. Gerade in letzterem Fall wäre eine ständig aktualisierte Online-Publikation dem Thema gerechter geworden, nach dem von Thomas Knaus propagierten Motto: „Smarte und mobile Technik motiviert nicht unmittelbar, sondern vernetzt uns mit anderen, die uns motivieren.“ (S. 36) Vieles aus dieser „Momentaufnahme (...) der deutschen Bildungslandschaft des Jahres 2014“ (S. 12) erscheint dem digital verteilten und medienpädagogisch interessierten Leser von heute selbstverständlich. Das gilt für den Rat, beim Einsatz mobiler Technik das Individuum in der Bildungsplanung zu berücksichtigen ebenso wie für die „4 K-Regel für den modernen Unterricht“: die Förderung von Kommunikation, Kollaboration, Kritischem Denken und Kreativität als Grundlage selbstgesteuerten Lernens.

Da sich hinter „digitalen Medien“ ein Kompendium aus Bedeutungen, Erwartungen und Techniken verbirgt, empfehlen die Herausgeber des „fraMediale“-Bands, in Bezug auf Bildungseinrichtungen mit dem Begriff des digitalen Werkzeugs zu arbeiten. Die besprochenen Projekte reichen von universitären Onlinekursen über Audio-Podcasts für den Mathematikunterricht bis zu Tablets in Schulen. Dabei gilt für alle Kontexte: Einmal kennengelernt, wollen die meisten Lehrenden und Lernenden „gerade auf die einfachen digitalen Werkzeuge, die kollaboratives Arbeiten ermöglichen, nicht mehr verzichten“ (S. 8) – schließlich bieten sie eine erweiterte Form der Kommunikation über Technik und Inhalte, regen zum selbständigen Arbeiten an und fördern Lernerfolge. Jedoch fehlt es vor allem in Schulen an geeigneten didaktischen Konzepten, um digitale Werkzeuge jahrgangsübergreifend und sinnvoll einzusetzen.

AdB Aktuell

„anders statt artig – Kreative Ideen für interkulturelles Lernen“

AdB startet mit neuem Projekt



Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. hat sich gemeinsam mit der THW-Jugend NRW e. V. für ein Kooperationsprojekt im Rahmen des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (ZdT) beworben und den Zuschlag erhalten.

Das Projekt hat eine Laufzeit von zwei Jahren und ist im Juli 2016 gestartet. Als Projektleitung konnte Tabea Janson gewonnen werden, die seit Mitte August in der Geschäftsstelle des AdB tätig ist.

Ziel des gemeinsamen Projekts ist es, die interkulturelle Kompetenz in der THW-Jugend NRW zu erhöhen und einen verbandlichen Öffnungsprozess zu unterstützen, der die gesellschaftliche Ausdifferenzierung und Heterogenität in den Verbands- und Mitgliederstrukturen des THW widerspiegelt.

Auf der Grundlage einer ausführlichen Bedarfsanalyse werden neue, passgenaue und niedrigschwellige Angebote, Methoden und Materialien entwickelt, die dazu beitragen, eventuell vorhandene Hemmnisse in den Köpfen der Menschen und in den Strukturen des Verbands dauerhaft und nachhaltig abzubauen.

Der besondere Ansatz des Projekts liegt darin, dass den Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht einfach fer-

tige Methoden vorgelegt, sondern sie in die Entwicklung eingebunden werden. Dabei wird ein Teil der Methoden vorab von einer Projektsteuerungsgruppe – bestehend aus Projektleitung, Mitgliedern der THW-Jugend und Jugendbildungsreferentinnen und -referenten des AdB – auf Grundlage ihrer beruflichen Erfahrung erstellt. Diese Methoden werden von der Zielgruppe erprobt und dann durch die Teilnehmenden weiterentwickelt. Ein weiterer Teil der Angebote wird direkt mit den Teilnehmenden entwickelt. Eine dritte Dimension ist die praktische Erprobung durch die Ortsjugenden, die ihre Rückmeldungen an die Projektsteuerungsgruppe geben können. Ein nicht zu unterschätzender Faktor in diesem Vorgehen liegt darin, dass die Seminarteilnehmenden bereits durch das eigene Erleben und Mitarbeiten sensibilisiert werden und sie ihre Erfahrungen als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Verband tragen.

Die Methoden und Bildungsangebote zum interkulturellen Lernen, die im Rahmen des Projekts entwickelt werden, sollen nach Möglichkeit neue Lernformen fokussieren sowie multimediale und haptisch nutzbare Elemente beinhalten. Sie sollen über den Kreis der THW-Jugend NRW hinaus auch in anderen THW-Landesverbänden genutzt sowie von anderen Trägern und Einrichtungen der politischen Bildung eingesetzt werden und tragen damit zur Weiterentwicklung der Praxis politischer Bildung bei.

Das Projekt wird wissenschaftlich durch Expertisen und Evaluationen begleitet und unterstützt.

Neben dem AdB haben folgende AdB-Mitglieder ebenfalls eine Förderzusage für ein eigenes Pilotprojekt im Rahmen des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ erhalten: das Anne Frank Zentrum (Berlin), das Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen (Bad Bevensen), die Georg-von-Vollmar-Akademie (Kochel am See), Internationaler Bund Süd (Stuttgart).

Aktuelle Entwicklungen in Europa und die Rolle der politischen Erwachsenenbildung

Kommission Erwachsenenbildung trifft sich zu ihrer Herbstsitzung 2016



Foto: AdB

Vom 12. bis 14. September 2016 traf sich die Kommission Erwachsenenbildung in der Bildungsstätte der Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk Der Heiligenhof in Bad Kissingen. Den Tagungsort nutzend stand das Thema Europa und europapolitische Erwachsenenbildung im Zentrum der Diskussionen.

Mit einem interessanten Referat von Professor Dr. Gerhard Seewann, Historiker und Philosoph (ehem. an der LMU München), wurde in das Thema eingeführt (vgl. den Beitrag S. 45–47). Professor Seewann ist ein ausgewiesener Kenner Ungarns und kann unmittelbar von den aktuellen Entwicklungen berichten, da er seit einigen Jahren in Ungarn lebt und 10 Jahre Inhaber einer Stiftungsprofessur der Bundesregierung in Budapest war. Er griff in seinem Vortrag die Fragen auf: Was ist Rechtspopulismus? Was ist Nationalismus und wie hängen Nationalismus und Migration zusammen? Wie gestalten sich die Entwicklungen

in Ungarn seit 2010? Der Vortrag führte zu einer regen Diskussion über die Rolle der EU und den Einfluss auf die Entwicklungen ihrer Mitglieder. Abgerundet wurde diese Diskussion durch Informationen über Entwicklungen der Zivilgesellschaft in Tschechien und Polen, vor allem aus Sicht der Arbeit der Brücke/Most-Stiftung in Dresden.

Der thematische Schwerpunkt der Sitzung konnte zudem auf eine sehr kreative Weise sichtbar gemacht werden, indem die Kommissionsmitglieder sich auf eine Fotosafari zum Thema „Europa und wir“ begaben. Die Ergebnisse waren überraschend, kreativ, berührend.

Die Kommission will an dem Thema Europa und europapolitische Erwachsenenbildung weiterarbeiten und wird zunächst eine Bestandsaufnahme zu grundsätzlichen Erklärungen zur europapolitischen Arbeit von AdB-Mitgliedseinrichtungen vornehmen sowie konkrete Angebote der europapolitischen Erwachsenenbildung bzw. der grenzüberschreitenden Bildungsarbeit sammeln.

Weitere Tagesordnungspunkte waren die Informationen über die bildungspolitischen Entwicklungen auf der Ebene des Bundes sowie Berichte aus Vorstand und Geschäftsstelle des AdB. Diese wurden ergänzt durch Berichte der Teilnehmenden zu den bildungspolitischen Entwicklungen auf der Ebene der Bundesländer und zur Lage der Mitgliedseinrichtungen.

Die Kommissionssitzung war intensiv und konstruktiv, das Tagungshaus bot eine sehr gute Arbeitsatmosphäre und das herrliche Wetter spielte als „Co-Produzent des gelungenen Lernprozesses“ eine hervorragende Rolle.

Aktuelle Herausforderungen für das Leitungs- und Verwaltungspersonal in Bildungsstätten

Kommission Verwaltung und Finanzen trifft sich in Bad Malente



Foto: Gustav-Heinemann-Bildungsstätte

Die Mitglieder der AdB-Fachkommission Verwaltung und Finanzen trafen sich vom 13. bis 15. September 2016 in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente.

Wie bereits in der Frühjahrssitzung stand auch diesmal der Austausch über die Bildungsarbeit mit Geflüchteten auf der Tagesordnung. Die Berichte der Einrichtungen zeigten eine beeindruckende Vielfalt an Projekten und Maßnahmen, die vom Stadterkundungsspaziergang über eine Fotoausstellung bis hin zum Filmprojekt über die Balkanroute reichten.

In der Zusammenschau der Erfahrungen und bisherigen Erkenntnisse wurde deutlich, dass für das Gelingen von Projekten mit Geflüchteten die richtigen Kooperationspartner sowie eine vertrauensvolle Kontaktaufnahme von grundlegender Bedeutung sind. Die größten Hindernisse sind, so die Kommissionsmitglieder, ein hoher bürokratischer Aufwand, eine unzureichende Finanzierung, da von den Geflüchteten kein Eigenanteil zu erwarten ist, ungeklärte Versicherungsfragen sowie der ungeklärte Status vieler Flüchtlinge.

Dringenden weiteren Entwicklungs- und Weiterbildungsbedarf sehen die Teilnehmenden bei den Themen

Rollenverständnis, richtige bzw. zielführende Ansprache, Klärung der Übergänge von Sozialarbeit zu politischer Bildung und Erweiterung der Strukturkenntnisse.

Weitere Tagesordnungspunkte waren neben ausführlichen Informationen über die bildungspolitischen Entwicklungen auf der Ebene des Bundes sowie Berichte aus Vorstand und Geschäftsstelle des AdB, die Berichte der Teilnehmenden über bildungspolitische Entwicklungen auf der Ebene der Bundesländer und zur Lage der Mitgliedseinrichtungen.

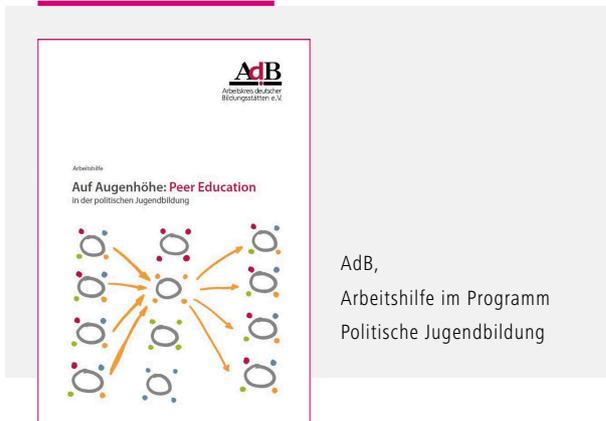
An die Kommissionssitzung schloss sich unmittelbar die Fachtagung zum Thema „Streifzug durch das Arbeitsrecht – Von der Einstellung bis zur Kündigung“ an. Die Teilnehmenden setzten sich mit den arbeitsrechtlichen Vorgaben für das Leitungs- und Verwaltungspersonal in Bildungseinrichtungen auseinander.

Am ersten Tag wurden mit Rechtsanwalt Lars Bretschneider von der Kanzlei Brock Müller Ziegenbein, Lübeck, die Arbeitsfelder Stellenausschreibung und Bewerbungsverfahren, Abschluss und Formalie von Arbeitsverträgen, das Direktionsrecht des Arbeitgebers sowie die formgerechte Abmahnung an konkreten Fällen erörtert.

Der zweite Tag mit Rechtsanwalt Dr. Steffen Görres, Kanzlei Brock Müller Ziegenbein, Kaltenkirchen, war den Bereichen Arbeitszeit, Entgeltfortzahlung bei Krankheit sowie dem Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) und dem Dialog mit dem Betriebsrat gewidmet. Auch das umfangliche Thema der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses stand auf der Tagesordnung. Es wurden alle Facetten einer Kündigung sowie die Verfahrensfragen erörtert, wobei das gesetzgeberische Ziel des Bestandschutzes – also des Erhalts eines Arbeitsverhältnisses – einen hohen Stellenwert einnahm.

Peer Education in der politischen Jugendbildung

Arbeitshilfe im Programm Politische Jugendbildung im AdB erschienen



AdB,
Arbeitshilfe im Programm
Politische Jugendbildung

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hat eine Arbeitshilfe mit dem Titel „Auf Augenhöhe: Peer Education in der politischen Jugendbildung“ veröffentlicht. Die Broschüre wendet sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die Teamerinnen und Teamer für die Arbeit mit Peers ausbilden wollen.

Zwei der zentralen Prinzipien außerschulischer politischer Jugendbildung sind Stärkenorientierung und Partizipation: Die Angebote setzen an den Interessen und Stärken der Jugendlichen an und sind so offen gestaltet, dass die Jugendlichen sich mit ihren Fähigkeiten aktiv einbringen können. Diese beiden Prinzipien finden sich auf ganz besondere Weise im Konzept der Peer Education wieder: Jugendliche werden zu Expertinnen und Experten ihrer

eigenen Anliegen, sie werden in die Lage versetzt, ihre Kenntnisse und Erfahrungen innerhalb ihrer Peergroup weiterzugeben. Dies schafft besondere, nachhaltige Bildungserfahrungen von Selbstwirksamkeit, Anerkennung und Bestätigung.

In dieser Broschüre werden die positiven Erfahrungen der Jugendbildungsreferentinnen im Arbeitsschwerpunkt „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“ im Programm Politische Jugendbildung im AdB (2011–2016) reflektiert und es werden die in den Einrichtungen erfolgreich genutzten Methoden zur Peer Education in der politischen Bildung zusammengestellt. Die Methoden sind so ausgewählt, dass sie sowohl für die Qualifizierung der Peers geeignet sind als auch von diesen selbst später in ihrer Arbeit angewandt werden können.

Die vier Autorinnen geben einen sehr anschaulichen Einblick in ihre Arbeit und ermutigen dazu, junge Menschen zu Koproduzenten ihrer politischen Bildung zu machen.

Die Publikation steht unter www.adb.de/materialien zum Download bereit.

Die Print-Version kann gegen eine Schutzgebühr von 5 EUR (inkl. Versand) in der Geschäftsstelle (meissner@adb.de) bestellt werden.

Energie sparen in Bildungsstätten

Bei der Haustechnikertagung 2016 drehte sich alles um Energie



Foto: AdB

Zu einer viertägigen Fortbildung trafen sich Haustechniker aus 16 AdB-Mitgliedseinrichtungen in der Bildungsstätte Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V. Die Tagung wurde von Sebastian Bock geleitet, Referent für Jugend- und Fortbildung in der Geschäftsstelle des AdB. Sein Vorgänger, Boris Brokmeier, seit Januar 2016 Leiter in Mariaspring, begrüßte die Teilnehmer in seiner Bildungsstätte. Da er viele Jahre selbst für die Fortbildung zuständig war, konnte schnell eine lockere und motivierende Atmosphäre für die Zusammenarbeit geschaffen werden.

Verschiedene Themen standen auf dem Programm: die Frage, ob es sich lohnt, elektronische Schließsysteme anzuschaffen, über die Gestaltung eines altersgerechten Arbeitsplatzes bis hin zur Frage, welchen Stellenwert die Haustechniker in den Einrichtungen haben.

Der inhaltliche Fokus wurde mit einer Schulung zum Thema „Energieeinsparung in Bildungsstätten“ gesetzt. Michael Brieden-Segler von der Energieagentur EundU in Bielefeld zeigte in sehr kurzweiligen Sequenzen auf, welche großen Potenziale in Bildungsstätten stecken. Er machte

den Teilnehmenden klar, dass für die Einsparungen meist keine großen Umbauten und Modernisierungen notwendig sind, sondern die meisten Ersparnisse durch Pädagogik und Psychologie erreicht werden können. „Wir haben meist schlichtweg nicht die Möglichkeiten der Modernisierungen und müssen mit den Gebäuden umgehen die wir haben“ – so der Referent.

Dies zeigten auch ganz einfache Beispiele vor Ort. Allein eine Helligkeitsmessung im Tagungsraum führte zur Erkenntnis, dass viel zu viele Neonröhren leuchten. Eine Abschaltung jeder zweiten Röhre wäre möglich und somit auch 50 % Energieeinsparung.

Die Teilnehmenden konnten viele Anregungen mitnehmen, die auch sehr positive Auswirkungen auf die pädagogische Arbeit in den Häusern haben können. Hier sind z. B. die Installation von CO₂-Ampeln oder das Aufhängen von Thermometern in den Seminarräumen zu benennen.

Ein für alle besonderer Ausflug führte in die Kläranlage der Göttinger Entsorgungsbetriebe (GEB). Weder Anblick noch Geruch waren sehr ansprechend, jedoch der Ablauf der Reinigung von Abwässern war hochinteressant. Wie aus einer schmutzigen Masse am Ende klares Wasser in nahezu Trinkwasserqualität wird und nebenbei noch Biogas entsteht, welches durch Blockheizkraftwerke die Anlage autark betreiben lässt, war beeindruckend.

Die rundum gelungene Tagung ließ den Beteiligten viel Raum für Austausch, gab viele positive Impulse für die tägliche Arbeit und stärkte das Bewusstsein, dass viele Themen der Haustechniker unbedingt auch bei den Hausleitungen auf Interesse stoßen müssen, um sie erfolgreich in den Häusern zu implementieren.

Jugendbildung unter Ökonomisierungsdruck

Kommission Jugendbildung befasst sich mit Herausforderungen und Gefahren für Bildung und Demokratie



Foto: AdB

Am 5. Oktober 2016 begrüßte die Jugendbildungsreferentin Edda Smidt die AdB-Kommission Jugendbildung im Europahaus Aurich zur zweitägigen Herbsttagung der Kommission. Jugendbildner/-innen und weitere Vertreter/-innen von diversen Trägern politischer Bildung aus dem Bundesgebiet kamen zusammen, um sich über aktuelle jugend- und bildungspolitische Fragen auszutauschen und vor allem, um sich mit dem Thema der „Ökonomisierung der politischen Jugendbildung“ auseinanderzusetzen. Nach einem Input von Wolfgang Pauls (Bildungsstätte Bahnhof Göhrde), der die Thematik aus historisch-theoriegeleiteter Sicht einordnete, diskutierten die Teilnehmenden anhand zweier Arbeitspapiere etwaige Konsequenzen aus dieser Entwicklung und daraus zu entwickelnde Strategien.

Aus dem Kreis der Anwesenden heraus wird sich eine Arbeitsgruppe weiterhin mit dieser Aufgabe beschäftigen, um

„mit Lust am Denken“ grundlegende Aspekte zu diskutieren und konkrete Handlungsvorschläge zu erarbeiten.

Themen werden dabei u. a. sein:

- Die Gefahr der zunehmenden Kommerzialisierung und Marktorientierung des Bildungssektors (Bildung als Ware) und die damit einhergehenden veränderten Gesellschaftsbilder;
- Der Rückzug des Staates aus zentralen Bereichen gesellschaftlicher Verantwortung;
- Projektförderung vs. Erhalt bewährter Strukturen;
- Rolle der politischen Bildung als gesellschaftsgestaltender und -verändernder Akteur

Spannend war auch die Vorstellung des neuen AdB-Verbandsprojekts „anders statt artig – Kreative Ideen für interkulturelles Lernen“ mit der THW-Jugend in NRW durch die Projektleitung Tabea Janson. Unter dem Motto „anders statt artig“ wollen die Beteiligten gemeinsam die interkulturelle Öffnung dieses Jugendverbandes vorantreiben. Dazu sollen kreative Ideen und Methoden zum interkulturellen Lernen entwickelt werden. Auch hierfür war der gegenseitige Austausch der Fachkräfte fruchtbar, wengleich die Zeit wieder einmal kaum ausreichte. Wohltuend war die Entschleunigung durch einige traditionelle „lecker Koppke Ostfriesen-Tees“.

Videoclips im Bildungsbereich selbst produzieren und einsetzen

AdB-Fortbildung in Haus Neuland



Foto: AdB

Froschperspektive, Vogelperspektive, Over-the-Shoulder-Shot, Nahe, Totale, Halbtotale, Achsensprung ... – in knapp zwei Tagen Fortbildung die wichtigsten Regeln für das Drehen von Videos lernen?! Dazu noch die entsprechende Software kennenlernen und einen eigenen kleinen Film drehen? Das schien unmöglich. Und doch sind die Teilnehmenden der zweitägigen Fortbildung „Kommunikation mit Videos. Videoclips im Bildungsbereich selbst produzieren und einsetzen“ am Ende der Veranstaltung überzeugt, dass sie in der Lage sind, das neu erworbene Wissen auch in der eigenen Öffentlichkeitsarbeit anwenden zu können.

Am 6. und 7. Oktober 2016 fand in der Bildungsstätte Haus Neuland in Bielefeld die vom AdB organisierte Fortbildung statt. Eingeladen waren die in den AdB-Mitglieds-einrichtungen für Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Referentinnen und Referenten. Als Referentinnen konnten Julia Behr und Johanna Gesing gewonnen werden. Beide sind Medienpädagoginnen bei „JuMP – Jugend, Medien, Par-

tizipation“ (www.jump-nrw.de), einem in Haus Neuland angesiedelten Projekt, das Jugendliche in ihrer Lebenswelt erreichen und durch digitale Medien deren Beteiligung an der Demokratie bestärken will. Die Teilnehmenden an der Fortbildung konnten das für dieses Projekt modern ausgestattete Medienzentrum nutzen.

Die beiden Referentinnen schafften es hervorragend, die Grundlagen und Phasen der Videoproduktion zu vermitteln, den Umgang mit mobilen Endgeräten am Beispiel von iPads für die Videoarbeit mit den Teilnehmenden einzuüben und ihnen die Scheu vor Filmschnitt und weiterer Filmbearbeitung (Postproduktion) zu nehmen. Wichtig war es dabei, immer den Kontext der Bildungsstätten und der politischen Bildung mitzudenken.

Bereits vor zwei Jahren wurde das Netzwerk Öffentlichkeitsarbeit im AdB ins Leben gerufen. Neben der gegenseitigen Unterstützung, der kollegialen Beratung und dem Austausch über Ideen oder Fragen ist ein wichtiges Ziel des Netzwerks, die Qualifizierung in einem konkreten, eng umgrenzten Themengebiet in der jährlichen Fortbildung zu organisieren. Die Themen dafür werden durch Abfragen bei den Teilnehmenden generiert und ergeben sich auch aus den vorherigen Fortbildungen.

Am Ende der Fortbildung war das Feedback einhellig: Es ist sehr wichtig für die Öffentlichkeitsreferentinnen und -referenten, einen Ort des Austauschs zu haben und sich fortbilden zu können. Gerade das aktuelle Thema lässt sich in vielfältiger Weise für die eigene Arbeit nutzen: für die Homepages, die Dokumentation von Veranstaltungen, für Imagefilme und – nicht zuletzt – für verschiedene Social Media-Kanäle.

Flucht und Geflüchtete – Thema und Zielgruppe politischer Bildung

Fortbildungsreihe des AdB erfolgreich abgeschlossen



Foto: AdB

Die Angebote der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung wollen auch die Menschen erreichen, die nach Deutschland geflüchtet sind. Viele Bildungsstätten und Akademien, Bildungswerke, Vereine und Einrichtungen haben bereits ihre Seminare für die neue Zielgruppe geöffnet oder spezifische Angebote konzipiert. Diese Einrichtungen dabei zu unterstützen und zu qualifizieren hat der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten in diesem Jahr als eine seiner Aufgaben angesehen. Zusammen mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA) aus Düsseldorf wurde im Frühsommer ein Fortbildungsangebot konzipiert, das insgesamt drei Mal durchgeführt wurde. Um möglichst viele Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der außerschulischen politischen Bildung zu erreichen, wurden die Fortbildungen dezentral angeboten: im Juni in der Bildungsstätte Mariaspring bei Göttingen, Anfang Oktober in Nürnberg im Caritas-Pirckheimer-Haus und Mitte Oktober im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn.

Alle drei Veranstaltungen fanden mit je 25 Teilnehmenden statt und waren damit restlos ausgebucht. Die Nachfrage war so groß, dass Wartelisten angelegt werden mussten. In vier Modulen wurde die Thematik gemeinsam bearbeitet. „Die eigene Verortung“ hieß das erste Modul, in dem sich die Teilnehmenden mit den eigenen Vorurteilen und Stereotypen auseinandersetzten. Um die Zielgruppe Geflüchtete ging es im zweiten Modul, der dritte Baustein beschäftigte sich mit Formaten, Methoden und Inhalten. Abgerundet wurde die Veranstaltung mit Modul vier, in dem sich die Teilnehmenden mit dem gesellschaftlichen Klima auseinandersetzten, in dem die Bildungsarbeit stattfindet.

Von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern besonders positiv hervorgehoben wurde die Teilnahme von jungen Syrern, die selbst erst vor kurzem nach Deutschland geflüchtet waren. Zwei von ihnen waren Teilnehmer eines Projekts der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, ein anderer wirkte in der Organisation „Rainbow Refugees“ in Köln mit. Ihre Erfahrungen mit politischer Bildung und ihre Wünsche an die Träger politischer Bildung waren sehr hilfreich für die Teilnehmenden, um passfähige Konzepte erstellen zu können.

Neben den Inputs durch die Referenten der Fortbildung und den gemeinsam erarbeiteten Umsetzungsmöglichkeiten hoben alle Teilnehmenden die Wichtigkeit der Vernetzung mit anderen Aktiven hervor. So boten die drei Veranstaltungen auch die Möglichkeit, andere Träger und deren Angebote kennenzulernen, Fragen auszutauschen und neue Kooperationen zu schmieden.

Die am Ende einer jeden Veranstaltung gesammelten „Gelingensbedingungen“ machten übereinstimmend deutlich, dass nicht nur die auskömmliche finanzielle Ausstattung für eine erfolgreiche politische Bildungsarbeit mit Geflüchteten notwendig ist. Die Teilnehmenden hielten fest, dass

- nicht ausschließlich neue Konzepte und Methoden entwickelt werden müssen, sondern viel Wissen und Erfahrung z. B. aus der internationalen und interkulturellen Bildungsarbeit in die Arbeit mit Geflüchteten eingebracht werden kann;
- der Austausch mit anderen und das Einbeziehen neuer Kooperationspartner wie Flüchtlingsorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Initiativen vor Ort entscheidend sind;
- eine klare eigene Haltung und die Reflexion der eigenen Vorurteile unabdingbar sind, um selbstbewusst agieren zu können und die eigenen Grenzen zu kennen;
- neue Kommunikationswege beschritten werden müssen, um die Zielgruppe zu erreichen.

Als größte Schwierigkeiten wurden benannt:

- die unterschiedlichen Sprachkenntnisse der heterogenen Zielgruppe Geflüchtete;
- die Erreichbarkeit der Zielgruppe;

- Rahmenbedingungen in Form von Richtlinien- oder Programmvorgaben, die nicht passfähig sind mit den Anforderungen an die Bildungsarbeit mit der Zielgruppe Geflüchtete;
- die Unkenntnis der rechtlichen Situation von Geflüchteten;
- die Überschneidung von sozialer Arbeit und politischer Bildung.

In den drei Fortbildungsangeboten wurde gerade zum Schluss hin deutlich, dass die meisten Einrichtungen mittlerweile Erfahrungen gesammelt und eigene Angebote für geflüchtete Menschen entwickelt haben. Daraus leitet sich ein Fortbildungsbedarf ab, der nicht mehr als Grundlagenvermittlung angelegt sein muss, sondern spezifische Themen, wie sie auch in der Auswertung benannt wurden, aufgreift und bearbeitet. Der AdB plant für das kommende Jahr, erneut in der Zusammenarbeit mit IDA ein solches Angebot zu entwickeln.

Aus den Mitgliedseinrichtungen

Am 11. September 2016 wurde die Dauerausstellung der NS-Dokumentation Vogelsang im neuen *Forum Vogelsang IP* feierlich eröffnet. Unter dem Titel „Bestimmung: Herrenmensch. NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“ bietet die 750 qm große Ausstellung vielfältige Zugänge zum Erinnerungsort Vogelsang.

Die *Stiftung wannseeFORUM* feierte am 10. Oktober 2016 sein 65jähriges Bestehen mit einer Feier und Impressionen aus der Arbeit der Bildungsstätte. 1951 als Verein Wannseeheim für Jugendarbeit gegründet, entstand 2011 aus dem Verein die heutige Stiftung wannseeFORUM.

Für die Entwicklung einer neuen ständigen Ausstellung erhält das *Anne Frank Zentrum* 470.000 Euro. Die Summe wurde vom Stiftungsrat der Berliner Lottostiftung unter Vorsitz des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller bewilligt.

Die *Bildungsstätte Anne Frank* in Frankfurt am Main hat als Partner des traditionsreichen bundesweiten Projekts *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* die Koordination für das Land Hessen übernommen. Dabei unterstützt die Bildungsstätte die teilnehmenden Schulen bei der Entwicklung von Projekten, die sich gegen Rassismus und andere Formen der Diskriminierung wenden.

Berichte, Hinweise, Nachrichten

Personalien

Bereits im März 2016 hat die Mitgliederversammlung des Niedersächsischen Landesverbands der Heimvolkshochschulen e. V. einen neuen Vorstand gewählt: Vorsitzender des Landesverbands ist **DR. JÖRG MATZEN**, Leiter des Ev. Bildungszentrums Bad Bederkesa; stellvertretener Vorsitzender ist **DR. THOMAS SÜDBECK**, Leiter der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte in Papenburg.

Seit Mai 2016 hat **DR. PHILLIP ROGGE** die Referatsleitung für die politische Bildung im Bundesministerium für Familien, Frauen, Senioren und Jugend übernommen.

MARKUS MECKEL ist am 22. September 2016 als Präsident des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge zurückgetreten. Er führte den Verband seit 2013. Sein bisheriger Stellvertreter General a. D. **WOLFGANG SCHNEIDERHAN** hat bis auf weiteres die Aufgaben des Präsidenten übernommen.

Das Bildungshaus Zeppelin in Goslar hat eine neue Leitung: **TORSTEN DASEKING** und **HEIKO EIFLING**, langjährige Mitarbeiter im Haus, haben den bisherigen Leiter, **MARTIN WESTPHAL**, abgelöst, der jetzt die Volkshochschule in Delmenhorst leitet.

BERND VAUPEL, langjähriger Verwaltungsleiter im LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho, ist Anfang Oktober 2016 in den Ruhestand gegangen. Seine Nachfolgerin ist **ROMY BLANKE**. Bernd Vaupel war viele Jahre Vorsitzender der AdB-Fachkommission Verwaltung und Finanzen.

Anfang Januar 2017 übernimmt **ANDREAS SCHMITT** die Leitung der Kritischen Akademie Inzell, einer Einrichtung für politische und berufliche Fort- und Weiterbildung. Er löst damit **WILFRIED HESS** als bisherigem Leiter ab.

In der Zeit von Anfang Oktober bis Mitte Dezember 2016 war **CHARBEL DADDEL**, Bildungsmanager bei Teach for Lebanon, für ein Internship in der Geschäftsstelle des AdB. Er hat an zahlreichen Veranstaltungen des AdB und von Mitgliedseinrichtungen teilgenommen, um die politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland kennenzulernen.

Voraussichtlich Anfang Januar 2017 wird **ULRIKA ENGLER** ihre Aufgaben als Direktorin der neuen, im Aufbau befindlichen Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung übernehmen. Sie wurde vom Kuratorium der Landeszentrale einstimmig gewählt. Sie war seit 2007 Leiterin des aktuellen forums e. V. in Gelsenkirchen.

Aus Profession und Politik

Kompetenzen für eine demokratische Kultur in Europa

Unter dem Titel „Kompetenzen für eine demokratische Kultur. Gleichberechtigtes Zusammenleben in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften“ hat der Europarat ein Papier veröffentlicht, in dem ein in einem längeren Prozess entwickeltes Kompetenzmodell vorgestellt wird. Es handelt sich um Kompetenzen (Werte, Einstellungen, Fähigkeiten, Wissen und kritisches Denken), die die Lernenden erwerben sollen, wenn sie sich effektiv an der Kultur der Demokratie beteiligen und friedlich mit anderen in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften leben möchten.

Das Modell wurde nicht völlig neu gestaltet, vielmehr basiert es auf einer systematischen Analyse der bestehenden Systeme demokratischer und interkultureller Kompetenz. Für das Modell wurden 101 Kompetenzsysteme analysiert. Es wurden die darin enthaltenen individuellen

Kompetenzen aufgeschlüsselt und verschiedenen Gruppen zugeordnet. Hieraus ergaben sich 55 mögliche Kompetenzen, die in das Modell aufgenommen wurden. Für eine praktikablere Zahl wurden Schlüsselkompetenzen identifiziert. Im Ergebnis lagen 20 Kompetenzen vor. Diese wurden in einer internationalen Konsultation mit Akademikern, Pädagoginnen/Pädagogen und Politikerinnen/Politikern zur Diskussion gestellt. Das Feedback floss in die Überarbeitung des nun vorliegenden Modells ein.

Quelle, Download und weitere Informationen: www.coe.int



Politik für Europa – 2017plus – Europa braucht Soziale Demokratie!

Warum wollen wir eigentlich Europa? Können wir den Bürger/-innen die Chancen einer gemeinsamen sozialen Politik, einer starken Sozialen Demokratie in Europa aufzeigen? Das sind Fragen des Projekts der Friedrich-Ebert-Stiftung „Politik für Europa“ (2015–2017), das zeigen möchte, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Im Projekt werden folgende Themenbereiche in den Mittelpunkt gestellt: Demokratisches Europa; Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa; Außen- und Sicherheitspolitik in Europa. Mit zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen wird auf das Thema aufmerksam gemacht.

Im Zusammenhang mit diesem Projekt haben Wolfgang Gaiser und Johann de Rijke die Studie „Junges politisches

Engagement in Europa. Eine Analyse repräsentativer europaweiter Umfragen“ veröffentlicht. Hier werden die Partizipation und die politischen Einstellungen junger Menschen in Europa in den Blick genommen.

Quelle, weitere Informationen und Download: www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017plus



Erlebnis Europa – Die Ausstellung im Europäischen Haus Berlin

Mit der multimedialen Dauerausstellung des Informationsbüros des Europäischen Parlaments und der Vertretung der Europäischen Kommission mit dem Titel „Erlebnis Europa“ am Brandenburger Tor in Berlin wird seit Mai 2016 nicht nur über die Europäische Integration, die Geschichte, die Politik und das Leben in der Europäischen Union informiert – u. a. mit einem 360-Grad-Kino oder mit interaktiven Medienstationen –, sondern es soll damit auch ein Ort der Begegnung, der Diskussion und der Kultur geschaffen werden. Die Macher der Ausstellung wollen eine Gelegen-

heit schaffen, in lockerer Atmosphäre mit den Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch zu kommen. Dafür wird die Veranstaltungsreihe „Europa liest/singt/spielt“ ins Leben gerufen, bei der Künstlerinnen und Künstler gebeten werden, ihr aktuelles Werk vorzustellen und dieses bei einem anschließendem Podiumsgespräch in Beziehung zu Europa zu setzen.

www.erlebnis-europa.eu

Jugend und Politik im Dialog: Evaluierungsbericht zum strukturierten Dialog

Der Evaluationsbericht zum strukturierten Dialog mit dem Titel: „Mehrwert und Verstetigung des Strukturierten Dialogs. Evaluierungsbericht zur zweiten Phase der Umsetzung im Rahmen der EU-Jugendstrategie in Deutschland (2014–2015)“ liegt vor. Er wurde vom CAP München (Centrum für angewandte Politikforschung) im Auftrag des BMFSFJ verfasst und untersucht die zweite Phase der Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Deutschland 2014 und 2015 und vor allem den Mehrwert und die Verstetigung. Dafür werden die Perspektiven Jugendlicher und die Einschätzung der Projektträger in den Fokus gerückt. Kernfrage ist, wie gut es gelingt, einen wirkungsvollen und nachhaltigen Dialog zwischen Politik und junger Generation zu befördern, lokale und regionale Themen mit der EU-Jugendpolitik zu verknüpfen, den Austausch und Dialog zwischen jungen Menschen und politischen Entscheidungsträgern und -trägerinnen zu fördern und Jugendliche aktiv in die Gestaltung europäischer Politik einzubeziehen. Der Dialog orientiert sich an den Themen und Anliegen

der EU-Jugendstrategie. Die Bilanz zum Politikansatz der EU seitens der beteiligten Akteure fällt – ähnlich wie im Bericht zur ersten Phase – weitgehend positiv aus. Die Einordnung lokaler Projekte in den größeren Zusammenhang der EU-Jugendstrategie wurde von den Projektverantwortlichen kreativ aufgegriffen und Jugendliche konnten über die Projekte einen aktiven Zugang zur (europäischen) Politik finden. Zugleich werden aber auch Verbesserungsmöglichkeiten bei der Verstetigung des Dialogs benannt. Die Ergebnisse der Untersuchung helfen insgesamt, Rückschlüsse für die Weiterentwicklung des Strukturierten Dialogs in Deutschland zu ziehen.

Quelle, weitere Informationen und Download: www.cap-lmu.de



UN-Resolution zur Regulierung privater Bildungsträger und zur Förderung staatlicher Bildung

Anfang Juli 2016 hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC) eine historische Resolution beschlossen. Mit Zustimmung aller 47 Mitgliedsstaaten der UNHRC wird in dieser Resolution festgehalten, dass Staaten der Privatisierung von Bildung entgegenwirken sollen, indem sie Rahmenbedingungen schaffen, um private Bildungsträger stärker zu regulieren. Es soll wirksamer in die staatliche Bildung investiert und negative Auswirkungen der Kommerzialisierung von Bildung sollen gemindert werden. Diese Resolution sei notwendig, da befürchtet wird, dass eine rasante und unkontrollierte Zunahme von privaten Bildungsträgern, hauptsächlich in Ländern des Globalen Sü-

dens, negative Folgen auf das Menschenrecht auf Bildung haben kann. Bildung soll als öffentliches Gut gestärkt und gefördert werden. Die Resolution wird weltweit von vielen Organisationen der Zivilgesellschaft begrüßt.

Quelle und weitere Informationen: <https://bildungsklick.de>



UNESCO-Weltbericht zur Erwachsenenbildung erschienen

Im September 2016 ist der dritte UNESCO-Weltbericht zur Erwachsenenbildung „Global Report on Adult Learning and Education, GRALE III“ erschienen. Er stellt den Stand der Erwachsenenbildung weltweit dar und analysiert die Auswirkungen von Erwachsenenbildung auf die Bereiche Gesundheit, Arbeit und Soziales. Mit dem Weltbericht fordert die UNESCO die internationale Gemeinschaft anlässlich des Welttags der Alphabetisierung auf, mehr in lebenslanges Lernen zu investieren und sich der Bedeutung für die Sustainable Development Goals (SDG) bewusst zu werden. Der Bericht wird alle drei Jahre vom UNESCO-Institut für Lebenslanges Lernen herausgegeben. Die Al-

phabetisierungsrate von Erwachsenen zu steigern und den Zugang zu Erwachsenenbildung sicherzustellen, sind Kernziele der Agenda Bildung 2030 (SDG 4).

Quelle, Download und weitere Informationen: www.unesco.de/bildung/erwachsenenbildung/unesco-weltbericht-erwachsenenbildung.html



Zwischen „Staatspolitik“ und Pluralismus – Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen wurde 70

Erst ab 1967 gab es in NRW eine Landeszentrale für politische Bildung; aber seit Herbst 1946 arbeitete die Institution als „Staatsbürgerliche Bildungsstelle“ – aus der Provinzialregierung Westfalen in die Landesregierung „importiert“ vom ersten Ministerpräsidenten des Landes, Rudolf Amelunxen. Es ging damals um die Überwindung nazistischen Denkens, aber auch des Preußen zugeschriebenen Untertanengeists. Was ist daraus geworden?

Zwischen Professionalität und „positivem Verfassungsschutz“

Zunächst mit aufklärerischen Publikationen hervorgetreten geriet die Initiative, angesiedelt in der Pressestelle, bald in weitgehende Vergessenheit. 1957 wurde als Leiter der Sozialdemokrat Wilhelm Matull eingestellt, der Erfahrung in der politischen Bildung mitbrachte und ein „Schaufenster“ der Demokratie konzipierte. Das Budget wurde verdreifacht, und das Aufgabenfeld mit Tagungen, Fortbildungen, Medien und der Förderung gesellschaftlicher Träger erstmals strukturiert. Themen wie die europäische Zusammenarbeit kamen hinzu. Wenngleich Matull bald aus politischen Gründen in die zweite Reihe zurücktrat, blieben seine nüchternen Konzepte wirksam.

Ab 1958 war die Bildungsstelle lange im Innenressort zuhause – wohl auch, weil viele Akteure politische Bildung als „positiven Verfassungsschutz“ verstanden. Der neue Leiter Hermann-Josef Nachtwey, der die Arbeit bis 1975 prägte, stand für eine Mischung von liberalen und kulturkonservativen Denkmustern, für Antikommunismus und Skepsis gegenüber Massen und Utopien. Ungeachtet dieser Ansichten setzte die Institution ihren pragmatischen Kurs fort – auch mit der Aufnahme neuer Themen wie der NS-Geschichte oder sozial- und entwicklungspolitischen Fragen.

Die Fördermittel wurden kontinuierlich erhöht, freie Träger der politischen Erwachsenenbildung breiter gefördert. 1975 konnte der zuständige Minister Johannes Rau (nach einer Verzehnfachung der Budgets) rühmen, dass NRW 10,5 Mio. DM für die politische Bildung ausbebe, der Bund hingegen 17,7 Mio. DM und alle übrigen Länder zusammen lediglich 9,2 Mio. DM.

Neue Sachlichkeit und „Subsidiarität“

Anfang der 60er Jahre weitete man das Angebot an Schriften und audiovisuellen Medien enorm aus: 1964 waren eindrucksvolle 360 Titel aufgelistet. Der stärkere Einsatz von dokumentierenden Medien und Quellen verweist übrigens auf einen deutlicher werdenden Anspruch von Wissenschaftlichkeit und Diskursivität.

Ein spezifisch nordrhein-westfälischer Weg wurde deutlich erkennbar: dass politische Bildungsarbeit in der Breite am besten durch eine Vielfalt unterschiedlicher Einrichtungen zu realisieren ist. Hier zeigte sich – außer der Verhaftung vieler Akteure in der katholischen Subsidiaritätslehre – auch soziologischer Realismus. Mit der sozialliberalen Koalition 1966 intensivierte sich das politische Proporzdenken in der Einrichtung: Seither war dem CDU-Mitglied Nachtwey ein sozialdemokratischer Stellvertreter zur Seite gestellt, Willi Kreiterling, der ihm 1976 in der Leitung nachfolgte.

Die spezifische Förderung der „Spezialisten politischer Bildung“ – derzeit 47 Institutionen – wird seit 1975 vom Weiterbildungsgesetz NRW mit erheblichen Zuschusssummen flankiert. Aber schon ab 1982 gerieten Weiterbildung und politische Bildung immer wieder unter den Einfluss öffentlicher Haushaltskrisen, Kürzungen erfolgten. Nicht zuletzt an der Schließung mancher Tagungsstätten und Heimvolkshochschulen sind diese Probleme ablesbar.

Perspektivenerweiterungen

Neue Themen brauchten der Landeszentrale in den letzten Jahrzehnten nicht von außen aufgedrängt zu werden: Ökologie, Genderfragen, die deutsche Einigung oder die verschiedenen Lesarten des Themas „Migration“.

Mit der Ausdifferenzierung der nordrhein-westfälischen Gedenkstättenlandschaft – heute 26 meist lokale oder regionale Einrichtungen – hat die Landeszentrale auch für deren Förderung eine zentrale Funktion erhalten; wegen der Träger- und Themenvielfalt der Erinnerungsorte ist es nicht wie in anderen Bundesländern zu einer Quasi-„Verstaatlichung“ gekommen.

Die Landeszentrale hat sich von paternalistischen Leitbildern zu einem Profil kooperativer Unterstützung vorge-

arbeitet: Mit Fachtagungen und Fortbildungen, Medien und kollegialer Beratung ist dies ein adäquates Handlungsmuster staatlicher Demokratieförderung, das den verschiedenen Partnern in der zivilen Gesellschaft, vor allem aber den freien Trägern politischer Bildung auf Augenhöhe begegnet.

Diese Entwicklungsprozesse und dieses Leistungsspektrum konnten bei einem Festakt am 24. Oktober 2016 kaum gewürdigt werden – das von der Leiterin Maria Springenberg-Eich aufgerufene alliierte Stichwort „selling democracy“ verwies aber darauf. Die Aufmerksamkeit lag hier fast ganz auf den aktuellen Herausforderungen, die leider in einer gewissen Verkürzung als „Rechtspopulismus“ und „nicht erreichte Zielgruppen“ identifiziert wurden.

VON PAUL CIUPKE UND NORBERT REICHLING

Mehr zum Thema: **Paul Ciupke / Norbert Reichling (2003)**: Von der politischen Erziehung zur Demokratie-Agentur. Beobachtungen zur Geschichte der Landeszentrale für politische Bildung NRW 1945–1975; <http://hu-bildungswerk.de/wp-content/uploads/LZPB-NRW-1945-1975.pdf>



Anzeige

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

herausgegeben vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.

Sie möchten politische Bildung verschenken?

Entscheiden Sie sich für ein Geschenk-Abo der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ – für ein Jahr oder länger!

Bei Interesse melden Sie sich gerne bei uns: redaktion@adb.de

Geschenk-Abo für 1 Jahr	(4 Ausgaben)	20,00 €
Geschenk-Abo für 2 Jahre	(8 Ausgaben)	40,00 €
Einzelheft als Geschenk		7,00 €

Alle Preisangaben zzgl. Versandkosten.

Weitere Informationen: www.adb.de/zeitschrift_ab



Die Zeitschrift wird maßgeblich gefördert durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und unterstützt von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen.

„Lernen aus der Geschichte für eine gemeinsame europäische Zukunft“

Das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund, IBB Dortmund, ist seit Anfang 2016 als Zentralstelle des BMFSFJ für Gedenkstättenfahrten anerkannt. Das BMFSFJ stellt Fördermittel für Gedenkstättenfahrten bereit, die von Trägern der nicht schulischen Bildung beantragt werden können.

Gedenkstätten verstehen sich in erster Linie als Orte der Erinnerung an die Opfer. Sie sind jedoch auch Lernorte. Mit Auschwitz, Majdanek, Sobibor, Belcez, Treblinka, Stutthof, Groß Rosen und Chelmno liegen diese Orte vorrangig in Polen. Jugendliche erfahren davon, was in der Zeit des Nationalsozialismus an diesen Orten passiert ist. Gerade heute, wo Zeitzeugen immer weniger von ihrem Leben und Leiden erzählen können, erhalten die Gedenkstätten als Lernorte eine zusätzliche Bedeutung.

Dabei werden auch Fragen zu den gesellschaftlichen Kontexten und Ursachen der Verbrechen erörtert. Uns ist es wichtig, dass dabei die Fragen der Jugendlichen selbst im Mittelpunkt stehen und Bezüge zur aktuellen gesellschaftspolitischen Situation hergestellt werden. Wie sieht unser Alltag heute in Bezug auf Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt oder Vorurteile aus? Wie geht es Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen und hier bei uns Schutz suchen? Wir möchten dazu beitragen, dass sich Jugendliche als Teil einer aktiven Zivilgesellschaft verstehen und durch ihr Handeln selber etwas mit verändern können. Gedenkstättenfahrten haben auch zum Ziel, zu Zivilcourage zu ermutigen.

Viele der teilnehmenden Jugendlichen, bzw. ihre Eltern, stammen aus verschiedenen Ländern der Welt. Sie bringen ihre sehr unterschiedlichen Familienbiographien mit.

Gedenkstättenfahrten bieten die große Chance, dass es einen Austausch dieser Familienbiographien gibt. Dieser Austausch kann Bestandteil der Vorbereitung sein. Bei der Gedenkstunde im Bundestag am 27. Januar 2015 prägte Bundespräsident Joachim Gauck folgenden Satz: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz. Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben.“

Die Dauer einer Gedenkstättenfahrt beträgt mindestens 4 Tage und es können höchstens 8 Tage gefördert werden. 80 % des Programms hat am Ort der Gedenkstätte stattzufinden. Eine inhaltlich und dem Thema angemessene Vor- und Nachbereitung gehören mit zum Konzept – dabei sollten die Fragen der Jugendlichen im Mittelpunkt stehen. Gefördert werden pro Teilnehmer/-in die Programmkosten, Unterkunft und Verpflegung mit 34 EUR pro Tag, der Zuschuss zur Reise beträgt 51 EUR und pro Programmtag können bis zu 256 EUR als Honorarkosten beantragt werden. Diese Sätze gelten aktuell; für 2017 kann es geringfügige Veränderungen geben. Die konkrete Ausgestaltung der Gedenkstättenfahrt liegt natürlich bei dem Träger der nicht schulischen Bildung.

VON PETER JUNGE-WENTRUP



Hinweise zur Antragstellung und zum Verwendungsnachweis erhalten Sie im Internet: www.ibb-d.de; Kontakt: IBB Dortmund, c/o Emilia Simon, Bornstr. 66, 44145 Dortmund, Tel.: 0231-952096-34

Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Jung – politisch – aktiv?!“ erschienen

Das Forum Jugend und Politik der Friedrich Ebert Stiftung (FES) hat in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) die Studie „Jung – politisch – aktiv?!“ durchgeführt. Sie ist im September 2016 erschienen. In der Studie wird die gesellschaftliche Teilhabe Jugendlicher in Deutschland untersucht.

Das DJI befragt seit vielen Jahren Jugendliche in regelmäßigen Abständen zu ihren Einstellungen, Werten und Verhaltensweisen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wollte in einer vertiefenden Studie herausfinden, in welcher Weise und in welchem Ausmaß sich junge Menschen gesellschaftlich und politisch engagieren, welche Faktoren En-

gagement fördern und welche Motive Jugendliche haben, sich in besonderer Stärke politisch zu engagieren. 2.075 repräsentativ ausgewählte Jugendliche im Alter von 14 bis 29 Jahren wurden durch das infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft in einer Online-Befragung (CAWI) zu ihrem politisch-gesellschaftlichen Engagement befragt. Zusätzlich wurden 20 leitfadengestützte, narrative Interviews geführt.

Quelle und Kurzfassung: www.fes.de/forumjugend/html/documents/FES_Ergebnisse_Jugendstudie.pdf

DIW-Studien: Smartphone und Internet dominieren die Freizeit Jugendlicher

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) hat eine Studie veröffentlicht, die die von Jugendlichen genutzten Kommunikationstechnologien in den Blick nehmen. Die Studie basiert auf den Daten der Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) und des Statistischen Bundesamtes. In der Studie wird deutlich, dass IT und Kommunikationstechnologien im Freizeitverhalten Jugendlicher allgegenwärtig sind: Ca. 85% aller 17-Jährigen in Deutschland beschäftigen sich täglich mit dem PC, mit Smartphones oder Internet. Diese Zahl ist in den vergangenen Jahren massiv angestiegen. 78% der 17-Jährigen surfen oder chatten nach eigenen Angaben täglich, 72% sind jeden Tag in den sozialen Netzwerken unterwegs. So-

zio-demographische Merkmale haben kaum noch Einfluss auf die Zugangsmöglichkeiten, wirken sich aber auf die Art und Weise des Umgangs mit den Medien aus: Ein geringes Haushaltseinkommen geht mit einer stärkeren Nutzung des Internets einher. Jugendliche aus Haushalten mit einem hohen sozialen Status verbringen dagegen mehr Zeit mit anderen Beschäftigungen. Die Autoren fordern die Bildungspolitik auf, die Auseinandersetzung mit dem verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Medien im Bildungsbereich zu stärken.

Quelle und weitere Informationen: www.diw.de

Neuer WSI-Verteilungsbericht: Soziale Mobilität gesunken, Arme bleiben häufiger dauerhaft arm

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung gibt regelmäßig den WSI-Report mit dem Verteilungsbericht heraus. Die aktuelle Ausgabe (Nr. 31, 10/2016), verfasst von Dorothee Spannagel, macht deutlich, dass sich trotz der positiven Lage auf dem Arbeitsmarkt, der guten Konjunktur und der Rekordbeschäftigung die Armut in Deutschland weiter verfestigt. Die soziale Mobilität ist gesunken, die Armen bleiben häufiger dauerhaft arm und die Ungleichheit bei den Einkommen ist auf neuem Höchststand. Für den Bericht hat die Autorin die relevanten Quellen analysiert, u. a. umfangreiche Daten aus dem sozio-oekonomischen Panel (SOEP), einer jährlichen Wiederholungsbefragung in mehr als

10.000 Haushalten. Zentraler Befund ist der Rückgang der Einkommensmobilität, insbesondere im Osten, was sich besonders an den weniger werdenden Aufstiegen aus der Armut zeigt. Auch Migranten sind besonders von Armut betroffen. Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken muss mehr Chancengleichheit in der Bildung und am Arbeitsmarkt geschaffen werden.

Quelle und Download: www.boeckler.de



Das Menschenrecht auf Bildung

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat eine Analyse von Mareike Niendorf und Sandra Reitz mit dem Titel „Das Menschenrecht auf Bildung im deutschen Schulsystem. Was zum Abbau von Diskriminierung notwendig ist“ veröffentlicht. Die Analyse möchte einen Beitrag dazu leisten, die Diskussionen um Bildung und Bildungsgerechtigkeit stärker an Menschenrechten zu orientieren, und zwar insbesondere im Hinblick auf den Schutz vor Diskriminierung, dem menschenrechtlichen Strukturprinzip und Bestandteil aller Menschenrechte. Die Autorinnen sind davon überzeugt, dass eine menschenrechtliche Perspektive Maßstäbe für Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit und Inklusion schafft.

In der Analyse wurden bestehende Studien zu Rahmenbedingungen schulischer Bildung menschenrechtlich einge-

ordnet, wurden die Schulgesetze aller Bundesländer sowie die Bildungspläne von fünf Ländern im Hinblick auf Diskriminierungsfreiheit untersucht und zu den menschenrechtlichen Vorgaben in Bezug gesetzt. Referenzrahmen ist das individuelle und gleiche Menschenrecht auf Bildung aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland.

In der Broschüre werden Empfehlungen an Ministerien und Bildungsakteure gegeben und werden Ideen für die Praxis und die konkrete Umsetzung des Diskriminierungsschutzes in Lehr- und Lernmaterialien anhand positiver Beispiele sichtbar gemacht.

Quelle, Download und Bestellung der Printfassung:

www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsbildung/publikationen

Befragung der russischsprachigen Bürger in Deutschland

Die Mehrheit der russischstämmigen Bürger fühlt sich gut integriert in der deutschen Gesellschaft. Das ist das Ergebnis einer von der Boris-Nemzow-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie, die im Oktober 2016 in Berlin vorgestellt wurde. Fast zwei Drittel der Befragten sind zufrieden mit der deutschen Demokratie. Auch wenn sich der Großteil in deutschen Medien informiert, trauen doch mehr Russischstämmige den russischen Medien. In der Flüchtlingsfrage sind die Befragten sehr konservativ. Sie finden, dass die Grenzen Deutschlands geschlossen werden sollten.

Zeitgleich wurde eine Russland-Umfrage der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit veröffentlicht. Dort wird eine ambivalente Einstellung gegenüber Demokratie, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit deutlich. Laut Verfasser zeigen sich hier die Auswirkungen eines autoritären Systems auf die Wahrnehmung der russischen Gesellschaft. Das Vertrauen, in der Öffentlichkeit frei sprechen zu können, ist stark eingeschränkt. Daneben führt vor allem die

schlechte wirtschaftliche Situation der Bevölkerung dazu, dass eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Landes als eines der größten Prioritäten gesehen wird. Knapp 60 % befürworten ein System der staatlicher Planung und Verteilung. Fast 70 % der Befragten rechnen damit, dass in den nächsten Jahren viele Russen ihre Arbeit verlieren werden.

Beide Umfragen ermöglichen erstmalig einen direkten Vergleich der politischen Einstellungen zwischen Russen und der russischen Diaspora in Deutschland.

Quelle, Download beider Studien und weitere Informationen:
www.freiheit.org



Dossier zu Ursachen von Flucht und Migration

Warum fliehen Menschen? Was sind die Gründe für Flucht und Migration? Um Antworten auf diese Fragen zu finden, hat die Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico International und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ein Dossier mit dem Titel „Fluchtursachen: Warum Menschen fliehen“ veröffentlicht. Es macht deutlich, dass jeder 122. Mensch auf der Welt sein Zuhause unfreiwillig verlassen muss. So wurden allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2015 täglich 27.500 Menschen vertrieben. Acht von zehn Flüchtlingen halten sich in sogenannten Entwicklungsländern auf. Neben der Tatsache, dass in fast jedem siebten Land der Erde Krieg herrscht und in mindestens drei von fünf Ländern Menschen ge-

foltert oder misshandelt werden, spielen auch Armut und Klimawandel eine wesentliche Rolle. Die Urheber möchten mit ihrer Broschüre zu einer informierten und reflektierten Auseinandersetzung mit dem Thema Flucht und Migration beitragen. Das Dossier ist kostenlos als PDF-Datei verfügbar und kann als gedrucktes Exemplar bestellt werden.

Quelle und Download: www.medico.de/fluchtursachen



Themenheft Rechtspopulismus erschienen

Rechtspopulistische Parteien mischen die politische Landschaft in Europa auf. Sie agitieren gegen Minderheiten, betrachten sich als strategische Partner gegen eine multikulturelle Gesellschaft. Sie fordern ein weißes, heterosexuelles Europa und versprechen ihrer Wählerschaft ein Zurück in Zeiten vermeintlicher nationaler und sozialer Sicherheit. Im Themenheft Rechtspopulismus gehen die Autorinnen und Autoren der Frage nach, was die Attraktivität von politischen Strömungen ausmacht, die davon ausgehen, dass manche Menschen aufgrund von Merkmalen

wie ihrer Herkunft, Religion oder Hautfarbe mehr wert seien als andere. Rechtspopulisten teilen die Gesellschaft in ein „Ihr“ und „Wir“ und stellen wichtige Errungenschaften der Frauenemanzipation oder der sexuellen Selbstbestimmung in Frage. Das Themenheft kostet 4,95 EUR je Stück (ab 20 Exemplaren à 3,95 EUR) inklusive Versandkosten.

Quelle und Bestellmöglichkeit: <http://couragehop.schule-ohne-rassismus.org/publikationen/55/themenheft-rechtspopulismus>

Expertisen „Identitäre in Deutschland“ und „Antimuslimischer Rassismus“

In der Vielfalt-Mediathek von IDA e. V. und dem DGB-Bildungswerk wurden zwei neue Expertisen veröffentlicht. Die Expertise (1) „Popularisierter Rechtsextremismus: Die Identitären in Deutschland“ wurde von Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl verfasst. Seit 2012 organisieren sich junge Menschen in sogenannten „Identitären Gruppen“. Diese stehen der „Neuen Rechten“ nahe und popularisieren deren Ideologie für eine junge Zielgruppe. Auch wenn die Umsetzung der rassistischen und völkischen Ideologie der Neuen wie Alten Rechten bei den „Identitären“ das Ziel bleibt, konnten sie durch vermeintlich gemäßigtetes Auftreten ihren Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs ausbauen. Neben der Analyse gibt die Expertise auch Empfehlungen zum Umgang mit „Identitären“ wieder.

Die Expertise (2) „Antimuslimischer Rassismus — Ursachen und Erscheinungsformen“ wurde von Yasemin Shoo-

man verfasst. Antimuslimischer Rassismus ist in Deutschland weit verbreitet. Die Autorin fragt nach den Ursachen für tiefsitzende Ressentiments und Ablehnungen gegenüber Musliminnen und Muslimen, nach der Funktion, die die Konstruktion des muslimischen „Anderen“ für Rassistinnen und Rassisten haben. Die Autorin setzt sich zudem mit dem Spannungsfeld Antimuslimischer Rassismus vs. legitime Religionskritik auseinander.

Download der Expertisen: www.vielfalt-mediathek.de



Publikation „Happy Locals“

Wie hält man Jugendliche in der eigenen Gemeinde? Wenn sich Jugendliche im Heimatort langweilen und sie sich nicht entfalten können, wollen sie weg – meist in die nächstgrößere Stadt, weil sie sich dort ein erfüllteres Leben erhoffen. Der Leitfaden „Jugend und Kultur. Investitionen in die Zukunft: Happy Locals. Eine Denkschrift für Entscheider*innen“ von Dimitri Hegemann (u. a. Gründer des legendären Berliner Clubs Tresor, Kulturmanager) und Annette Katharina Ochs (u. a. Architektin, Kulturmanagerin). Mit dieser Denkschrift sollen kreative Wege aufgezeigt werden, wie sich jede Stadt und Gemeinde der Abwan-

derungsspirale entziehen und Modelle entwickeln kann, um für den Nachwuchs interessanter und lebenswerter zu werden. Die Initiative „Happy Locals“ möchte langfristig an vielen Orten dezentrale Kulturarbeit in Gang bringen – mit dem Ziel, dass junge Menschen ihr Potenzial entdecken und zu HAPPY LOCALS werden.

Quelle und Bestellung des Leitfadens: <http://shop.jugendkulturen.de>
Informationen zur Initiative „Happy Locals“: <http://happylocals.org>

Weiterbildender, berufsbegleitender Masterstudiengang Politisch-Historische Studien gegründet

An der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität Bonn, am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie wurde ein neuer, viersemestriger Masterstudiengang zum Thema Politisch-Historische Studien konzipiert. Es soll im Januar 2017 mit dem ersten Studiengang starten. Das gemeinsam von Politik-, Geschichts- und Medienwissenschaft getragene Programm will ein innovatives, interdisziplinäres und praxisorientiertes Format rund um Bildung und Vermittlung von Politik und Zeitgeschichte sein und

richtet sich insbesondere an Mitarbeiter/-innen im Bereich der außerschulischen Bildung. Der Studiengang wurde in Kooperation mit verschiedenen Partnern auf den Weg gebracht, so u. a. mit der Karl-Arnold-Stiftung, der Jakob-Kaiser-Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung. Bewerbungsfrist ist jeweils der 31. Oktober, Studienbeginn dann im nachfolgenden Januar.

Weitere Informationen: www.master-polhiststudien.de

Ausschreibungen und Wettbewerbe

Neue Ausschreibung des Geschichtswettbewerbs der Körber-Stiftung

Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten wurde zum 25. Mal von der Körber-Stiftung ausgeschrieben. Es ist der größte historische Forschungswettbewerb für junge Menschen in Deutschland und will bei Kindern und Jugendlichen das Interesse für die eigene Geschichte wecken, Selbstständigkeit fördern und Verantwortungsbewusstsein stärken. Seit der Wettbewerbsgründung 1973 durch den damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann und den Stifter Kurt A. Körber haben über 136.000

junge Menschen mit mehr als 30.000 Beiträgen an den Wettbewerbsrunden unter wechselnden Themenstellungen teilgenommen. Das Thema dieser Ausschreibung ist „Gott und die Welt. Religion macht Geschichte“. Einsendeschluss ist am 28. Februar 2017. Teilnehmen können alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland unter 21 Jahren.

Quelle und weitere Informationen: www.koerber-stiftung.de/bildung/geschichtswettbewerb.html

Förderpreis „Bildung und Briefmarke“ 2017

Kinder und Jugendliche über Briefmarken für Bildungsthemen zu begeistern steht im Mittelpunkt des Förderpreises „Bildung und Briefmarke“, der von der Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V. in Kooperation mit dem Bund Deutscher Philatelisten e. V. ins Leben gerufen wurde. Mit dem Förderpreis werden besondere Leistungen in der Bildungsarbeit durch den Einsatz von Briefmarken in schulischen und außerschulischen Einrichtungen gewürdigt. Es kann sich um einmalige Aktivitäten oder um auf Dauer angeleg-

te Projekte handeln. Im Jahr 2017 wird ein Sonderpreis in Höhe von 300 Euro für Beiträge zum Thema Martin Luther vergeben. Die Geldpreise in Höhe von 500, 300 und 100 Euro sowie für den Sonderpreis werden im Rahmen der Internationalen Briefmarken-Messe 2017 in Essen verliehen. Der Bewerbungsschluss ist der 31. März 2017.

Quelle und weitere Informationen sowie der Bewerbungsbogen: www.jugendmarke.de

Europäische Förderung von Jugend-E-Partizipationsprojekten

Im Rahmen des europaweiten Innovationsprojekts „Euth“ unterstützt die European Youth and Counselling Agency (ERYICA) zehn Projekte, die Jugend-E-Partizipationsprozesse mithilfe der digitalen Toolbox „OPIN“ umsetzen, mit jeweils 10.000 Euro. Die Online-Plattform OPIN bietet zahlreiche Möglichkeiten, E-Partizipationsprojekte zu initiieren, z. B. wenn in einer Gemeinde ein Ort entstehen soll, an dem sich Jugendliche in ihrer Freizeit aufhalten können: Statt hinter verschlossenen Türen darüber zu entscheiden, könnte die Stadtverwaltung ein Beteiligungsprojekt starten, das Jugendliche in den Ideensammlungs- und Entscheidungsprozess einbindet. Die Funktionen von OPIN

bieten dabei Unterstützung. Auch wenn z. B. eine Jugendorganisation mit vielen Mitgliedern ein Positionspapier erstellen möchte, kann über das Tool „collaborative text work“ gemeinsam an einem Entwurf gearbeitet werden. Projektideen müssen bis 31. Dezember 2016 eingereicht werden. Teilnahmeberechtigt sind alle eingetragenen (Jugend-)Vereine, sowie öffentliche Verwaltungen, von lokal bis national, in den 47 Mitgliedsstaaten des Europarates sowie Weißrussland und Kosovo.

Weitere Informationen sowie Antragsformulare: www.euth.net/open-call

Veranstaltungen

2. und 3. Februar 2017

Berlin

Jugend ermöglichen: Grundlagen und Perspektiven des
15. Kinder- und Jugendberichts

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)
www.agj.de

20. und 21. März 2017

Rostock

Turnschuh. Scheitel. Aluhut. Rechtsextremismus anno 2017

Veranstalter: Bundeszentrale für politische Bildung
www.bpb.de

28. bis 30. März 2017

Düsseldorf

16. Kinder- und Jugendhilfetag „22 mio. junge Chancen –
gemeinsam.gesellschaft.gerecht.gestalten.“ (DJHT)

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
www.jugendhilfetag.de/kontakt

29. März 2017

Düsseldorf

Lernen Kinder Demokratie? Kinder machen Demokratie! –
Workshop während des 16. DJHT

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)
www.adb.de

30. März 2017

Düsseldorf

Die digitale Gesellschaft gemeinsam gerecht gestalten.
Impulse für die politische Jugendbildung und eine
jugendgerechte Netzpolitik. Fachforum während des
16. DJHT

Veranstalter: Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI)
www.bap-politischebildung.de/gemini

11. bis 13. Mai 2017

Drochtersen-Hüll

#bcpb17 – Barcamp politische Bildung

Veranstalter: ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.
<http://bcpb.de/blog/category/bcpb17>

Zeitschriftenschau

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 33–34/2016 Schwerpunkt: Maghreb

Heft 35–36/2016 Schwerpunkt: Moderne Kriegführung

Heft 37–38/2016 Schwerpunkt: Der neue Mensch

Heft 39/2016 Schwerpunkt: Zeitenwende in Lateinamerika?

Heft 40–42/2016 Schwerpunkt: Repräsentation in der Krise?

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Adenauerallee 86, 53113 Bonn; www.bpb.de

Blätter für deutsche und internationale Politik,

Heft 9/2016 Schwerpunkte z. B.: Burka als Exempel: Die Lufthoheit der AfD; Sicherheit durch Integration; Der Kampf um CETA; Der deutsche Neoliberalismus und die Krise Europas

Heft 10/2016 Schwerpunkt z. B.: Die Welt in Panik. Wie die Angst vor Migranten geschürt wird; Das Ende der Gesellschaft. Digitaler Furor und das Erblühen der Verschwörungstheorien

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; www.blaetter.de

couragiert – Das Magazin für demokratisches Handeln und Zivilcourage, Heft 3/2016 Schwerpunkt: Jihad, IS und Terror – Wege aus der Radikalisierung

Bezug: Aktion Zivilcourage e. V., Postfach 100228, 01782 Pirna; www.aktion-zivilcourage.de; www.couragiert-magazin.de

deutsche jugend,

Heft 9/2016 Schwerpunkt: Migration und Fremdenfeindlichkeit

Heft 10/2016 Schwerpunkt: Offene Kinder- und Jugendarbeit

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; www.beltz.de

DIE – Zeitschrift für Erwachsenenbildung, Heft 4/2016 Schwerpunkt: Validierung

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; www.wbv.de

DJI-Impulse, Bulletin des Deutschen Jugendinstituts,

Heft 2/2016 Schwerpunkt: Viel Tempo, wenig Plan. Eine Zwischenbilanz zum Ausbau der Ganztagschulen

Bezug: Deutsches Jugendinstitut, Nockherstraße 2, 81541 München; www.dji.de/impulse

Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Heft 3/2016 Schwerpunkt: In vino veritas

Bezug: Verlag Dokumente GmbH, Dottendorfer Str. 86, 53129 Bonn; www.dokumente-documents.info

EB Erwachsenenbildung, hrsg. von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, **Heft 3/2016** Schwerpunkt: Teilnehmende

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; www.wbv.de

EDUCATION PERMANENTE EP, Schweizerische Zeitschrift für Weiterbildung, Heft 3/2016 Schwerpunkt: EB – Beruf Profession Métier – FA

Bezug: Schweizerischer Verband für Weiterbildung SVEB, Oerlikonstraße 38, CH-8057 Zürich; www.alice.ch

forum erwachsenenbildung, hrsg. von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e. V.), **Heft 3/2016** Schwerpunkt: Kollegiale Beratung

Bezug: Waxmann Verlag, Steinfurter Str. 555, 48159 Münster; www.waxmann.com

GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, Heft 3/2016 Schwerpunkte u. a.: Europäische Integration, Parteiensystem, Gentrifikation, Bevölkerungsentwicklung

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen;
www.budrich-verlag.de

Hessische Blätter für Volksbildung, hrsg. vom Hessischen Volkshochschulverband e. V. Bielefeld,
Heft 3/2016 Schwerpunkt: Wissen und Lernen

Bezug: www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung

Journal für politische Bildung, hrsg. vom Bundesausschuss für politische Bildung, **Heft 4/2016** Schwerpunkt: Besseres Leben

Bezug: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; www.wochenschau-verlag.de

Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug), hrsg. von der BAG Jugendschutz,
Heft 3/2016 Schwerpunkt: Lebenssituation und Bedürfnisse von minderjährigen Flüchtlingen

Heft 4/2016 Schwerpunkt: Minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe

Bezug: BAG Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin;
www.kjug-zeitschrift.de

merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik, Heft 4/2016 Schwerpunkt: Internet der Dinge

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München;
www.kopaed.de

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, Heft 9/2016 Schwerpunkt: Zusammenleben in der Stadt

Heft 10/2016 Schwerpunkt: Wahnsinn! Die Macht der Stimmung

Bezug: Verlag J.H.W. Dietz, Dreizehnenweg 24, 53175 Berlin;
http://dietz-verlag.de

POLIS, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, Heft 3/2016 Schwerpunkt: Digitalisierung und politische Bildung

Bezug: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; www.wochenschau-verlag.de

POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung, Heft 4/2016 Schwerpunkt: Wer ordnet die Welt?

Bezug: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; www.wochenschau-verlag.de

Zeitschrift für Menschenrechte, Heft 1/2016 Schwerpunkt: Menschenrechte digital

Bezug: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.; www.wochenschau-verlag.de

pb-digital

Europe seen from the outside

Im Jahr 2015 haben der European Council on foreign relations (ECFR) Berlin und die Stiftung Mercator eine Reihe von Beiträgen zum Thema „Europe seen from the outside“ gestartet. Ziel dieser Reihe ist es, außereuropäische Perspektiven und Meinungen von Europa sichtbar zu machen und damit die aktuelle europäische Politikdebatte zu anzuregen. ECFR ist eine preisgekrönte internationale Denkfabrik, die zum Ziel hat, innovative, unabhängige Forschung zu initiieren, Ideen zu teilen und eine Plattform anzubieten. ECFR wurde 2007 gegründet. Mittlerweile sind Vertreter/innen aus 20 Ländern beteiligt. Finanzielle Unterstützung kommt von gemeinnützigen Stiftungen, nationalen Regierungen und Gesellschaften sowie von Privatpersonen.

www.ecfr.eu/debate/europe_seen_from_the_outside

Citizens for Europe – Vernetzungsplattform für engagierte Organisationen

Der Zusammenschluss Citizens For Europe e. V. (CFE) wurde 2010 von einer Gruppe junger Europäer/-innen gegründet, um die Idee der europäischen Bürgerschaft zu unterstützen und Gelegenheiten zur politischen Partizipation in Europa zu schaffen. Über die nun eingerichtete Plattform citizensforeurope.eu können zivilgesellschaftliche Organisationen nach ihrer kostenfreien Registrierung Projektpartner finden, ihre Ideen verbreiten, Finanzierungssysteme kennenlernen, sich beraten und von den Aktionen und Ideen anderer in Europa aktiver Menschen inspirieren lassen. Die Vernetzungsplattform wurde von Akteuren der Zivilgesellschaft in Europa kreiert. Schwerpunktthemen sind z. B.: europäische Staatsbürgerschaft, Ungleichheit, Wanderung, politische Teilhabe.

www.citizensforeurope.eu

EULEaks-Plattform: Leaken mit geringerem Eigenrisiko

Die Grünen/EFA-Fraktion hat Ende September die Plattform EULEaks für Whistleblower vorgestellt. Auf der Plattform können Dokumente sicher und anonym hochgeladen werden, ohne dass Rückschlüsse auf den Absender möglich sind. Es geht um Informationen zu Sachverhalten, durch die ohne Veröffentlichung ein Schaden oder Betrug am gemeinsamen öffentlichen Wohl eintreten würde bzw.

häufig schon eingetreten ist. Die Idee für die Plattform geht auf die Enthüllungen des Konsortiums Investigativer Journalismus (International Consortium of Investigative Journalists, ICIJ) zurück, das die Skandale über Off-shore-Unternehmen auf den Bahamas und in Panama aufgedeckt hat.

www.greens-efa.eu/de/whistleblower-16017.html

Kinder- und Jugendfilme zum Thema Migration

Das Deutsche Kinder- und Jugendfilmzentrum präsentiert unter dem Titel „Vom Aufbrechen und Ankommen“ 97 Filme zum Thema Migration auf einer neuen Website. Die Seite ist ein spezielles Angebot für die Filmbildung und für den Einsatz in der filmkulturellen Arbeit. Neben den für die Filmbildung relevanten Filmempfehlungen bietet die Website auch einen Überblick über Projekte, Links zu didaktischen Materialien sowie Hintergrundinformationen, wie etwa Literaturtipps und Adressen von Filmanbietern. Die Filme sind folgenden Aspekten zugeordnet: Begegnung der Kulturen, Fluchterfahrungen, Auswanderung gestern und heute, Menschenrechte, Asyl, Xenophobie. Die ausgewählten Inhalte der Website basieren auf den Filmempfehlungen des Deutschen Kinder- und Jugendfilmzentrums (KJF).

www.migration-im-film.de

IZT: Mehrsprachige Umweltbildung für Geflüchtete

Umwelt- und Klimaschutz hat in Deutschland einen relativ hohen Stellenwert. Dieses Bewusstsein ist für Zugewanderte und Geflüchtete aus anderen kulturellen Kontexten oftmals neu und nicht selbsterklärend. Um dies besser zu vermitteln, stellt das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) nun Videos zur Verfügung, die in Deutsch, Englisch, Arabisch und Persisch/Farsi leicht verständlich über Klima- und Umweltschutz in Deutschland informieren. Die Kurzfilme können mobil über Smartphone und Tablet aufgerufen werden. Außerdem werden sie in Erstaufnahmezentren, Flüchtlingsunterkünften sowie in Wartebereichen von Ämtern gezeigt. Die Zielgruppe der Filme beschränkt sich jedoch nicht allein auf Neuankömmlinge, sie sind auch für die Bildungsarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Analphabetinnen und Analphabeten geeignet.

www.youtube.com/user/IZTBerlin

YouTube-Initiative #NichtEgal

Die Initiative von 22 deutschen YouTube-Stars sowie Partnerorganisationen wie der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Anbieter (FSM) und Digitale Helden wurde ins Leben gerufen, um gegen Hassreden anzuschreiben. Die Initiative erfährt starken Gegenwind, auch wegen der öffentlichen Unterstützung. Der Vorwurf lautet: Beschneidung der Meinungsfreiheit. Mittlerweile wird der Hashtag #NichtEgal nicht mehr nur im Sinne des ursprünglichen Zwecks genutzt, sondern z. T. gekapert und ad absurdum geführt. Neben der online-Initiative sind von YouTube in Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen bundesweit 200 Workshops für 6.000 Schüler/-innen zu den Themen Counter Speech, Toleranz und Respekt geplant. Die Initiative steht unter der Schirmherrschaft von Bildungsministerin Manuela Schwesig.

<https://nichtegal.withyoutube.com>

Dossier Rechtsextremismus: Dialog mit Neonazis?

Zu den wesentlichen Prinzipien einer funktionierenden Demokratie gehört der politische Dialog. Doch wie setzt man sich verbal mit undemokratischen Ansichten auseinander, die in erster Linie nur daran interessiert sind, Debatten zur Verbreitung der eigenen Ideologie zu nutzen? Kann ein Diskurs funktionieren, wenn die Gegenseite argumentativ nicht zu erreichen ist? Soll man mit Rechtsextremisten reden? Und wenn ja, wie? Oder falls nein, warum nicht? Diese Fragen diskutieren unterschiedliche Expertinnen und Experten in Sachen politische Meinungsbildung im neuen Kapitel des Dossiers Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung. Darin kommen die Autorinnen und Autoren zu verschiedenen Antworten. Während die einen vor dem Kalkül der Rechtsextremen warnen, Debatten dazu zu nutzen, ihre antidemokratischen Positionen als legitimen Teil eines demokratischen Meinungsbildes zu etablieren, sehen andere in der Ausgrenzung die Gefahr, den Rechtsextremisten die Möglichkeit zur Selbstinszenierung als „diskriminierte Märtyrer“ zu geben. Das Dossier bietet unterschiedliche Leitfäden, wie mit rechtsextremen Argumentationen individuell umgegangen werden kann.

www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/231748/debattensoll-man-mit-neonazis-reden

Neue Lehr-/Lernmaterialien zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung

Auf dem BNE-Portal wurde eine Rubrik mit neuen Lehr- und Lernmaterialien zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) eingerichtet. Der Bereich wird sukzessive mit Unterstützung der BNE-Akteurinnen und -Akteure von der Geschäftsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung bei der Deutschen UNESCO-Kommission e. V. bestückt.

www.bne-portal.de/de/infotehke/lehrrmaterialien

Impressum

Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen
Jugend- und Erwachsenenbildung

4/2016

47. Jahrgang

Herausgeber: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Ulrich Ballhausen und Dr. Paul Ciupke

Redaktion: Dr. Friedrun Erben

Redaktionsbeirat: Ina Bielenberg, Gertrud Gandenberger, Dr. Meron Mendel, Wolfgang Pauls, Dr. Beate Rosenzweig, Ulrike Steimann

Redaktions- und Bezugsanschrift:
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Telefon: 030 400401-11
E-Mail: redaktion@adb.de
adb.de

Gestaltung und Satz: Berliner Süden, berlinersueden.de

Herstellung: Ruksaldruck GmbH + Co. KG, ruksaldruck.de

Bildnachweis: Copyrightthinweise siehe Fotos

Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

Einzelheft: 7 €

1 bis 3 Abonnements: jährlich 20 €

ab 4 Abonnements: jährlich 16 €

Abonnements für Studenten, Praktikanten,

Referendare, Arbeitslose: jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird maßgeblich durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift Außerschulische Bildung ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.

AdB

Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.

adb.de